Verfolgung und Ermordung der Juden 1933–1945

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte,
des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte
an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
von
Susanne Heim, Ulrich Herbert, Michael Hollmann,
Horst Möller, Dieter Pohl, Simone Walther
und Andreas Wirsching

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945

Band 8

Sowjetunion mit annektierten Gebieten II

Bearbeitet von Bert Hoppe
Mitarbeit: Imke Hansen, Martin Holler

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-486-78119-9
e-ISBN (PDF) 978-3-486-78120-5
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-039847-2

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Endredaktion: Angelika Königseder, Berlin
Karten: Peter Palm, Berlin
Einband und Schutzumschlag: Frank Ortmann und Martin Z. Schröder
Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark.
Beratung: Ditta Ahmadi, Berlin
Druck: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorische Vorbemerkung	9
Einleitung	13
Dokumentenverzeichnis	69
Dokumente	85
Glossar	717
Abkürzungsverzeichnis	719
Verzeichnis der im Dokumententeil genannten Archive	725
Systematischer Dokumentenindex	727
Register der Institutionen, Firmen und Zeitschriften	729
Ortsregister	739
Personenregister	745

Vorwort der Herausgeber

Die Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“ ist auf insgesamt 16 Bände angelegt, die in den nächsten Jahren erscheinen werden. In ihnen wird eine thematisch umfassende, wissenschaftlich fundierte Auswahl von Quellen publiziert. Der vorliegende achte Band der Edition dokumentiert die Entrechtung, Enteignung und Ermordung der Juden im Generalkommissariat Weißruthenien und im Reichskommissariat Ukraine, die auch das von der Sowjetunion 1939 annektierte Ostpolen umfassten. Die Ermordung der Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten unter deutscher Militärverwaltung, den ehemaligen baltischen Republiken unter deutscher Zivilverwaltung sowie dem rumänisch besetzten Transnistrien ist Thema des siebten Bands.

Im Vorwort zum ersten Band der Edition sind die Kriterien der Dokumentenauswahl detailliert dargelegt. Die wichtigsten werden im Folgenden noch einmal zusammengefasst:

Quellen im Sinne der Edition sind Schrift- und gelegentlich auch Tondokumente aus den Jahren 1933–1945. Fotografien wurden nicht einbezogen, vor allem, weil sich die Umstände ihrer Entstehung oft nur schwer zurückverfolgen lassen. Auch Lebenserinnerungen, Berichte und juristische Unterlagen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden sind, werden aus quellenkritischen Gründen nicht in die Edition aufgenommen. Allerdings wird von ihnen in der Kommentierung vielfältig Gebrauch gemacht. Dokumentiert werden die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Überzeugungen und Absichten, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten und Handlungsspielräumen – Behördenschreiben ebenso wie private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Zeitungsartikel und die Berichte ausländischer Beobachter. Innerhalb der Bände sind die Dokumente chronologisch angeordnet; von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden die Quellen ungekürzt wiedergegeben.

Die Dokumentation wechselt von der Anweisung des Generalkommissars in Minsk über das Tagebuch eines am Judenmord beteiligten Wehrmachtssoldaten zum Bericht einer Jüdin, die ihre Flucht aus dem Getto zu den Partisanen beschreibt. Der häufige Perspektivenwechsel ist gewollt. Ein Sachgruppenindex soll die thematische Zuordnung der Dokumente erleichtern und Zusammenhänge verdeutlichen.

Die Herausgeber danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die großzügige Förderung des Editionsprojekts. Ferner schulden sie einer großen Zahl von Fachleuten und Privatpersonen Dank, die durch Quellenhinweise, biographische Informationen über die in den Dokumenten erwähnten Personen und Auskünfte zur Kommentierung die Arbeit unterstützt haben. In den Band wurden Dokumente aus insgesamt acht Sprachen aufgenommen. Die russischsprachigen Dokumente wurden von Lena Gorelik, Olga Horn, Maria Kilwing und Anika Walke ins Deutsche übertragen, die weißrussischen Dokumente von Alena Maklak, die Übersetzungen aus dem Jiddischen hat Sabine Boehlich angefertigt, aus dem Ukrainischen Constanze Aka, Alesia Kananchuk und Lydia Nagel, aus dem Polnischen Heidemarie Petersen und Andrea Rudorff, aus dem

Hebräischen Uli Hirschfelder, aus dem Englischen Theo Brunns und aus dem Italienischen Monika Steininger.
Als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte haben an diesem Band mitgearbeitet: Johannes Breit, Stefanie Haupt, Anne-Christin Klotz, Anselm Meyer, Carolin Raabe, Miriam Schelp, Sarah Scherzer, Gil Shohat, Barbara Wünnenberg, als wissenschaftliche Mitarbeiter Romina Becker, Johannes Gamm, Maria Kilwing und Dr. Ingo Loose.
Hinweise auf abgelegene oder noch nicht erschlossene Quellen zur Judenverfolgung, insbesondere auf private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, nehmen die Herausgeber für die künftigen Bände gerne entgegen. Da sich trotz aller Sorgfalt gelegentliche Ungenauigkeiten nicht gänzlich vermeiden lassen, sind sie für entsprechende Mitteilungen dankbar. Die Adresse des Herausgeberkreises lautet: Institut für Zeitgeschichte, Edition Judenverfolgung, Finckensteinallee 85–87, D-12205 Berlin.

Berlin, München, Freiburg i. Br., Klagenfurt im November 2015

Editorische Vorbemerkung

Die Quellenedition zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden soll in der wissenschaftlichen Literatur als VEJ abgekürzt zitiert werden. Das geschieht im Fall von Querverweisen zwischen den einzelnen Bänden auch in dem Werk selbst. Die Dokumente sind – mit jedem Band neu beginnend – fortlaufend nummeriert. Demnach bedeutet „VEJ 8/100" Dokument Nummer 100 im 8. Band dieser Edition. Die Drucklegung der einzelnen Schriftzeugnisse folgt dem Schema: Überschrift, Kopfzeile, Dokument, Anmerkungen.

Die halbfett gesetzte, von den Bearbeitern der Bände formulierte Überschrift gibt Auskunft über das Entstehungsdatum des folgenden Schriftstücks, dessen Kernbotschaft, Verfasser und Adressaten. Die darunter platzierte Kopfzeile ist Teil des Dokuments. Sie enthält Angaben über die Gattung der Quelle (Brief, Gesetzentwurf, Protokoll usw.), den Namen des Verfassers, den Entstehungsort, gegebenenfalls Aktenzeichen, Geheimhaltungsvermerke und andere Besonderheiten. Die in Berlin seinerzeit ansässigen Ministerien und zentralen Behörden, etwa das Reichssicherheitshauptamt oder die Kanzlei des Führers, bleiben ohne Ortsangabe. Die Kopfzeile enthält ferner Angaben über den Adressaten, gegebenenfalls das Datum des Eingangsstempels, sie endet mit dem Entstehungsdatum und Hinweisen auf Bearbeitungsstufen der überlieferten Quelle, etwa „Entwurf ", „Durchschlag" oder „Abschrift".

Dem schließt sich der Text an. In der Regel wird er vollständig ediert. Anrede- und Grußformeln werden mitgedruckt, Unterschriften jedoch nur einmal in die Kopfzeile aufgenommen. Hervorhebungen der Verfasser in den Originaltexten werden übernommen. Sie erscheinen unabhängig von der in der Vorlage verwendeten Hervorhebungsart im Druck immer kursiv. Fallweise erforderliche Zusatzangaben finden sich im Anmerkungsapparat.

Während die von den Editoren formulierten Überschriften und Fußnoten sowie die Übersetzung fremdsprachlicher Dokumente der heutigen Rechtschreibung folgen, gilt für die Quellen die zeitgenössische. Offensichtliche Tippfehler in der Vorlage und kleinere Nachlässigkeiten werden stillschweigend korrigiert, widersprüchliche Schreibweisen und Zeichensetzungen innerhalb eines Dokuments vereinheitlicht. Versehentlich ausgelassene Wörter oder Ergänzungen infolge unlesbarer Textstellen fügen die Editoren in eckigen Klammern ein. Bilden jedoch bestimmte orthographische und grammatikalische Eigenheiten ein Charakteristikum der Quelle, vermerken sie „Grammatik und Rechtschreibung wie im Original". Abkürzungen, auch unterschiedliche (z. B. NSDAP, N. S.D. A.P. und NSDAP.) werden im Dokument nicht vereinheitlicht. Sie werden im Abkürzungsverzeichnis erklärt. Ungebräuchliche Abkürzungen, vor allem in privaten Briefen, werden bei der ersten Nennung in eckigen Klammern aufgelöst.

Handschriftliche Zusätze in maschinenschriftlichen Originalen übernehmen die Editoren ohne weitere Kennzeichnung, sofern es sich um formale Korrekturen und um Einfügungen handelt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Verfasser stammen. Verändern sie die Aussage in beachtlicher Weise – schwächen sie ab oder radikalisieren sie –, wird das in den Fußnoten vermerkt und, soweit feststellbar, der Urheber mitgeteilt. Auf die in den Originalen häufigen, von den Empfängern oder auch von späteren Lesern

vorgenommenen Unterstreichungen mit Blei- oder Farbstift wird im Allgemeinen pauschal, in interessanten Einzelfällen speziell in der Fußnote hingewiesen.
In der Regel werden die Dokumente im vollen Wortlaut abgedruckt. Lediglich in Ausnahmefällen, sofern einzelne Dokumente sehr umfangreich sind, wie etwa antisemitische Kampfschriften, erfolgt der Abdruck nur teilweise. Dasselbe gilt für Sitzungsprotokolle, die nicht insgesamt, sondern nur in einem abgeschlossenen Teil von der nationalsozialistischen Judenpolitik oder den Reaktionen darauf handeln. Solche Kürzungen sind mit eckigen Auslassungsklammern gekennzeichnet; der Inhalt wird in der Fußnote skizziert. Undatierte Monats- oder Jahresberichte erscheinen am Ende des jeweiligen Zeitraums. Von der strikten Einordnung der Dokumente nach ihrer Entstehungszeit wird nur in wenigen Ausnahmen abgewichen, etwa im Fall von Zeugenaussagen jüdischer Überlebender, die nach der Befreiung die ersten Wochen und Monate der deutschen Besatzung beschrieben. Diese retrospektiv abgefassten Berichte werden nicht unter ihrem Entstehungsdatum, sondern unter dem Datum des geschilderten Ereignisses eingereiht.
In der ersten, der Überschrift angehängten Fußnote stehen der Fundort, sofern er ein Archiv bezeichnet, auch die Aktensignatur und, falls vorhanden, die Blattnummer. Hinweise auf Kopien von Archivdokumenten in Forschungseinrichtungen und im Bundesarchiv Berlin werden immer dann verzeichnet, wenn die an den ursprünglichen Fundorten befindlichen Originale dort nicht eingesehen wurden. Handelt es sich um gedruckte Quellen, etwa Zeitungsartikel oder Gesetzestexte, finden sich in dieser Fußnote die üblichen bibliographischen Angaben. Wurde eine Quelle schon einmal in einer Dokumentation zum Nationalsozialismus beziehungsweise zur Judenverfolgung veröffentlicht, wird sie nach dem Original ediert, doch wird neben dem ursprünglichen Fundort auch auf die erste Publikation verwiesen. In einer weiteren Fußnote werden die Entstehungsumstände des Dokuments erläutert, gegebenenfalls damit verbundene Diskussionen, die besondere Rolle von Verfassern und Adressaten, begleitende oder sich unmittelbar anschließende Aktivitäten.
Die folgenden Fußnoten erläutern sachliche und personelle Zusammenhänge. Sie verweisen auf andere – unveröffentlichte, andernorts oder in der Edition publizierte – Dokumente, sofern das für die geschichtliche Einordnung hilfreich erscheint. Weiterhin finden sich in den Fußnoten Erläuterungen zu einzelnen Details, etwa zu handschriftlichen Randnotizen, Unterstreichungen, Streichungen. Bearbeitungsvermerke und Vorlageverfügungen werden entweder in der weiteren Fußnote als vorhanden erwähnt oder aber in den späteren Fußnoten entschlüsselt, sofern sie nach Ansicht der Editoren wesentliche Aussagen enthalten. Für die im Quellentext genannten Abkommen, Gesetze und Erlasse werden die Fundorte nach Möglichkeit in den Fußnoten angegeben, andere Bezugsdokumente mit ihrer Archivsignatur. Konnten diese nicht ermittelt werden, wird das angemerkt. Für die in den Schriftstücken angeführten Absender und Adressaten wurden, soweit möglich, die biographischen Daten ermittelt und angegeben. Dasselbe gilt für die im Text erwähnten Personen, sofern sie als handelnde Personen eingestuft werden. Die Angaben stehen in der Regel in der Fußnote zur jeweils ersten Nennung des Namens innerhalb eines Bandes und lassen sich so über den Personenindex leicht auffinden.
Die Kurzbiographien beruhen auf Angaben, die sich in Nachschlagewerken, in der Fachliteratur und in der Datenbank der Opfer der Schoa von Yad Vashem finden. In einigen

Fällen wurden im In- und Ausland Personalakten und -karteien eingesehen, Stadt- und Firmenarchive aufgesucht, Standesämter und Spezialisten befragt. Für denselben Zweck wurden die auf die NS-Zeit bezogenen Personenkarteien und -dossiers einschlägiger Archive benutzt: in erster Linie die des ehemaligen Berlin Document Center und der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, die heute im Bundesarchiv verwahrt werden.Trotz aller Mühen gelang es nicht immer, die biographischen Daten vollständig zu ermitteln. In solchen Fällen enthält die jeweilige Fußnote nur die gesicherten Angaben, wie z.B. das Geburtsjahr. Waren Personen nicht zu identifizieren, wird auf eine entsprechende Anmerkung verzichtet; desgleichen bei allseits bekannten Personen wie Adolf Hitler oder Heinrich Himmler.

In der Regel setzen die Editoren die zeitüblichen Begriffe des nationalsozialistischen Deutschlands nicht in Anführungszeichen. Dazu gehören Wörter wie Judenrat, Judenältester etc. Der Kontext macht deutlich, dass keines der Wörter affirmativ gebraucht wird. Die Begriffe Jude, Jüdin, jüdisch werden folglich, den Umständen der Zeit entsprechend, auch für Menschen verwandt, die sich nicht als jüdisch verstanden haben, aber aufgrund der Rassengesetze so definiert wurden und daher der Verfolgung ausgesetzt waren. Begriffe wie „Lebensraum", oder „jüdische Frage", die eigentlich auch Termini technici der Zeit waren, werden in Anführungszeichen gesetzt. Ein solcher nicht klar zu definierender Gebrauch der Anführungszeichen lässt sich nicht systematisch begründen. Er bildet einen gewiss anfechtbaren Kompromiss zwischen historiographischer Strenge und dem Bedürfnis, wenigstens gelegentlich ein Distanzsignal zu setzen.

Ein großer Teil der Dokumente wurde aus Fremdsprachen übersetzt. Dabei sind Straßennamen gegebenenfalls durch den Zusatz „-Straße", „-Gasse" oder „-Platz" ergänzt worden. Die Ortsnamen wurden aus den Dokumenten übernommen, es sei denn, die deutsche Ortsbezeichnung ist seit alters gebräuchlich (z.B. Bukarest, Charkow, Czernowitz, Kiew, Moskau, Lemberg, Wilna). Falls in den deutschsprachigen Dokumenten oder in den Übersetzungen heute ungebräuchliche Ortsnamen verwendet werden, steht in der Titelzeile der damals völkerrechtlich gültige Name in Klammern, z.B. Rositten (Rēzekne). In den Anmerkungen wird ebenfalls entweder der gebräuchliche deutsche oder der völkerrechtlich gültige Ortsname verwendet, so dass bisweilen die Bezeichnung eines Orts zwischen Text und Anmerkungen variiert. Sämtliche in den Dokumenten auftretenden Ortsbezeichnungen und Schreibweisen sind im Ortsregister verzeichnet; verwiesen wird jeweils auf den völkerrechtlich gültigen Namen. Das Ortsregister dient damit auch als Konkordanz.

Ein besonderes Problem bildet die wechselnde Schreibweise des Begriffs Getto bzw. Ghetto. Im Deutschen waren damals beide Formen gebräuchlich. Sie werden daher wie im Original belassen. In übersetzten Dokumenten wird die Schreibweise Getto benutzt, desgleichen in der Einleitung und im Kommentierungstext.

Hebräische und andere zeitgenössische fremdsprachige Begriffe werden in einer Fußnote, bei Mehrfachnennung im Glossar erläutert. In der Gesamtedition sind zwei Bände für die besetzten sowjetischen Gebiete in den Grenzen vom 21. Juni 1941 vorgesehen. Die Aufteilung orientiert sich an chronologischen und verwaltungsmäßigen Aspekten, wobei der erste Sowjetunion-Band die Entwicklung in den Gebieten unter deutscher und rumänischer Militärverwaltung sowie in den 1940 von der Sowjetunion annektierten baltischen Republiken abdeckt. Der zweite, hier vorliegende Sowjetunion-Band

behandelt das Geschehen in den Gebieten Weißrusslands und der Ukraine, die vom 1. September 1941 an der deutschen Zivilverwaltung (dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete) unterstanden.

Einleitung

Im August 1943 – die Rote Armee rückte bereits auf Kiew vor – wurde Vladimir J. Davydov mit etwa 100 weiteren jüdischen Gefangenen vom Lager Syrec am Rand der ukrainischen Hauptstadt auf das nahe gelegene Gelände von Babij Jar verlegt. Anstelle der örtlichen Hilfspolizisten übernahmen ausschließlich deutsche SS-Männer und Polizisten die Bewachung; kein Einheimischer sollte mitbekommen, was auf dem durch Sichtblenden abgeschirmten Terrain vor sich ging. Die Gefangenen wurden in Ketten gelegt und zu „Erdarbeiten" eingeteilt. „Anfangs wussten wir nicht, worin unsere Arbeit eigentlich genau bestehen würde", berichtete Davydov nach seiner Befreiung, „doch als wir dann mit den Grabungen begannen, stellten wir fest, dass wir die Leichen derjenigen freilegten, die im Jahr 1941 erschossen worden waren." Er und seine Leidensgenossen mussten nun Zehntausende Opfer der ersten antijüdischen Mordkampagne und die Leichen der zahlreichen, dort ebenfalls erschossenen Rotarmisten und nichtjüdischen Zivilgefangenen auf gewaltige Roste zwischen Eisenbahnschwellen stapeln und verbrennen. Nach knapp fünf Wochen errichteten sie einen letzten Scheiterhaufen, obwohl es in Babij Jar, so Davydov, „bereits keine Leichen mehr gab" – dieser Haufen war für die Leichenbrenner selbst vorgesehen. Den sicheren Tod vor Augen, wagten einige Dutzend von ihnen einen Ausbruchsversuch. Davydov gehörte zu den wenigen, denen die Flucht gelang; er verbarg sich bis zum Einmarsch der Roten Armee und berichtete im November 1943 der sowjetischen Geheimpolizei NKVD von seinen Erlebnissen (Dok. 275).[1]

Mit dem Versuch, die Spuren ihrer Massaker zu verwischen, leiteten die deutschen Besatzer die letzte Phase des Massenmords an den sowjetischen Juden ein. Schon unmittelbar nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 hatten SS-Männer und Polizisten begonnen, Juden zu töten, und diese Massaker binnen weniger Wochen zu einem Völkermord ausgeweitet. Als die sowjetischen Truppen vom Sommer 1943 an die Invasoren nach Westen zurückdrängten, hatten die Deutschen dort bereits fast alle Juden umgebracht, derer sie habhaft werden konnten.

Aufgrund der enormen Dimension wird dieses Verbrechen an den sowjetischen Juden in zwei Bänden der Edition dokumentiert; die Abgrenzung der beiden Bände orientiert sich dabei an den zwei zeitlich versetzten Mordkampagnen in den besetzten sowjetischen Gebieten. Im Verlauf der ersten Mordkampagne zogen mobile Kommandos von SS und Polizei im Gefolge der Wehrmacht in Richtung Osten und töteten dabei zunächst jüdische Honoratioren, Geistliche und Intellektuelle, bald darauf alle jüdischen Männer. Schließlich gingen die Einheiten dazu über, ganze jüdische Gemeinden auszulöschen, einschließlich der Frauen und Kinder. Diesen Übergang vom antijüdischen Terror zum Völkermord vollzogen die Angehörigen der verschiedenen Mordkommandos parallel zueinander im Spätsommer und Herbst 1941. Die Wehrmacht war zu diesem Zeitpunkt im Norden bereits tief nach Russland eingedrungen, hatte ganz Weißrussland besetzt

1 Zu den Erschießungen in Babij Jar, zum Lager Syrec und zur Verbrennung der Leichen im Spätsommer 1943 siehe: Vitalij Nachmanovič, Rasstrely i zachoronenija v rajone Bab'ego Jara vo vremja nemeckoj okkupacii g. Kieva 1941–1943 gg., in: ders./Tatjana Evstaf'eva (Hrsg.), Babij Jar. Čelovek, vlast'. Istorija dokumenty i materialy, Kiev 2004, S. 84–163.

und stand im Süden vor Kiew, während die rumänischen Verbündeten den Dnjestr überschritten hatten. Hinter der Front, in einem langgezogenen Gebietsstreifen, der sich vom Baltikum über das östliche Weißrussland, die Zentralukraine bis nach Odessa am Schwarzen Meer erstreckte, begannen die SS- und Polizeieinheiten nun, unterschiedslos und systematisch alle Juden zu ermorden. Der größte Teil dieser besetzten Gebiete unterstand damals noch der Wehrmacht, nur die baltischen Republiken waren bereits teilweise der deutschen Zivilverwaltung übergeben worden; die Gebiete zwischen Dnjestr und Odessa wiederum wurden von den rumänischen Behörden verwaltet. Um die Parallelität dieses entscheidenden Schritts zum Völkermord deutlicher hervortreten zu lassen, wurde die Judenverfolgung im Baltikum unter Zivilverwaltung, im rumänischen Besatzungsgebiet Transnistrien und im Gebiet unter Militärverwaltung in Band 7 in einer Zusammenschau dokumentiert, die auch nachzeichnet, wie sich die antijüdische Politik dort bis zum Ende der Besatzung entwickelte.

Der Schwerpunkt des vorliegenden Bandes 8 liegt demgegenüber auf jenen Regionen Weißrusslands und der Ukraine (einschließlich der 1939 von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebiete), die die Wehrmacht bereits in den ersten Kriegswochen besetzt hatte und die schrittweise von der deutschen Zivilverwaltung übernommen wurden, sobald die Front weit genug vorgerückt war. Hier entstanden im September 1941 das Generalkommissariat Weißruthenien (als Teil des Reichskommissariats Ostland, zu dem auch die baltischen Republiken gehörten) und das Reichskommissariat Ukraine.

Band 8 dokumentiert, wie deutsche Besatzungsbeamte, Polizisten und SS-Männer in diesen beiden Territorien die bereits von Vertretern der Militärverwaltung angeordneten antijüdischen Maßnahmen fortführten und radikalisierten, indem sie die dort lebenden Juden entrechteten, in Gettos trieben und schließlich ermordeten. Neben den Taten der Angehörigen der deutschen Zivilverwaltung, Polizei, SS und Wehrmacht zeigt dieser Band, wie die Einheimischen darauf reagierten – von der Mitwirkung bei Mordaktionen bis zu Hilfsleistungen für die Verfolgten. Nicht zuletzt schildern die hier abgedruckten Dokumente die Verbrechen aus Sicht der Juden selbst und thematisieren deren Versuche, ihr Leben zu retten oder Widerstand zu leisten.[2]

2 Zum Beginn der Judenverfolgung in den besetzten sowjetischen Gebieten und zur Ausweitung der antijüdischen Morde zum Völkermord siehe die Einleitung von Band 7 dieser Edition und die dort genannte Literatur. Zum Judenmord in Weißrussland und der Ukraine unter deutscher Besatzung siehe insbesondere: Shmuel Spector, The Holocaust of Volhynian Jews. 1941–1944, Jerusalem 1990; Feliks Levitas, Evreï Ukraïny v roky drugoï svitovïi vijny, Kyïv 1997; Shalom Cholawsky, The Jews of Bielorussia during World War II, Amsterdam 1998; Ster Ja. Elizavetskij (Hrsg.), Katastrofa i opir ukraïns'koho evrejstva (1941–1944). Narysy z istoriï Holokosty i oporu v Ukraïni, Kyïv 1999; Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944, Hamburg 2000; Jakob Honigsman, Juden in der Westukraine. Jüdisches Leben und Leiden in Ostgalizien, Wolhynien, der Bukowina und Transkarpatien 1933–1945, Konstanz 2001; Emanuil G. Ioffe (Hrsg.), Aktual'nye voprosy izučenija Cholokosta na territorii Belarusi v gody nemecko-fašistskoj okkupacii. Sbornik naučnych rabot, Minsk 2005; Yitzhak Arad, The Holocaust in the Soviet Union, Lincoln u. a. 2009; Gennadij P. Vinnica, Cholokost na okkupirovannoj territorii Vostočnoj Belarusi v 1941–1944 godach, Minsk 2011.
Neben zahlreichen Einzelstudien haben Historiker in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion inzwischen eine Reihe von Nachschlagewerken zur Geschichte des Judenmords in den besetzten sowjetischen Gebieten verfasst. Zu den wichtigsten gehören: Vladimir I. Adamuško (Hrsg.), Spravočnik o nemecko-fašistskich lagerjach, getto, drugich mestach prinuditel'nogo soderžanija graždanskogo naselenija na vremenno okkupirovannoj territorii Belarusii v period Velikoj Otečest-

Der Beginn des Judenmords unter deutscher Militärverwaltung

Den Feldzug gegen die Sowjetunion konzipierten Hitler und seine Gefolgsleute von Beginn an als Vernichtungskrieg, mit dem sie zwei zentrale Ziele nationalsozialistischer Politik erreichen wollten: die Eroberung von „Lebensraum" und die Zerschlagung des Bolschewismus. Für die Nationalsozialisten war damit unweigerlich die „Lösung der jüdischen Frage" verbunden.[3]

Schon Anfang Februar 1933 – also nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler – hatte Hitler den Generälen der Reichswehr offen erklärt, er strebe die gewaltsame „Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes" im Osten an. Zugleich schloss er die Germanisierung der dort lebenden Bevölkerung kategorisch aus: „Man kann nur Boden germanisieren."[4] Damit war ein Grundmotiv für Hitlers Ostpolitik vorgegeben, die schließlich im Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 gipfelte. Mit dem Unternehmen „Barbarossa" wollte der Diktator dem Reich einen gewaltigen Kolonial- und Siedlungsraum erschließen sowie ein vermeintlich unerschöpfliches Reservoir an Rohstoffen und Lebensmitteln sichern. Nicht zuletzt – so verkündete Hitler knapp drei Monate vor dem Angriff in einer weiteren Ansprache vor der deutschen Militärführung – müsse der „Kampf um unser Dasein" gegen die Sowjetunion endlich „einmal durchgekämpft werden".[5] Damit spielte er insbesondere auf die vermeintliche

vennoj vojny 1941–1945, Minsk 1998; Aleksandr I. Kruglov, Katastrofa ukrainskogo evrejstva. 1941–1944 gg. Ėnciklopedičeskij spravočnik, Char'kov 2001; Il'ja A. Al'tman u. a. (Hrsg.), Cholokost na territorii SSSR. Ėnciklopedija, 2. erw. Aufl., Moskva 2011; Guy Miron/Shlomit Shulhani (Hrsg.), Die Yad-Vashem-Enzyklopädie der Ghettos während des Holocaust. 2 Bde., Göttingen 2014; Martin Dean u. a. (Hrsg.), The United States Holocaust Memorial Museum Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945. Volume 2, Ghettos in German-occupied Eastern, Part B, Bloomington, Indiana 2009.

Außerdem sind eine Reihe von Dokumentenbänden erschienen, u. a.: Raisa A. Černoglazova (Hrsg.), Tragedija evreev Belorussii v gody nemeckoj okkupacii. 1941–1944 gg. Sbornik dokumentov i materialov, Minsk 1995; Emanuil G. Ioffe (Hrsg.), Cholokost v Belarusi. 1941–1944. Dokumenty i materialy, Minsk 2002; Aleksandr I. Kruglov (Hrsg.), Sbornik dokumentov i materialov ob uničtoženii nacistami evreev Ukrainy v 1941–1944 godach, Kiev 2002; Nachmanovič/Evstaf'eva (Hrsg.), Babij Jar (wie Anm. 1). Neben Band 7 dieser Edition sind in deutscher Sprache u. a. folgende wichtige Dokumentenbände erschienen: Wassili Grossman/Ilja Ehrenburg/Arno Lustiger (Hrsg.), Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, Reinbek 1995; Wolfgang Benz/Konrad Kwiet/Jürgen Matthäus (Hrsg.), Einsatz im „Reichskommissariat Ostland". Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland 1941–1944, Berlin 1998; Klaus-Michael Mallmann u. a. (Hrsg.), Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion, 3 Bde., Darmstadt 2011–2014.

3 Zu den Kriegszielen und zum Verlauf des Deutsch-Sowjetischen Kriegs siehe Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt a. M. 1965; Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4), Stuttgart 1983; Bernd Wegner, Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43, in: Horst Boog u. a., Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6), Stuttgart u. a. 1990, S. 761–1102; Richard Overy, Russlands Krieg 1941–1945, Reinbek 2003; Christian Hartmann, Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten 1941–1945, München 2011, sowie die Einleitung zu VEJ 7.

4 Andreas Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren". Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: VfZ, 49 (2001), S. 517–551, hier: S. 547.

5 VEJ 7/2.

jüdisch-bolschewistische Gefahr an: Am Tag des Überfalls erklärte Hitler, nun sei die Stunde gekommen, dem Komplott „der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten".[6] Weil in der NS-Ideologie Juden als „Träger des bolschewistischen Systems" galten, konzipierten die Nationalsozialisten im Vorfeld des Krieges ein Mordprogramm, das sich insbesondere gegen die jüdischen Funktionäre in Partei, Staat und Wirtschaft richtete. Bereits im März 1941 beauftragte Göring den Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, für den Einsatz in der Sowjetunion eine kurze Handreichung von wenigen Seiten vorzubereiten, „die die Truppe mitbekommen könne, über die Gefährlichkeit der GPU-Organisation, der Polit-Kommissare, Juden usw., damit sie wisse, wen sie praktisch an die Wand zu stellen habe".[7] Anfang Juni 1941 erließ die Wehrmachtsführung einen Befehl, wonach die Kommissare und Politoffiziere in der Roten Armee nach ihrer Gefangennahme direkt hinter der Front zu erschießen seien.[8]

Die Soldaten der Wehrmacht sollten allerdings nur im Gefechtsbereich selbst morden, hinter der Front war dies Aufgabe spezieller Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst. Solche Einheiten hatten Himmler und Heydrich bereits für Einsätze in der Tschechoslowakei und Polen aufgestellt, sie rückten auch diesmal im Gefolge der Wehrmacht vor. Die vier Einsatzgruppen umfassten insgesamt etwa 3000 Mann und wurden durch Bataillone der Ordnungspolizei unterstützt, denen etwa 4500 Beamte angehörten. Heydrich und der Chef der Ordnungspolizei, Kurt Daluege, informierten die Kommandeure Mitte Juni 1941 mündlich und kurz nach Beginn des Feldzugs noch einmal schriftlich über ihre Aufgaben.[9]

In den ersten sechs Wochen des Deutsch-Sowjetischen Kriegs mordeten vor allem die Einsatzgruppen. Anfangs nutzten deren Angehörige noch eigens vorbereitete Listen, um ihre Opfer auszuwählen, bald aber erschossen sie unterschiedslos sämtliche jüdischen Männer im wehrfähigen Alter. In seinen Befehlen erteilte Heydrich den Einsatzgruppenleitern für diese Mordaktionen keine strikten Anweisungen, sondern gab ihnen vielmehr Leitlinien an die Hand, die flexibel der jeweiligen Situation angepasst werden sollten und so die Möglichkeit schufen, den Kreis der Opfer ständig zu erweitern.[10]

Daher hing es zunächst wesentlich vom antisemitischen Eifer der jeweiligen Kommandeure ab, wie viele Juden sie erschießen ließen. Die Opferzahlen in den Einsatzräumen unterschieden sich dementsprechend von Einheit zu Einheit stark.[11] Einen wesentlichen Schub

6 Zit. nach: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 2, Neustadt a. d. Aisch 1963, S. 1731.

7 VEJ 7/1.

8 Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht (WFSt, Abt. L/IV/Qu, Nr. 44 822/41 g. Kdos. Chefs.), gez. Warlimont, Führerhauptquartier, an das Oberkommando des Heeres, vom 6. 6. 1941, Abdruck in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa". Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 313 f.; Felix Römer, Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn u. a. 2008.

9 Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.

10 Zu den Listen gehörten das „Deutsche Fahndungsbuch", die „Aufenthaltsermittlungsliste" und die eigens für den Russlandfeldzug vorbereitete „Sonderfahndungsliste UdSSR"; Letztere liegt als Nachdruck vor: Sonderfahndungsliste UdSSR, hrsg. von Werner Röder, Erlangen 1976. Zu den Leitlinien Heydrichs siehe u. a. VEJ 7/9, 11, 15.

erhielt die Mordkampagne nach einem Treffen der deutschen Führung bei Hitler Mitte Juli 1941, bei dem sich der Diktator mit Blick auf die neu besetzten Ostgebiete Ausrottungsphantasien hingab.[12]

Wenige Tage später setzte Himmler 18 000 Angehörige der Waffen-SS in Marsch – insgesamt standen in den Ostgebieten nun mehr als 25 000 Mann für Mordaktionen zur Verfügung – und inspizierte unablässig die Einheiten vor Ort, um sie persönlich zu einem härteren Vorgehen zu animieren.[13] In den weißrussischen Pripjetsümpfen erschossen Angehörige der Waffen-SS in den ersten beiden Augustwochen mindestens 13 000 Männer, Frauen und Kinder. Erstmals löschten die Deutschen damit die jüdische Bevölkerung eines ganzen Landstrichs aus. Zwischen den Einheiten entstand ein für die Juden mörderisches Konkurrenzverhältnis: Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei hatten bislang deutlich weniger Juden erschossen als die Verbände der Waffen-SS und sahen sich nun entsprechenden Erwartungen ausgesetzt, denen sie dann auch bereitwillig nachkamen.[14]

Nur wenige Offiziere der Wehrmacht protestierten gegen die Judenverfolgung. Stattdessen unterstützten viele von Beginn des Feldzugs an die Entrechtung und Beraubung der sowjetischen Juden[15] und leisteten den Kommandos der Sicherheitspolizei vielfach auch bei den Massakern Amtshilfe, indem sie Lastwagen zum Transport der Opfer, Munition für die Exekution oder Wachposten zur Absperrung der Mordstätte stellten. Zudem regten Wehrmachtsangehörige die Massenerschießungen immer wieder selbst an. Sie legitimierten diese mit Versorgungsproblemen oder behaupteten, von den Juden könnten Epidemien ausgehen.[16] Nicht zuletzt erschien vielen Soldaten das Bild vom Juden als Bolschewik, potentiellem Partisan und Unruhestifter plausibel.[17]

Auch die deutschen Beamten der Zivilverwaltung engagierten sich für die Ausweitung des Judenmords; sie standen den Angehörigen von Sicherheitspolizei und SS in ihrem Judenhass vielfach kaum nach. In Litauen etwa, das als erstes Gebiet Ende Juli 1941 der Zivilverwaltung unterstellt wurde und wo die Mordkommandos viele jüdische Männer in den ersten Kriegswochen erschossen hatten, galten die jüdischen Frauen und Kinder den Besatzungsbeamten als unnütze Esser. Sie ließen die meisten in provisorische Gettos einsperren, ohne sie zu versorgen, und dann wegen angeblicher Seuchengefahr von der Sicherheitspolizei erschießen.[18]

Die deutsche Besatzungsverwaltung in der Ukraine und in Weißrussland

Mit dem gebürtigen Deutschbalten Alfred Rosenberg setzte Hitler im Sommer 1941 einen Mann an die Spitze des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, der ebenso wie der Diktator selbst seit den 1920er-Jahren auf die Zerschlagung der Sowjetunion

11 Einer der radikalsten Judenmörder war Karl Jäger, Chef des Einsatzkommandos 3 in Kaunas; vgl. Wolfram Wette, Karl Jäger. Mörder der litauischen Juden, Frankfurt a. M. 2011.
12 VEJ 7/28.
13 Funkspruch SS-Kav.Rgt. 2 an Reitende Abt. vom 1. 8. 1941; BArch, RS 3-8/36.
14 VEJ 7/49, 51, 58.
15 VEJ 7/25, 29, 31, 38, 42, 44, 54, 69, 72.
16 VEJ 7/109, 115, 128.
17 VEJ 7/75, 76, 153.
18 VEJ 7/184, 185, 188.

hingearbeitet hatte.[19] Rosenbergs Herrschaftsanspruch auf die eroberten Territorien blieb jedoch nicht unangefochten. Himmler hatte vor dem Überfall versucht, seine Befugnisse als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums auf die Ostgebiete auszudehnen, und Göring bemühte sich, als Beauftragter für den Vierjahresplan auch Verwaltungschef im Osten zu werden. Zwar mussten sich beide Rosenberg schließlich offiziell unterordnen, doch gelang es ihnen trotzdem, ihren Einfluss auszudehnen. Das lag in erster Linie daran, dass sich der Diktator kaum für die Details der politischen Konzeption des neuen Reichsministers interessierte. Rosenberg und seine engsten Mitarbeiter Georg Leibbrandt und Otto Bräutigam wollten die Balten, insbesondere aber die Ukrainer, als inferiore Bündnispartner gewinnen und Letzteren sogar eine begrenzte Autonomie in Aussicht stellen. Bräutigam entwarf kurz vor dem Angriff entsprechende Richtlinien für die Behandlung der Ostgebiete, in denen es u. a. hieß: „Der Krieg gegen die Sowjetunion ist ein politischer Feldzug, kein wirtschaftlicher Raubzug."[20] Doch Hitler sah das ganz anders. Am 29. Juni 1941 beauftragte er Göring, sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, „die zur höchstmöglichen Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte und Wirtschaftskapazitäten" zu Gunsten der deutschen Kriegswirtschaft nötig seien.[21] Wenn gehungert werden müsse, verkündete Göring ein Jahr später bei einer Sitzung vor Reichskommissaren und Militärbefehlshabern angesichts der verschärften Nahrungsmittelkrise, „dann hungert nicht der Deutsche, sondern andere".[22] Göring durchsetzte Rosenbergs Ministerium mit seinen Untergebenen: In den Chefgruppen des ihm zugeordneten Wehrwirtschaftsstabs Ost saßen dieselben Personen wie in der Wirtschaftsabteilung des Ostministeriums. Die Schulung der zukünftigen Besatzungsbeamten beschränkte sich schließlich weitgehend darauf, Lebensmittel, Holz und andere Wirtschaftsgüter sicherzustellen und möglichst schnell abzutransportieren.[23]

19 Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005. Zum Ostministerium: Andreas Zellhuber, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu …". Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941–1945, München 2006; Jürgen Matthäus/Frank Bajohr (Hrsg.), Alfred Rosenberg. Die Tagebücher von 1934 bis 1944, Frankfurt a. M. 2015.

20 Otto Bräutigam, Allgemeine Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Ostgebiete, o. D., Abdruck in: Robert Gibbons, Dokumentation, in: VfZ, 25 (1977), S. 257–261, hier: S. 259. Siehe auch: Aus dem Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam. Eingeleitet und kommentiert von H. D. Heilmann, in: Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie, hrsg. von Götz Aly u. a., Berlin 1987, S. 123–187.

21 Erlasse des Führers über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten vom 29. 6. 1941, Abdruck in: „Führer-Erlasse" 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkriegs schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, hrsg. von Martin Moll, Stuttgart 1997, S. 179 f.

22 Stenografischer Bericht über die Besprechung des Reichsmarschalls Göring mit den Reichskommissaren für die besetzten Gebiete und den Militärbefehlshabern über die Ernährungslage vom 6. 8. 1942; GARF, 7021/148/127, Bl. 29 f., Abdruck in: Trial of the major war criminals before the International Military Tribunal. Nuremberg 14 November 1945–1 October 1946, Nürnberg 1947, Bd. XXXIX, S. 385.

23 Bernhard Chiari, Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland 1941–1944 (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 53), Düsseldorf 1998, S. 61. Zu den Auswirkungen der deutschen Wirtschaftspolitik auf Weißrussland siehe v. a.: Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 231–448.

Die führenden Köpfe des Ostministeriums waren nicht weniger rücksichtslos als Himmler und Göring, ihnen war aber bewusst, dass es unmöglich war, „gegen den Haß einer Bevölkerung von 80 Millionen zu regieren". Freilich sahen auch sie in den Ostgebieten in erster Linie Kolonialland. Bezeichnend sind ihre Literaturempfehlungen für die Gebietskommissare der deutschen Zivilverwaltung; darunter befanden sich Titel wie „Mit dem Rucksack nach Indien" und „Im afrikanischen Dschungel als Tierfänger und Urwaldjäger". Der designierte Gebietskommissar in Rowno, Dr. Werner Beer, ließ sich von seinem Gauamtsleiter bescheinigen, dass er für die „Verwendung im Kolonialverwaltungsdienst" geeignet zu sein.[24]

Zwei Tage vor dem Überfall erklärte Rosenberg, es gebe keine Verpflichtung, „das russische Volk mit zu ernähren. […] Zweifellos wird eine sehr umfangreiche Evakuierung notwendig sein, und dem Russentum werden sicher sehr schwere Jahre bevorstehen."[25] Diese Position unterschied sich nicht grundsätzlich von der Neufassung des Generalplans Ost, die Himmler wenige Wochen später in Auftrag gab und die schließlich vorsah, 31 Millionen Slawen „umzusiedeln", oder von den Planungen in Görings Wehrwirtschaftsstab Ost.[26] Rosenbergs Einsprüche gegen einzelne Aspekte der deutschen Besatzungspolitik, wie die gewaltsame Deportation von „Ostarbeitern" in das Reich, waren also in sich widersprüchlich, zumal er die Grundlinien dieser Politik selbst mitformuliert hatte.[27] Am deutlichsten zeigt sich Rosenbergs Verantwortung in seiner Haltung zur „Judenfrage". Als er die Presse bei einem Empfang im November 1941 endlich offiziell über seine Ernennung zum Ostminister informierte, bekannte er offen: „Im Osten leben noch etwa sechs Millionen Juden, und diese Frage kann nur gelöst werden in einer biologischen Ausmerzung des gesamten Judentums in Europa."[28]

Rosenbergs Herrschaftsbereich blieb nicht nur hinsichtlich seiner Kompetenzen, sondern auch territorial eingeschränkt: Von den fünf geplanten Reichskommissariaten entstanden nur die Reichskommissariate Ostland und Ukraine. Beide Territorien wurden in Generalkommissariate untergliedert: Zum Ostland gehörten die drei baltischen Republiken und vom 1. September 1941 an das Generalkommissariat Weißruthenien mit Minsk als Hauptstadt; das Reichskommissariat Ukraine bestand schließlich aus sechs

24 Zitat aus Ostministerium: Bräutigam, Allgemeine Richtlinien (wie Anm. 20), S. 261; Beer: Gesamturteil des Gauamtsleiters vom 24. 7. 1941; BArch, R 9361-II/34467, Bl. 1186; siehe auch Wendy Lower, Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine, Chapel Hill, NC 2005, S. 26.

25 Rede des Reichsleiters A. Rosenberg vor den engsten Beteiligten am Ostproblem vom 20. 6. 1941, Abdruck in: IMT, Bd. XXVI, S. 608–627, hier: S. 622.

26 Helmut Heiber, Der Generalplan Ost, in: VfZ, 6 (1958), S. 281–325; Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hrsg. von Czesław Madajczyk, München u. a. 1994; Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 394–440; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.), Der „Generalplan Ost". Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993; Rolf-Dieter Müller, Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1945. Der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard a. Rh. 1991.

27 Piper, Rosenberg (wie Anm. 19), S. 558–566.

28 Rede von Reichsminister Rosenberg anlässlich des Presseempfangs am Dienstag, 18. 11. 1941, 15.30 Uhr, im Sitzungssaal des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete (Entwurf, vertraulich); PAAA, R 105 192 DIX 472, Abdruck in: Rosenberg, Tagebücher (wie Anm. 19), S. 574–578.

Generalkommissariaten (Shitomir, Wolhynien-Podolien, Kiew, Dnjepropetrowsk, Nikolajew, Krim-Taurien), erst am 1. September 1942 erreichte es seine größte Ausdehnung. Zwar blieb dieses Reichskommissariat immer noch deutlich kleiner als die ukrainische Sowjetrepublik, umfasste aber immerhin die gewaltige Fläche von mehr als 340 000 Quadratkilometern. Vor dem Krieg hatten hier 25 Millionen Menschen gelebt, Anfang 1943 zählten die deutschen Behörden noch knapp 17 Millionen. Das Generalkommissariat Weißruthenien war etwa so groß wie eines der ukrainischen Generalkommissariate; auf 60 000 Quadratkilometern lebten Anfang 1943 noch etwa zweieinhalb Millionen Menschen.[29]

An der Spitze des Generalkommissariats Weißruthenien und des Reichskommissariats Ukraine standen zwei äußerst schillernde NS-Funktionäre. Generalkommissar in Minsk wurde Wilhelm Kube, ehemals Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Preußischen Landtag sowie Gauleiter und Oberpräsident der Provinzen Brandenburg-Berlin und Kurmark. Er war 1936 über eine Korruptionsaffäre und seinen ausschweifenden Lebenswandel gestürzt, doch Hitler blieb ihm wohlgesinnt und übertrug ihm 1941 den neuen Posten. Auch Erich Koch, Gauleiter und Oberpräsident von Ostpreußen, profitierte von der Gunst des Führers, der ihn gegen den Widerstand Rosenbergs gleichzeitig als Reichskommissar für die Ukraine einsetzte. Koch war ebenfalls korrupt, doch im Unterschied zu Kube, der sich aus pragmatischen Gründen als Förderer der Weißrussen gegen den großrussischen Machtanspruch ausgab und etwa die Gründung einer Weißrussischen Autokephalen Orthodoxen Kirche gestattete, lehnte Koch jegliche Zugeständnisse an die Ukrainer ab, bezeichnete seine Strategie diesen gegenüber selbst als „Negerpolitik“ (Dok. 171) und blieb seinem neuen Herrschaftsgebiet meist fern.[30]

Wie sein Amtskollege in Riga, der Reichskommissar für das Ostland Hinrich Lohse, stützte sich auch Koch auf bewährte Seilschaften. Lohse brachte Vertraute aus Schleswig-Holstein mit, Koch aus Ostpreußen: Der Zichenauer Regierungspräsident Paul Dargel wurde zum Chef der Hauptabteilung Politik, der Propagandaleiter der Gauleitung Ostpreußen Joachim Paltzo zum Leiter der Hauptabteilung Propaganda, der Gauobmann der Deutschen Arbeitsfront in Ostpreußen Waldemar Magunia zum Generalkommissar in Kiew, der ostpreußische Parteirichter Ewald Oppermann zum Generalkommissar in Nikolajew und der Königsberger Polizeipräsident Heinrich Schoene zum Generalkommissar in Wolhynien-Podolien.

Die wichtigsten Vertreter der Besatzungsverwaltung aber waren die Stadt- und Gebietskommissare; allein im Generalkommissariat Weißruthenien gab es elf, im Reichskommissariat Ukraine insgesamt 144. Eine effektive Verwaltung der besetzten Gebiete war allerdings wegen der dünnen Personaldecke der deutschen Besatzungsbehörden kaum möglich: Sowohl in der Ukraine als auch in Weißruthenien waren jeweils wenige Dutzend Reichsdeutsche für riesige Gebiete von bis zu 10 000 Quadratkilometern und für bis zu 400 000 Menschen zuständig. Ein Großteil der Funktionsträger wurde über die NS-Ordensburgen Krössinsee und Vogelsang rekrutiert; diese Männer zeichneten sich

29 Karel C. Berkhoff, Harvest of Despair. Life and death in Ukraine under Nazi rule, Cambridge, Mass. 2004, S. 36 f.; Hans Dieter Handrack, Das Reichskommissariat Ostland. Die Kulturpolitik der deutschen Verwaltung zwischen Autonomie und Gleichschaltung 1941–1944, Hannoversch-Münden 1980, S. 220.

30 Rolf-Dieter Müller, An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ 1941–1945, Berlin 2007, S. 188.

zwar durch eine große „weltanschauliche Standfestigkeit" aus, es mangelte ihnen aber vielfach an Verwaltungserfahrung. Viele Beamte der unteren Ebene nutzten ihre Position zudem, um sich zu bereichern. Ein Presseoffizier des Ostministeriums mokierte sich 1944 über die „Ost-Hyänen", jene „Leute, die einen um so größeren Ost-Luxus in Essen, mit Wohnung und Wagen treiben, aus je kleineren Verhältnissen sie oft daheim stammen".[31]

Weitgehend unkontrolliert vom Ostministerium agierten in den besetzten sowjetischen Gebieten zudem noch Tausende Vertreter von Privatfirmen und staatlichen Organisationen wie der Reichspost, der Reichsbahn, der Zentralhandelsgesellschaft Ost und insbesondere der Organisation Todt (OT). Letztere wurde seit Anfang 1942 von Albert Speer geleitet, dem neu ernannten Reichsminister für Bewaffnung und Munition; er ließ sich von Hitler die Zuständigkeit für die gesamte Verkehrs- und Energieinfrastruktur übertragen und packte voller Ehrgeiz auch die wirtschaftliche „Auswertung der besetzten Ostgebiete" an, für die er Hunderttausende Zwangsarbeiter einsetzte, darunter auch viele Juden. Das größte Infrastrukturprojekt in der Ukraine hingegen übernahm Himmler: Die Durchgangsstraße IV, eine der Hauptnachschubstrecken der Wehrmacht, wollte er als „Straße der SS" von Rumänien bis an das Asowsche Meer östlich der Krim vollendet wissen. Auch hierfür wurden Tausende jüdische Zwangsarbeiter eingesetzt.[32]

SS, Polizei und einheimische Hilfspolizisten in den besetzten sowjetischen Gebieten

Während Himmlers wirtschafts- und siedlungspolitische Ambitionen in den besetzten Ostgebieten nicht über bescheidene Ansätze hinauskamen (in der Südukraine scheiterte sein Versuch einer „Kolonie Hegewald"), hatte er mittels der Höheren SS- und Polizeiführer die gebündelte Befehlsgewalt über alle Sicherheitskräfte, die nicht der Wehrmacht angehörten. Die Höheren SS- und Polizeiführer Russland-Nord, -Mitte und -Süd waren zunächst den entsprechenden Heeresgruppen zugeteilt, dann den Reichskommissaren

31 Mark Mazower, Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, München 2009, S. 139–150, Zitat: S. 145; Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 156–180; Berkhoff, Harvest of Despair (wie Anm. 29), S. 35–47; Stephen A. Connor, Golden Pheasants and Eastern Kings. The German District Administration in the Occupied Soviet Union. 1941–1944, PhD diss., Waterloo 2007; Stephan Lehnstaedt, Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944, München 2010. Zur Rekrutierung über die Ordensburgen: Franz-Albert Heinen, Gottlos, schamlos, gewissenlos. Zum Osteinsatz der Ordensburg-Mannschaften, Düsseldorf 2007; ders., NS-Ordensburgen Vogelsang, Sonthofen und Krössinsee, Berlin 2011, S. 113–123. Zu Koch: Ralf Meindl, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007; zu Lohse und seinem Netzwerk: Wulf Pingel, Von Kiel nach Riga. Schleswig-Holsteiner in der deutschen Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland, in: Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 122 (1997), S. 439–466; beispielhaft für die Verwaltung auf der unteren Ebene die Fallstudie zum Generalkommissariat Shitomir: Lower, Nazi Empire-Building (wie Anm. 24), S. 98–110.

32 1. Ausführungsverordnung zum Erlass des Führers über den Einsatz der Technik in den besetzten Ostgebieten vom 9. 6. 1942, gez. Speer, zit. nach: Piper, Rosenberg (wie Anm. 19), S. 553; zur DG IV: Andrej Angrick, Annihilation and Labor. Jews and Thoroughfare IV in Central Ukraine, in: Ray Brandon/Wendy Lower (Hrsg.), The Shoah in Ukraine. History, Testimony, Memorialization, Bloomington 2008, S. 190–223; Lower, Nazi Empire-Building (wie Anm. 24), S. 143–150.

Lohse bzw. Koch, weshalb man sie fortan häufig als Höhere SS- und Polizeiführer Ostland bzw. Ukraine bezeichnete. Auf der Ebene darunter waren die SS- und Polizeiführer den entsprechenden Generalkommissaren zugeordnet. Hitler hatte im Juli 1941 bestimmt, die „polizeiliche Sicherung" der Ostgebiete sei „Sache des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei", weshalb Himmlers Untergebene in diesem Bereich auch der Zivilverwaltung Weisungen erteilen dürften.[33] Himmler versuchte auf diesem Wege, doch noch die politische Richtlinienkompetenz für die Ostgebiete zu erlangen, woraus sich langwierige Konflikte mit Rosenbergs Besatzungsbeamten ergaben (Dok. 63, 73 und 98).[34]

Die Polizei in den besetzten Ostgebieten gliederte sich in Sicherheits- und Ordnungspolizei. Die politische Führung nahmen in diesem Bereich jeweils die Beamten der Sicherheitspolizei ein; sie waren für die Verfolgung der Juden und politischen Gegner zuständig und konnten dafür Kräfte der Ordnungspolizei sowie der Waffen-SS anfordern. Vom Herbst 1941 an wurden die mobilen Einsatzgruppen und -kommandos sukzessive in stationäre Dienststellen der Sicherheitspolizei umgewandelt: Auf der Ebene der Reichskommissare erhielten die Chefs der Einsatzgruppen A und C, Dr. Walter Stahlecker und Dr. Max Thomas, die Posten der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD beim Höheren SS- und Polizeiführer Ostland bzw. Ukraine; aus den Einsatz- und Sonderkommandos rekrutierte sich das Personal der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD, die auf der Ebene der Generalkommissare bei den jeweiligen SS- und Polizeiführern angesiedelt waren. Der Chef des Einsatzkommandos 2, Dr. Eduard Strauch, wurde beispielsweise zum Kommandeur der Sicherheitspolizei Weißruthenien in Minsk, ihm unterstanden Angehörige der Einsatzkommandos 2, 3 und 8 sowie des Sonderkommandos 1b. Diese etwa 150 Deutschen organisierten in den folgenden zwei Jahren den Mord an 150 000 Juden im Generalkommissariat Weißruthenien. Im Reichskommissariat Ukraine wurden die Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei in den sechs Generalkommissariaten mit Angehörigen des Einsatzkommandos 5 besetzt, die sich Verstärkung aus dem Reich holten. Eine zentrale Rolle nahm Dr. Karl Pütz, der Kommandeur der Sicherheitspolizei Wolhynien-Podolien, ein, weil die meisten Juden im Reichskommissariat Ukraine in seinem Zuständigkeitsbereich lebten. Im Laufe des Jahres 1942 wurde das Geflecht der Sicherheitspolizei sowohl in Weißruthenien als auch im Reichskommissariat Ukraine verdichtet, als die Kommandeure der Sicherheitspolizei in einer Reihe von Städten Außenstellen einrichteten.[35] Die Dienststellen der Befehlshaber bzw. Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD bildeten die Struktur des zentralen Reichssicherheitshauptamts in Berlin nach, sie umfassten somit jeweils Abteilungen der in Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei aufgegliederten Sicherheitspolizei so-

33 Erlass des Führers über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete, gez. Hitler, Keitel, Lammers, vom 17. 7. 1941, Abdruck in: „Führer-Erlasse" (wie Anm. 21), S. 186–188.

34 Hans Buchheim, Die Höheren SS- und Polizeiführer, in: VfZ, 11 (1963), S. 362–391; Ruth Bettina Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986. S. 220–237.

35 Dieter Pohl, Die Einsatzgruppe C, in: Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 71–87; Alexander V. Prusin, A Community of Violence. The SiPo/SD and Its Role in the Nazi Terror System in Generalbezirk Kiew, in: Holocaust and Genocide Studies, 21 (2007), H. 1, S. 1–30.

wie des Sicherheitsdienstes der SS (SD). Vor Ort spielte diese Gliederung oftmals allerdings kaum eine Rolle, weil die Dienststellen zu klein waren. Insbesondere bei Gewaltaktionen rückte das Personal der Dienststellen nahezu geschlossen aus und handelte als einheitliche Gruppe (Dok. 242). In den Dokumenten ist häufig unterschiedslos vom „SD" die Rede, auch wenn eigentlich Angehörige der Sicherheitspolizei gemeint waren. Im internen Schriftverkehr der Täter spiegelte sich in dieser Sprachregelung wider, dass der gesamte Apparat immer mehr der SS-Formation SD zugeordnet wurde, Zeugen und Opfer wiederum orientierten sich an der SD-Raute, die im Ausland auch die Sicherheitspolizisten am Uniformärmel trugen.

Der zweite Strang der Polizei, die Ordnungspolizei, war analog zur Sicherheitspolizei gegliedert: Den Befehlshabern der Ordnungspolizei, Georg Jedicke im Reichskommissariat Ostland und Otto von Oelhafen im Reichskommissariat Ukraine, waren auf der Ebene der Generalkommissariate die Kommandeure der Ordnungspolizei unterstellt. Die Ordnungspolizei war nochmals unterteilt: Neben den kasernierten Polizeibataillonen bzw. -regimentern, die von den Kommandeuren der Sicherheitspolizei etwa bei Exekutionen angefordert wurden, bestanden in größeren Städten Dienstabteilungen der Schutzpolizei und in Kleinstädten sowie in ländlichen Gebieten Gendarmerieposten. Die Beamten dieser Dienststellen organisierten vor Ort die alltägliche Verfolgung, beteiligten sich aber ebenfalls an den Massakern.[36]

Eine wichtige Rolle im Verfolgungsapparat nahmen schließlich die einheimischen Hilfspolizisten ein. Im offiziellen deutschen Sprachgebrauch firmierten sie als Schutzmänner, in den russisch- und ukrainischsprachigen Texten wiederum wurden sie häufig als „policai" – Polizisten – bezeichnet, um sie von den Milizionären des sowjetischen Regimes zu unterscheiden. Schon zu Beginn der Besatzung zeichnete sich ab, dass die Personalstärke der deutschen Verbände in den besetzten Ostgebieten nicht ansatzweise ausreichte, um diese Territorien zu beherrschen. Obwohl Hitler noch am 16. Juli 1941 den „eisernen Grundsatz" betont hatte, es dürfe westlich des Urals nie „erlaubt werden, daß ein anderer Waffen trägt als der Deutsche!",[37] erteilte Himmler bereits eine gute Woche später einen gegenteiligen Befehl und ordnete den Aufbau zusätzlicher Schutzformationen aus Einheimischen an. Nach Vorstellung des Reichsführers-SS waren diese Kräfte vorrangig aus vertrauenswürdigen sowjetischen Kriegsgefangenen zu rekrutieren, wobei möglichst Ukrainer, Balten und Weißrussen bevorzugt werden sollten.[38] In der Realität hingegen wurden die Reihen auch für Polen geöffnet, und schließlich fanden sich sogar ehemalige Kommunisten unter den Schutzmännern (als „Verräter" waren sie später vorrangiges Ziel von Racheakten sowjetischer Partisanen). Viele der Schutzmänner traten freiwillig in deutsche Dienste, etwa weil sie am Kampf gegen den Kommunismus teilnehmen wollten oder einfach einen sicheren Arbeitsplatz anstrebten. Andere gaben später an, sie seien zum Dienst verpflichtet worden und hätten sich nicht entziehen kön-

36 Wolfgang Curilla, Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland, Paderborn 2006; Karl Schneider, „Auswärts eingesetzt". Bremer Polizeibataillone und der Holocaust, Essen 2011, v. a. S. 429–491; Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 180–196.

37 Aktenvermerk (Geheime Reichssache), ungez. [Bormann], FHQu., über die Besprechung Hitlers mit Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring und Bormann vom 16. 7. 1941, Abdruck in: VEJ 7/28.

38 Befehl des RFSS, gez. Himmler, an die Höheren SS- und Polizeiführer Russland-Nord, Mitte, Süd vom 25. 7. 1941, zit. in: Martin Dean, Collaboration in the Holocaust. Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine. 1941–1944, London 1999, S. 27.

nen (Dok. 201). Die Grenze zwischen Zwang und Freiwilligkeit war oftmals fließend. Auf dem Höhepunkt der deutschen Machtausdehnung im Osten Ende 1942 unterstanden den rund 14 000 deutschen Polizisten und Gendarmen in den Reichskommissariaten Ukraine und Ostland insgesamt 160 000 einheimische Schutzmänner.
Wie bei den deutschen Polizeieinheiten ist auch bei den einheimischen Schutzmannschaften zu unterscheiden zwischen dem Einzeldienst, bei dem die Schutzmänner den örtlichen Schutzpolizei- bzw. Gendarmeriedienststellen zugeordnet waren, und den Schutzmannschaftsbataillonen, die in Lagern oder Kasernen stationiert und je nach Bedarf auch fernab ihrer Heimat eingesetzt wurden (Dok. 55). Im Ostland wurden etwa 32 000 Schutzmänner im Einzeldienst und 23 000 in mobilen Schutzmannschaftsbataillonen eingesetzt, im Reichskommissariat Ukraine waren 70 000 stationär gebunden und 35 000 in den mobilen Einheiten. Bei Massenerschießungen griff die Sicherheitspolizei häufig auf die Schutzmannschaftsbataillone zurück. Angehörige dieser Einheiten trieben die Juden zur Exekutionsstätte und sicherten diese ab, während die Deutschen schossen. Zuweilen führten die Schutzmänner die Exekutionen aber auch eigenständig durch. Die Schutzmänner im Einzeldienst waren für alltägliche Aufgaben, wie die Durchsetzung antijüdischer Bestimmungen oder die Bewachung von Gettos, zuständig. Bei den Gettoauflösungen dienten sie aber auch als Sperrposten oder erschossen selbst Juden (Dok. 14, 16, 113, 119, 181, 201, 214).[39]

Diskriminierung, Ausplünderung und Gettoisierung der Juden

Lange Zeit galten die Angehörigen von SS und Sicherheitspolizei als die entscheidenden Triebkräfte der Judenverfolgung in den besetzten Ostgebieten. Tatsächlich wollte Himmler nie akzeptieren, dass seine Männer der Zivilverwaltung untergeordnet waren, und stritt mit Rosenberg jahrelang darüber, wer über die Judenpolitik zu bestimmen habe (Dok. 98). Doch in der Praxis lag die Federführung in diesem Bereich bei den Dienststellen der General- und Gebietskommissare, wo die Referenten der verschiedenen Abteilungen für Politik, Arbeitseinsatz, Wirtschaft, Finanzen usw. von sich aus die entsprechenden Initiativen ergriffen. Inhaltlich gab es mit den Angehörigen der SS ohnehin kaum Differenzen. Den Verantwortlichen wurde ausdrücklich ein breiter Handlungsspielraum gelassen. „Eine Bindung an alle Einzelheiten der Richtlinien wird nicht ausgesprochen, da die örtlichen Verhältnisse vielfach verschieden sind", hieß es noch im Sommer 1942 in einem Erlass des Reichskommissars für das Ostland über die Verwaltung der Gettos.[40]

39 Dean, Collaboration in the Holocaust (wie Anm. 38), v. a. S. 60–77; Leonid Rein, The Kings and the Pawns. Collaboration in Byelorussia during World War II, New York u. a. 2013, S. 253–276; Dieter Pohl, Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, Göttingen 2003, S. 205–234; Frank Golczewski, Organe der deutschen Besatzungsmacht: Die ukrainischen Schutzmannschaften, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa, Berlin 1998, S. 173–196; Yehoshua R. Büchler, Local Police Force Participation in the Extermination of Jews in Occupied Soviet Territory, in: Shvut, 20 (1996), H. 4, S. 79–99.

40 VEJ 7/249.

Dementsprechend lässt sich bei der Judenverfolgung kein einheitliches Vorgehen beobachten. Die deutschen Besatzer operierten anfangs vielmehr mit verschiedenen Maßnahmen und radikalisierten ihre Politik dann immer rascher. Die Diskriminierung und Entrechtung in den besetzten Ostgebieten hatte bereits unter deutscher Militärverwaltung begonnen; als diese Territorien der deutschen Zivilverwaltung unterstellt wurden, schlossen sich deren antijüdische Maßnahmen häufig nahtlos an die bereits bestehenden Verfügungen an bzw. holten diese nach. Dazu gehörte insbesondere die Kennzeichnung der Juden mit Armbinden, auf denen der Judenstern aufgedruckt war, oder mit gelben Flecken, die auf der Brust und auf dem Rücken anzubringen waren (Dok. 3, 34). Darüber hinaus erließen die Besatzer zahlreiche weitere diskriminierende Anordnungen wie das Verbot, Bürgersteige zu benutzen. Für Juden galten erweiterte Sperrstunden, sie durften Märkte nur noch zu eingeschränkten Zeiten und schließlich gar nicht mehr besuchen. Fortan hatten sie in speziellen Läden einzukaufen (Dok. 6, 10, 47). Bei Missachtung dieser Vorschriften wurden die betreffenden Personen mit hohen Geldstrafen und mehrtägigem Arrest belegt, für den sie ebenfalls bezahlen mussten, oder aber ohne weiteres erschossen.[41] Im Laufe der Zeit ließen sich die Besatzer immer mehr Schikanen einfallen, mit denen sie bewusst auch in die Privatsphäre der Verfolgten eingriffen, etwa indem sie Eheschließungen untersagten (Dok. 88).

Darüber hinaus wurden die Juden systematisch ausgeraubt, wobei die Deutschen darauf achteten, ihrem Handeln einen legalen Anstrich zu geben. Auf bürokratischem Wege wurden den jüdischen Gemeinden zunächst sogenannte Kontributionen oder Sondersteuern auferlegt (Dok. 86) – eine Praxis, die bereits die Militärverwaltung angewandt hatte.[42] Im Oktober 1941 schuf der Reichskommissar für das Ostland die Voraussetzungen, jeglichen jüdischen Besitz beschlagnahmen zu können, woraufhin der Gebietskommissar Nowogrodek den Juden in seinem Kreisgebiet befahl, ihr gesamtes Vermögen an eigens eingerichteten Sammelstellen abzuliefern (Dok. 26).[43] Mit der Beschlagnahme der Wertgegenstände gaben sich die Besatzer aber nicht zufrieden; über die Judenräte forderten sie regelmäßig Möbelstücke, Bettzeug oder Geschirr ein, um deutsche Dienststellen auszustatten – allein in Brest lieferten die Juden auf diese Weise binnen vier Monaten Waren im Wert von rund 167 000 Reichsmark ab. Nachdem die Deutschen die meisten Juden ermordet hatten, verwerteten sie schließlich deren noch verbliebene Habe. In Minsk wurde zunächst in einer ehemaligen Kirche, dann im Gebäude der weißrussischen Staatsoper ein großes Lager für die Kleider der Opfer eingerichtet (Dok. 254). Aus diesem bediente sich Ende 1942 vermutlich auch der SS- und Polizeiführer Weißruthenien, Carl Zenner, als er die Familien von SS-Angehörigen mit 10 000 Paar Kindersocken und 2000 Paar Kinderhandschuhen bedachte.[44] Häufig war

41 Vinnica, Cholokost na okkupirovannoj territorii vostočnoj Belarus (wie Anm. 2), S. 148; Ilja Al'tman, Opfer des Hasses. Der Holocaust in der UdSSR 1941–1945, Zürich 2008, S. 181 f.

42 E. Rozenblat/I. Elenskaja, Pinskie evrei. 1939–1944, Brest 1997, S. 92. Zum Raub von jüdischem Besitz in den besetzten Ostgebieten siehe auch: Vladimir I. Adamuško (Hrsg.), „Nacistskoe zoloto" iz Belarusi. Dokumenty i materialy, Minsk 1998.

43 Vgl. Anordnung des Reichskommissars für das Ostland, gez. Lohse, vom 13. 10. 1941, Abdruck in: VEJ 7/201.

44 Zu Brest siehe Aufstellung des Judenrats von Brest-Litowsk, ungez., o. D. (nach dem 10. 2. 1942), BArch, R 94/6; zu Zenner siehe Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (wie Anm.), S. 378 f.

der „Judennachlass“ jedoch so kümmerlich, dass man ihn an die einheimische Bevölkerung verkaufte oder abgab (Dok. 127, 205).
Große Einnahmen erzielten die Beamten aus der Verwertung des beweglichen Vermögens der Juden vermutlich nicht. Laut Bericht der Finanzabteilung des Ostministeriums lag der entsprechende Erlös in den besetzten Ostgebieten unter Zivilverwaltung Ende 1942 bei lediglich 867 000 Reichsmark – das entsprach nicht mehr als drei Prozent ihrer Gesamteinnahmen.[45] Allerdings sind in dieser Aufstellung weder die gleich beim Einmarsch der Deutschen geraubten oder von korrupten Beamten beiseitegeschafften Güter enthalten noch die Immobilien, die sich bis 1941 in jüdischem Besitz befanden und entweder schrittweise an Einheimische verkauft oder an sogenannte Volksdeutsche übergeben wurden (Dok. 223).[46] Manche Forscher schätzen den Gesamtwert des geraubten jüdischen Vermögens daher auf mehrere hundert Millionen Reichsmark.[47]
Ein besonderer Aspekt des deutschen Raubzugs in den besetzten Ostgebieten stellte die Tätigkeit des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg dar, denn dabei gingen Diebstahl und die Vernichtung von Zeugnissen jüdischer Kultur Hand in Hand. Systematisch durchkämmten die Angehörigen des Einsatzstabs Museen, Archive und Bibliotheken nach Judaica und sortierten aus, was für das Institut zur Erforschung der Judenfrage geeignet schien, jener Außenstelle der „Hohen Schule“ Rosenbergs in Frankfurt am Main, die zum Zweck der rassenideologisch fundierten Gegnerforschung gegründet worden war. Den Rest der Bücher und Archivalien ließ man verbrennen oder einstampfen (Dok. 122, 198). Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Weißruthenien des Einsatzstabs vom Januar 1944 verdeutlicht, was das eigentliche Ziel dieses Raubzugs war: Nach dem Abtransport der letzten jüdischen Buchbestände aus Minsk könne man festhalten, dass die weißrussische Hauptstadt nunmehr „frei ist von jeglichen lebendigen, kulturellen und materiellen jüdischen Überbleibseln“.[48]
Eine gravierende Verfolgungsmaßnahme war die Gettoisierung der Juden, also das Einpferchen in abgetrennte Wohnviertel. Im Generalgouvernement praktizierten die Besatzer dies bereits seit Ende 1939.[49] Die Beamten der Zivilverwaltung verfolgten damit mehrere Ziele: Die Juden sollten von der übrigen Bevölkerung isoliert werden, um sie besser überwachen und aushungern zu können. Die Lebensmittelrationen für Juden lagen um die Hälfte unter denen der übrigen Einheimischen, und man wollte sicherstellen, dass

45 Bericht des RMfbO (II 6 P), gez. Stoltz, o. D. (Dez. 1942), über die Tätigkeit der Finanzabteilungen des RMfbO und der RK Ostland und Ukraine im Jahr 1942; BArch, R 43 II/689, Bl. 232; Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 682 f.

46 Schreiben des Gebietskommissars Minsk-Land an den Generalkommissar für Weißruthenien vom 25. 11. 1942; NARB, 393/4/12, Bl. 103.

47 Yitzhak Arad, Plunder of Jewish Property in the Nazi-Occupied Areas of the Soviet Union, in: Yad Vashem Studies, 29 (2001), S. 109–148.

48 Mitteilung der Arbeitsgruppe Weißruthenien des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg an das Institut zur Erforschung der Judenfrage über die Verlagerung jüdischer Literatur vom 8. 2. 1944, zit. nach: Chiari, Alltag hinter der Front (wie Anm. 23), S. 243.

49 VEJ 4/54, 55, 94; Dan Michman, Angst vor den „Ostjuden“. Die Entstehung der Ghettos während des Holocaust, Frankfurt a. M. 2011 (zu den Gettos in den besetzten Ostgebieten S. 113–134).

die Juden keine zusätzliche Nahrung kauften. Diese Art der Kontrolle diente außerdem dazu, die Juden vom Arbeitsmarkt auszuschließen; fortan durften sie nur noch in streng kontrollierten Bereichen und vorzugsweise für die Besatzer arbeiten. Nicht zuletzt sollte in den infolge der Kampfhandlungen zerstörten Städten durch die Vertreibung der Juden aus ihren Häusern Wohnraum frei gemacht werden.[50]

Die ersten Gettos in den besetzten Ostgebieten hatten bereits die Offiziere der Militärverwaltung eingerichtet, in Minsk etwa war der entsprechende Befehl Mitte Juli 1941 ergangen.[51] Doch erst mit dem Übergang zur Zivilverwaltung wurde die Gettoisierung forciert, wobei auch dies ein uneinheitlicher und teilweise widersprüchlicher Prozess blieb. Zwar ordnete Erich Koch gleich als eine seiner ersten Amtshandlungen als Reichskommissar für die Ukraine im September 1941 an, in Städten mit mehr als 200 Juden Gettos einzurichten.[52] Da die Besatzungsbeamten aber über einen großen Entscheidungsspielraum verfügten, dauerte es sowohl im Reichskommissariat Ukraine als auch in Weißruthenien vielfach Monate, bis diese „jüdischen Wohnbezirke" entstanden (Dok. 34, 39). In kleineren Landgemeinden waren Gettos ohnehin nicht vorgesehen; die dort lebenden Juden deportierte man stattdessen vielfach in die nächstgrößeren Rayon- oder Gebietshauptstädte (Dok. 74).

Anfang 1942 wurde von den höheren Stellen verstärkt Druck ausgeübt, Gettos einzurichten (Dok. 53). Allerdings entstanden diese meist erst im Laufe des Frühjahrs 1942 – häufig unmittelbar vor Beginn der zweiten großen Mordkampagne, zuweilen sogar erst danach, um die bei den Massakern zunächst verschonten jüdischen Arbeitskräfte an der Flucht zu hindern. Insbesondere die kleineren Gettos waren bis dahin mehr oder weniger offen geblieben. Die dort lebenden Juden unterlagen zwar Ausgangsbeschränkungen, doch erst jetzt erhielten die Zwangswohnbezirke durchgehend den Charakter streng abgeschotteter Lager. Diese neue Phase kündigte sich im März 1942 an, als Heinrich Schoene, der Generalkommissar für Wolhynien-Podolien, die verschärfte Bewachung der Gettos anordnete.[53] Da in seinem Herrschaftsbereich zu diesem Zeitpunkt noch die meisten der Juden auf dem Gebiet des Reichskommissariats Ukraine lebten, kam dieser Anweisung besondere Bedeutung zu.

Insgesamt bestanden im Laufe der Besatzungszeit im Reichskommissariat Ukraine mehr als 400 und im Generalkommissariat Weißruthenien mehr als 90 Gettos unterschiedlicher Größe – das Spektrum reichte von einem einzelnen Haus am Dorfrand (Dok. 84) bis zu einem Wohnbezirk für 80 000 Menschen wie in Minsk, wo das größte Getto in den besetzten Ostgebieten entstand.[54] Für die Einrichtung der Gettos wurden zumeist

50 Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 526–528.

51 VEJ 7/31.

52 Verwaltungsanordnungen des Reichskommissars Ukraine, gez. Erich Koch, an den General- sowie die Haupt- und Gebietskommissare des Generalkommissariats Wolhynien-Podolien vom 5. 9. 1941 (Abschrift), CDA VOU, 3206 /1/69, Bl. 4–6.

53 Shalom Cholawski, Soldiers from the Ghetto, New York 1980, S. 62; Spector, The Holocaust of Volhynian Jews (wie Anm. 2), S. 118 f.; Martin Dean, Life and Death in the „Gray Zone" of Jewish Ghettos in Nazi-Occupied Europe. The Unknown, the Ambiguous, and the Disappeared, in: Jonathan Petropoulos/John Roth (Hrsg.), Gray Zones. Ambiguity and compromise in the Holocaust and its aftermath, New York u. a. 2005, S. 205–221, hier: S. 209; Erlass des Generalkommissars für Wolhynien und Podolien vom 23. 3. 1942, zit. nach: Dean, Collaboration in the Holocaust (wie Anm. 38), S. 81.

54 Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 41), S. 108–111, 114–118.

heruntergekommene Stadtviertel ausgesucht, wie in Kamenec-Podol'skij, wo man die Juden in der Altstadt zusammenpferchte. Andernorts sperrte man die Juden gleich in ehemalige Fabrikhallen oder frühere Kolchosgebäude. Im ostpolnischen Mir lebten die Juden zunächst in vier Straßenzügen bei der Talmudschule; im Mai 1942 trieb man sie im ehemaligen Schloss der Fürsten Radziwill am Stadtrand zusammen und postierte eine Wache am Eingangstor.

Erste Massenmorde an Juden unter deutscher Zivilverwaltung

Der Mord an den Juden im Generalkommissariat Weißruthenien und im Reichskommissariat Ukraine lässt sich grob in drei Phasen einteilen. In der ersten Phase, unmittelbar nach der Übergabe dieser Gebiete an die Zivilverwaltung im September 1941, führten die Angehörigen der deutschen Sicherheitspolizei und ihre einheimischen Helfer den Judenmord bis Anfang Dezember 1941 in begrenztem Umfang fort; in Weißruthenien wollten die Besatzer zunächst das flache Land „judenfrei" machen und erschossen die in Dörfern und Kleinstädten lebenden Juden entweder gleich vor Ort oder trieben sie in die schon bestehenden Gettos der größeren Städte. Zudem ermordeten sie in mehreren Städten Weißrutheniens und der Ukraine einen Großteil der jüdischen Bevölkerung, meist jedoch ohne die jeweiligen Gemeinden bereits vollständig auszulöschen. In der zweiten Phase führten die Deutschen vom Frühjahr bis Herbst 1942 in den gesamten Gebieten Weißrutheniens und der Ukraine großangelegte Massenerschießungen durch; diese trafen nun auch jene Gemeinden, die bislang weitgehend verschont geblieben waren. Im Reichskommissariat Ukraine wurden auf diese Weise schon bis Ende 1942 fast alle Juden ermordet. In Weißruthenien dagegen ließen die Deutschen einzelne, stark verkleinerte Gettos noch bis in das Jahr 1943 bestehen. In einer dritten Phase ermordeten sie schließlich in der ersten Jahreshälfte 1943 auch die letzten jüdischen Arbeitskräfte.

In den an die Zivilverwaltung übergebenen Gebieten spielten Einheiten der Wehrmacht bei der Judenverfolgung weiterhin eine wichtige Rolle. So befahl der Wehrmachtsbefehlshaber Ukraine, Karl Kitzinger, im Oktober 1941, nach Sabotageakten als Geiseln immer zur Hälfte Juden auszuwählen (Dok. 9), der Stadtkommandant von Kiew ließ noch im Sommer 1942 nach Juden fahnden.[55] In der Region um Minsk organisierte übergangsweise der Kommandeur der 707. Infanteriedivision, Gustav Freiherr von Bechtolsheim, die Besatzungsherrschaft und fühlte sich sogar berufen, in dieser Zeit die Federführung beim Massenmord an den Juden zu übernehmen. Nachdem die Kampfverbände der Wehrmacht und die meisten Angehörigen der Einsatzgruppe B Richtung Osten weitergezogen waren, war seinem Verband die Sicherung des Gebiets übertragen worden. Bechtolsheim war eingefleischter Antisemit, und das prägte sein Verständnis, wie diese „Sicherung" auszuführen sei. Im Oktober 1941 erklärte er ganz offen, die Juden seien „Todfeinde" der Deutschen und darüber hinaus „keine Menschen mehr im euro-

55 Befehl des Stadtkommandanten von Kiew vom 1. 6. 1942, Abdruck in: P. M. Kostribi u. a. (Hrsg.), Nimećko-fašistśkij okupacijnij režim na Ukraïni (1941–1944). Zbirnik dokumentiv i materialiv, Kyïv 1963, S. 104.

päischen Kultursinn, sondern von Jugend auf zu Verbrechern erzogene und von Jugend auf geschulte Bestien. Bestien aber müssen vernichtet werden."[56]

Als Wehrmachtskommandant Weißruthenien stand ihm hierfür neben seinen eigenen Einheiten noch das Polizeibataillon 11 zur Verfügung, das aus 326 Deutschen bestand und durch die 457 Mann der II. Litauischen Schutzmannschaftsabteilung sowie Teilkommandos der Einsatzkommandos 3 und 8 verstärkt wurde. Die Angehörigen des Polizeibataillons 11 unter Franz Lechthaler und die Mitglieder des Einsatzkommandos 8 begannen nun, die jüdischen Gemeinden in den Städten rund um Minsk auszulöschen, und mordeten dabei auf Wunsch des Generalkommissars Wilhelm Kube auch in Orten, die erst später in seinen Machtbereich fallen sollten (Dok. 15, 50). Im südwestlich von Minsk gelegenen Dzeržinsk erschossen zwei Kompanien des Polizeibataillons mit Unterstützung der litauischen Schutzmänner am 21. Oktober 1941 etwa 1000 Juden (Dok. 12).

Derweil gingen die Angehörigen der 707. Infanteriedivision daran, die ländlichen Gebiete von Juden zu „säubern". Bechtolsheim stellte den Verbänden frei, die Juden an Ort und Stelle zu erschießen oder in den größeren Gettos abzuliefern (Dok. 27). „Wir sind jetzt fleißig auf der Jagd", schrieb der Chef einer solchen Einheit Mitte Oktober 1941 an seinen Bruder. „Jeden Tag mußten mehrere jüdische Partisanen daran glauben. Da geht's immer wild her. Eine gefährliche Bande. Wir holen sie aus allen Schlupfwinkeln hervor."[57]

Einige Soldaten der 707. Infanteriedivision waren enttäuscht, nicht ebenfalls zu den großen Exekutionen eingeteilt worden zu sein. Sie wollten sich dieses Geschehen zumindest aus der Nähe ansehen. Das Massaker in Dzeržinsk (unter den Deutschen trug die Stadt wieder ihren alten Namen Kojdanow) hatte sich bei den dort stationierten Wehrmachtsangehörigen herumgesprochen: „Die 9. Kp. in Kojdanow frägt an, ob sie bei einer Aktion der dort eingesetzten lit. Polizei zur Absperrung mit herangezogen werden darf", notierte Carl von Andrian, Kommandeur des Bechtolsheim unterstellten 747. Infanterieregiments, am 9. November in sein Tagebuch. „Es handelt sich um [die] Erschießung von Juden aus Deutschland, die eigens hier heraus transportiert werden." Bechtolsheim lehnte den Einsatz aus unbekannten Gründen ab, und wie Andrian bald darauf erfuhr, wurden die deutschen Juden zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht ermordet, sondern ins Getto Minsk deportiert. Doch zeigt Andrians Notiz, wie selbstverständlich für einen Teil der Wehrmachtsangehörigen der Mord an allen Juden geworden war. Für Andrian persönlich galt dies übrigens nicht: „Repressalien" gegen Juden als Reaktion auf Überfälle auf deutsche Soldaten billigte er vorbehaltlos, denn wie viele Offiziere sah er

56 Lagebericht des Wehrmachtskommandanten in Weißruthenien, gez. Bechtolsheim, vom 19. 10. 1941, Abdruck in: Jan Philipp Reemtsma (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, Hamburg 2002, S. 138.

57 Brief des Chefs der 12. Kompanie des 727. Infanterieregiments an seinen Bruder vom 15. 10. 1941, zit. nach: Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 616. Zu den Morden im Bereich der 707. Infanteriedivision im Generalkommissariat Weißruthenien siehe auch: Waitman Wade Beorn, Marching into Darkness. The Wehrmacht and the Holocaust in Belarus, Cambridge, Mass. u. a. 2014, S. 135–205. Zur Ermordung der Juden in ländlichen Gemeinden: Arkadij Lejzerov, Za stenami getto. Praktika i metody istreblenija belorusskogo evrejstva, in: Evrei Belarusi. Istorija i kultura, 2 (1998), S. 107–118.

Juden als potentielle Partisanen an. Die Ermordung jüdischer Frauen und Kinder jedoch und erst recht die von deutschen Juden betrachtete er als „eines Kulturvolkes, wie wir es doch sein wollen, unwürdig".[58]

Auch im Reichskommissariat Ukraine verübten deutsche Polizisten, SS-Männer und Soldaten nach der Übergabe an die Zivilverwaltung noch im Herbst 1941 mehrere Massaker an Juden, allerdings beschränkten sich diese Exekutionen zunächst vorrangig auf Rowno und die nahegelegenen Städte Kostopol und Proskurov. In Rowno, wo sich der Dienstsitz von Reichskommissar Koch befand, ließ Gebietskommissar Beer am 5. November 1941 alle Juden registrieren, die keine Beschäftigung nachweisen konnten, und die mindestens 15 000 Männer, Frauen und Kinder auf einem Platz zur vermeintlichen Aussiedlung zusammenrufen (Dok. 32). „Niemand dachte daran, dass ihn der Tod erwartet", erinnerte sich Chaim Lerner einige Monate nach der Befreiung der Stadt. Dann aber habe man den Versammelten sämtliche Wertsachen abgenommen und sie aus der Stadt hinausgeführt, wo bereits Gruben ausgehoben worden waren. „Dort wurden sie gezwungen sich auszuziehen. Die entkleideten Menschen, darunter Frauen, Alte, Kinder, auch schwangere Frauen, mussten über Holzplanken gehen, die quer über die Gruben gelegt worden waren. Sobald eine Gruppe über die Holzplanke ging, erschallte ein Feuerstoß und die Menschen fielen direkt hinein." (Dok. 33)[59]

In Vinnica drängte die Sicherheitspolizei im Januar 1942 ebenfalls darauf, die örtlichen Juden zu ermorden. Die Beamten schoben dabei Sicherheitsgründe vor: Unweit der Stadt sollte Hitlers neues Hauptquartier entstehen. Die in unmittelbarer Nähe der Anlage „Werwolf" wohnenden Juden wurden sofort erschossen (Dok. 54), die Exekution der letzten rund 6000 Juden von Vinnica selbst – etwa 10 000 waren bereits im September 1941 ermordet worden – verzögerte sich hingegen: Solange kein Ersatz für die jüdischen Facharbeiter bereitstünde, so bedauerte der zuständige SS- und Polizeistandortführer Major Pomme, könne „eine Umlegung nicht stattfinden" (Dok. 56). Drei Monate später ließ Stadtkommissar Margenfeld dann alle Juden von Vinnica ins Stadion treiben und dort etwa 800 Facharbeiter aussondern; alle Übrigen wurden mit Lastwagen in einen nahegelegenen Wald gefahren und dort erschossen. Froim V. Podlubnyj überlebte dieses Massaker: Schon im Stadion, so berichtete er später, habe er seine Frau und seine drei Kinder aus den Augen verloren, mit dem letzten Lastwagen wurde dann auch er abtransportiert – und „schon auf dem Weg zum Wald hörten wir von der Erschießungsstätte andauernde Schüsse und herzzerreißende Schreie". Als es dunkelte, fand er sich in der Grube wieder, halb begraben von anderen Menschen und einer dünnen Sandschicht, die die Mörder auf ihre Opfer geschaufelt hatten. „Durch Zufall war ich unverletzt geblieben, aber ich konnte kaum Luft bekommen. Irgendjemandes Finger hatten sich im Krampf um meinen Hals gelegt und drückten ihn zu. Mit grausigen Blicken starrten mich Tote und Sterbende an. Ich war nahe daran, wahnsinnig zu werden, und wühlte mich unter den Leichen und Verletzten hervor. Gegen Mitternacht konnte ich mich end-

58 Handschriftl. Tagebuch von Carl von Andrian, Einträge vom 9. und 29. 11. 1941; BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1; siehe dazu: Peter Lieb, Täter aus Überzeugung? Oberst Carl von Andrian und die Judenmorde der 707. Infanteriedivision 1941/42, in: VfZ, 50 (2002), S. 523–557.

59 Jeffrey Burds, Holocaust in Rovno. The massacre at Sosenki forest, November 1941, New York 2013.

lich freikämpfen." Bei einem ukrainischen Bauern fand Podlubnyj drei Monate lang Unterschlupf, bevor er sich mit dessen Hilfe zu einer Partisanengruppen durchschlagen konnte, in deren Reihen er den Krieg überlebte.[60]

Der Beschluss zum umfassenden Massenmord an den Juden

Ursprünglich hatte die NS-Führung geplant, „Reservate" einzurichten, etwa im hohen Norden Russlands, in welche die europäischen Juden deportiert werden sollten.[61] Der Kriegsverlauf ließ diese Ideen Makulatur werden. Als der Generalgouverneur in Polen, Hans Frank, im Oktober 1941 auf einer Tagung in Berlin zum wiederholten Male darauf drängte, die polnischen Juden endlich in die Ostgebiete abzuschieben, entgegneten die Vertreter des Rosenberg-Ministeriums, so Frank, man könne dort „auch nichts mit ihnen anfangen – liquidiert sie selber!"[62] Allerdings hatte die NS-Führung inzwischen beschlossen, zumindest einen Teil der Juden aus dem „Altreich" in die besetzten Ostgebiete deportieren zu lassen.[63] Dies hatte Rosenberg im September selbst angeregt (als Vergeltung für Stalins Entscheidung, die Wolgadeutschen in den Osten der Sowjetunion „umzusiedeln").[64] Ab Ende Oktober 1941 rollten Züge aus Wien, Breslau, Berlin und anderen Städten nach Minsk und Riga. Um in den dortigen Gettos Platz zu schaffen, erschossen Angehörige der Sicherheitspolizei und der SS in Riga 26 000 und in Minsk mindestens 13 000 einheimische Juden. Während der neue Höhere SS- und Polizeiführer Ostland, Friedrich Jeckeln, in Riga sogar die am Tag der Exekution angekommenen deutschen Juden erschießen ließ – was nicht mit Berlin abgesprochen war und ihm daher einen Tadel Himmlers einbrachte –, bestanden die Mitarbeiter des Generalkommissars in Minsk darauf, auch einheimische jüdische Arbeitskräfte zu verschonen (Dok. 23).[65] Stadtkommissar Wilhelm Janetzke und der Wehrmachtsbefehlshaber Ostland, Walter Braemer, protestierten gegen weitere Deportationen nach Minsk (Dok. 25, 52), doch Reichskommissar Lohse setzte sich über ihre Bedenken hinweg. Die Transporte wurden nur kurzzeitig aus organisatorischen Gründen ausgesetzt. Anfang März 1942 besuchte Eichmann Minsk, um weitere Deportationen vorzubereiten. Zwei Monate später rollten erneut Transporte aus dem Reich in die weißrussische Hauptstadt. In Minsk wurden die Juden aus Deutschland, Böhmen und Mähren sowie aus Österreich innerhalb des Gettos in einem eigenen Viertel untergebracht, das wiederum nach der Herkunft der Deportierten unterteilt war; der Bereich für die norddeutschen Juden etwa wurde als „Lager

60 Zit. nach: I. S. Finkelštjen, Massovoe uničtoženie evreev Podolii nacistkimi palačami v 1941–1944, in: Elizavetskij, Katastrofa (wie Anm. 2), S. 51–87, hier: S. 73 f.

61 Götz Aly, „Endlösung". Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995, S. 268–279.

62 Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 457 (Eintrag vom 16. 12. 1941). Frank bezog sich auf eine Besprechung mit Rosenberg am 13. 10. 1941.

63 Notizen aus der Besprechung am 10. 10. 1941 über die Lösung von Judenfragen, Abdruck in: Miroslav Kárný/Jaroslava Milotová/Margita Kárná (Hrsg.), Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren" unter Reinhard Heydrich 1941–1942. Eine Dokumentation, Berlin 1997, S. 137–141.

64 Siehe VEJ 3/227.

65 Zu Riga siehe Andrej Angrick/Peter Klein, Die „Endlösung" in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944, Darmstadt 2006, S. 160–163.

Berlin" bezeichnet (Dok. 38).[66] Auch das Reichskommissariat Ukraine war als Deportationsziel vorgesehen (Dok. 53), doch der Gebietskommissar in Schepetowka, Dr. Worbs, in dessen Bereich die Deportierten zu Straßenbauarbeiten eingesetzt werden sollten, erhob Einspruch gegen dieses Vorhaben, und schließlich wurde es aufgegeben.[67]
Im Frühjahr 1942 setzten die Deutschen in Weißruthenien und im Reichskommissariat Ukraine eine zweite Mordkampagne in Gang;[68] inzwischen hatten sie mit den stationären Dienststellen der Sicherheitspolizei die dafür notwendige Infrastruktur geschaffen. Dass die Massaker wiederaufgenommen werden sollten, war zwischen Zivilverwaltung und SS weitgehend unstrittig. Als der stellvertretende Kommandeur der Sicherheitspolizei für Weißruthenien, Walter Hofmann, im Januar 1942 bei einer Abteilungsleiterkonferenz im Generalkommissariat ankündigte, im Frühjahr werde „mit starken Exekutionen" begonnen, stimmte ihm Generalkommissar Kube zu (Dok. 63) und bekräftigte im April 1942: „Mir wäre es am liebsten, wir könnten sämtliche russischen Juden so schnell und geräuschlos wie möglich dem verdienten Schicksal zuführen."[69] Im Reichskommissariat Ukraine drängten Besatzungsbeamte seit März 1942 ebenfalls darauf, möglichst viele jener Juden umbringen zu lassen, die für die deutsche Kriegswirtschaft nicht benötigt würden.[70]
Mehrere Indizien deuten aber auch darauf hin, dass die Initiativen der Akteure vor Ort – wie schon zu Beginn der ersten Mordkampagne vom Sommer 1941 – von der NS-Führung in Berlin entscheidende Impulse erhielten und koordiniert wurden. Auffällig ist insbesondere die zeitliche Parallele des Geschehens in Weißruthenien, im Reichskommissariat Ukraine und im Generalgouvernement: Ende März 1942 reiste Heydrich zuerst nach Kiew und dann nach Minsk und soll laut Zeugenaussagen die jeweiligen Sipo-Kommandeure über eine erneute Ausweitung des Mordprogramms informiert haben; zwei Wochen zuvor waren vom polnischen Lublin aus die ersten Transporte ins neue Vernichtungslager Belzec abgegangen.[71] Aus Anlass des hohen Besuchs ließ der Kom-

66 Siehe dazu die Erinnerungen des zeitweiligen Judenältesten im deutschen Lager, der später nach Theresienstadt gebracht wurde und so den Krieg überlebte: Karl Loewenstein, Minsk. Im Lager der deutschen Juden, o. O. [Bonn] 1956.

67 Dieter Pohl, Schauplatz Ukraine. Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941–1943, in: Norbert Frei (Hrsg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik. Bd. 4, München 2000, S. 135–173, hier: S. 153.

68 Jürgen Matthäus, „Reibungslos und planmäßig" – Die zweite Welle der Judenvernichtung im Generalkommissariat Weißruthenien (1942–1944), in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 4 (1995), S. 254–274; Evgenij Rozenblat, „Okončatel'noe reshenie evrejskogo voprosa" v zapadnich oblastjach Belarusi. 1941–1944, in: Evrei Belarusi. Istorija i kultura, 5 (2000), S. 128–143.

69 Kube an Strauch vom 28. 4. 1942, zit. in: Strauch an Bach-Zelewski vom 25. 7. 1943, Abdruck in: Helmut Heiber, Aus den Akten des Gauleiters Kube, in: VfZ, 4 (1956), S. 67–92, hier: S. 89.

70 Niederschrift des Stadtkommissars Brest-Litowsk über die zweite Tagung der Gebietskommissare im Generalkommissariat Wolhynien und Podolien in Luzk am 27.–29. 3. 1942, gez. Burat, vom 13. 4. 1942, BArch, R 6/243, Bl. 9–12. Zur Initiative der unteren Ebene der Besatzungsbeamten siehe auch die Fallstudie zum Stadtkommissar Brest-Litowsk, Franz Burat: Christopher R. Browning, Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter, Frankfurt a. M. 2001, S. 179–218.

71 Zu Heydrichs Reise und den Aussagen über die von ihm erteilten Anweisungen zum Judenmord: Klein, Einsatzgruppen (wie Anm. 35), S. 406–408; Pohl, Schauplatz Ukraine (wie Anm. 67), S. 159; Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 694 f.

mandeur der Sicherheitspolizei Weißruthenien, Eduard Strauch, zuerst die Minsker Dienststelle aufräumen – und dann für den Gast eine Schauexekution veranstalten (Dok. 112). Wenige Wochen nach Heydrichs Besuch verlangte Strauch von den Gendarmerieposten im gesamten Generalkommissariat Auskünfte über Zahl und Stärke der jeweiligen jüdischen Gemeinden; als Betreff nannte er „Auslese von jüdischen Facharbeitern".[72] Nur zwei Tage zuvor hatte die Hauptabteilung Arbeit des Generalgouvernements ebenfalls angeordnet, die jüdischen Arbeiter zu registrieren; damit sollte die Deportation der übrigen Juden in die Todeslager vorbereitet werden.[73] Kurz darauf stellte der Leiter der KdS-Außenstelle Brest-Litowsk dem dortigen Stadtkommissar Franz Burat in Aussicht, „in den nächsten Wochen einen großen Teil des Judentums aus Brest-Litowsk herausziehen zu können".[74]

Die Bediensteten mehrerer KdS-Dienststellen in Weißruthenien und im Reichskommissariat Ukraine begannen zu dieser Zeit tatsächlich mit den Mordaktionen, in Brest fand das Massaker dann allerdings erst fünf Monate später statt. Dies deutet auf einen zentralen Beschluss hin, dessen Umsetzung sich in Brest verzögerte: Trotz der personellen Verstärkung hatte die Sicherheitspolizei längst nicht genug Personal, um die Mordaktion überall gleichzeitig zu beginnen. Wie schon im Sommer 1941 reisten fortan spezielle Kommandos von Ort zu Ort, und insbesondere für Massaker mit mehreren tausend Opfern wie in Brest oder Pinsk mussten auswärtige Einsatzkräfte herangezogen werden (Dok. 222).[75]

Die Auslöschung der Gettos im Generalkommissariat Weißruthenien und im Reichskommissariat Ukraine

In Weißruthenien setzte der Leiter der KdS-Außenstelle Baranowitschi, Franz Grünzfelder, im Gebiet Lida am 7. Mai 1942 die Welle der sogenannten Gettoliquidierungen in Gang; innerhalb von fünf Tagen fielen seinen Männern 16 000 Juden zum Opfer.[76] Im selben Monat weiteten die Sicherheitspolizisten der KdS-Außenstelle Wilejka und des ihr unterstellten Zuges der Waffen-SS ihre Massaker an Juden aus und ermordeten bis September mindestens 11 000 Menschen (Dok. 106). Im Juni 1942 bereiste ein Teilkommando des Einsatzkommandos 9 unter Heinz Tangermann das Gebiet Glebokie und ermordete in Abstimmung mit dem Gebietskommissar in neun Kleinstädten mehr als 12 000 Juden (Dok. 123, 127), im Gebiet Nowogrodek erschossen die Deutschen bis zum August 1942 etwa 13 000 Juden (Dok. 166, 169), im Gebiet Slonim bis September 1942

72 KdS Weißruthenien (Tgb. Nr. IIB-46/42) an den Kommandeur der Gendarmerie für Weißruthenien, ungezeichnet, vom 11. 5. 1942 (Abschrift, gez. Diermann, vom 15. 5. 1942 für die Gendarmerieposten), NARB, 389 /1/ 3 , Bl. 66, Kopie: USHMM, RG 53.002M, reel 4.

73 VEJ 9/72; Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944: Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, S. 206.

74 Lagebericht des Stadtkommissars Brest-Litowsk, gez. Burat, an den Generalkommissar für Wolhynien und Podolien vom 22. 5. 1942; BArch, R 94/6.

75 Zu den Vorgängen in Brest mit Blick auf die Anweisungen „von oben" und die Initiative „von unten" siehe die Fallstudie in: Browning, Judenmord (wie Anm. 70), S. 116–142.

76 Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 693–695.

rund 14 000 (Dok. 190), im Gebiet Baranowitschi im Laufe des Jahres 1942 mindestens 23 000 (Dok. 141, 159).

Im Sommer 1942 ermordeten Sicherheitspolizei und SS in Weißrussland zudem auch deutsche, tschechische und österreichische Juden, die in Richtung Minsk deportiert wurden. Viele der etwa 9000 Opfer wurde von Mai 1942 an in Malyj Trostinec bei Minsk von einem Kommando der Waffen-SS „zur Grube gebracht", wie dessen Chef Gerhard Arlt die Massaker umschrieb (Dok. 142). Dort befand sich, abgeschirmt auf dem Gelände des „Gutes des KdS Weißruthenien", die größte Mordstätte Weißrusslands.[77] Andere Juden aus dem Reich wurden von deutschen Sicherheitspolizisten und einheimischen Schutzmännern bereits unterwegs am Bahnhof Baranowicze ausgeladen und nahe der Stadt auf dem Gelände eines anderen SS-Agrarbetriebs erschossen (Dok 193). Insgesamt ermordeten die Deutschen im Generalkommissariat Weißruthenien im Laufe des Jahres 1942 mindestens 115 000 Juden.

Im Reichskommissariat Ukraine begann die zweite Mordphase fast zeitgleich – Ende Mai 1942. Hier konzentrierte sich das Morden auf die beiden Generalkommissariate Wolhynien-Podolien und Shitomir, wo zu diesem Zeitpunkt noch mehr als 340 000 Juden lebten; in den weiter östlich gelegenen Gebieten waren die meisten Juden schon 1941 umgebracht worden. Ebenso wie in Weißruthenien dehnten die Deutschen die Massenmorde im Reichskommissariat Ukraine im Laufe des Sommers erheblich aus. Hatte man einen Teil der jüdischen Facharbeiter bislang verschont, so sollten nun auch sie getötet werden. Die Gebietskommissare müssten sich darauf einrichten, so verkündete der Kommandeur der Sicherheitspolizei Wolhynien-Podolien, Dr. Karl Pütz, „dass nach zwei Monaten Übergangszeit nach den Großaktionen auch diese kleinen Restbestände verschwinden werden".[78]

Die von Erich Koch geforderten „hundertprozentigen Lösungen"[79] praktizierten die Mordkommandos zu diesem Zeitpunkt an vielen Orten schon längst (Dok. 143, 149, 161). Einige dieser Massaker nahmen apokalyptische Ausmaße an: Vom 19. bis 23. August 1942 erschossen Sicherheitspolizisten in Łuck knapp 15 000 Juden, in Włodzimierz Wołyński starben vom 1. bis 3. September 1942 etwa 13 500 Menschen und in Brest am 15. und 16. Oktober rund 16 000. Das Getto Pinsk war das letzte größere, dessen Insassen – diesmal auf persönliche Anweisung Himmlers hin – vom 29. Oktober bis 1. November 1942 ermordet wurden; dort starben mindestens 16 000, möglicherweise sogar 26 000 Menschen (Dok. 208, 209). Insgesamt ermordeten die Deutschen und ihre einheimischen Helfer im Reichskommissariat Ukraine von Mai bis Dezember 1942 mehr als 180 000 Juden.[80]

77 Vladimir I. Adamuško u. a. (Hrsg.), Lager' smerti Trostenec. Dokumenty i materialy, Minsk 2003; Viktar F. Balakirau u. a. (Hrsg.), Laher smerci Trascjanec 1941–1944 gg. Pamjaci achvjar nacyzma u Belarusi, Minsk 2005; Petra Rentrop, Tatorte der „Endlösung". Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez, Berlin 2011, S. 185–228; Peter Klein, Die Erlaubnis zum grenzenlosen Massenmord. Das Schicksal der Berliner Juden und die Rolle der Einsatzgruppen bei dem Versuch, Juden als Partisanen „auszurotten", in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 923–947.

78 Rundschreiben des Generalkommissars für Wolhynien und Podolien [tatsächlich: KdS Wolhynien-Podolien] an die KdS-Außenstellen in Brest, Pinsk, Starokonstantinov, Kamenec-Podolskij, gez. Pütz [im Dokument „Lütz"], vom 31. 8. 1942 (Abschrift), AGK, Zbior zespolow szczatkowych jednostek SS i policij, Nr. 77, Bl. 8+RS.

79 Ebd.

Die Praxis des Judenmords

Die SS-Männer und die Beamten der Zivilverwaltung wirkten bei den Exekutionen routiniert zusammen. Ihr koordiniertes Vorgehen lässt sich beispielhaft an der ersten Mordaktion des Jahres 1942 im Gebiet Lida nachvollziehen: Am Nachmittag des 7. Mai trafen sich der Leiter der KdS-Außenstelle Baranowitschi, Grünzfelder, und der stellvertretende Gebietskommissar Leopold Windisch in Lida zu einer Vorbesprechung, in der Nacht zum 8. Mai ließ sich Windisch vom Judenrat der Gebietshauptstadt eine Liste der arbeitsfähigen Juden zusammenstellen und Gruben am Stadtrand ausheben. Am folgenden Morgen umstellten einheimische Schutzmänner die Gettos im gesamten Gebiet, und noch am selben Tag begannen deutsche Sicherheitspolizisten in Lida mit den Exekutionen. Sie brachen das Massaker ab, nachdem Windisch verkündet hatte: „Die Quote ist voll."

Angehörige des Gebietskommissariats fuhren in den folgenden Tagen mit dem Sipo-Kommando von Getto zu Getto, entschieden vor Beginn der Exekutionen, wie viele Juden zu erschießen waren, und selektierten dann die Opfer persönlich. In Żołudek hatten der polnische Polizeikommandant und zwei deutsche Gendarmen mit einheimischen Hilfspolizisten und eigens herbeibeorderten Angehörigen eines weißrussischen Schutzmannschafts-Bataillons das Getto auftragsgemäß bereits in der Nacht zum 8. Mai abgeriegelt und aus den umliegenden Dörfern Bauern mit Schaufeln angefordert – im Laufe des Tages trafen 60 vollbesetzte Pferdewagen ein. Die Bauern warteten im Park beim Polizeiposten an Lagerfeuern die Nacht über auf ihren Einsatz. Am nächsten Morgen kamen die Deutschen auf zwei Lastwagen angefahren, die Juden wurden auf einen großen Platz geführt, die Mitarbeiter des Gebietskommissariats lasen die Namen der Facharbeiter vor, deren Leben vorerst verschont werden sollte; die Übrigen wurden unter Schlägen zur inzwischen von den Bauern ausgehobenen Grube beim jüdischen Friedhof getrieben und dort von einer kleinen Gruppe von Sicherheitspolizisten erschossen. Ein Gendarm reichte den Schützen die Pistolen und lud diese neu, sobald die Magazine leer waren. Um 13 Uhr hatten die Beamten 1500 Juden getötet. Nach dem Mittagessen fuhren sie nach Szczuczyn und mordeten dort weiter, während die Bauern die Leichen in der Grube mit Erde bedeckten. Eine Augenzeugin hielt die Vorgänge in ihrem Tagebuch fest und konstatierte entsetzt, dass die deutschen Polizisten das Massaker an den örtlichen Juden in aller Öffentlichkeit ausgeführt hatten – „wie ein ungeheures Schauspiel" (Dok. 101).[81]

Die Massaker waren somit ein auf grausame Weise arbeitsteiliger Vorgang, bei dem die Angehörigen der Zivilverwaltung die Morde organisatorisch vorbereiteten (Dok. 165) und die Selektionen durchführten, während die Angehörigen von SS und Polizei schossen. Manche Besatzungsbeamte waren allerdings kaum davon abzuhalten, selbst zu morden. In Kamenec-Podol'skij erfuhr ein Vertreter des Ostministeriums vom Gebietskommissar

80 Arad, Holocaust in the Soviet Union (wie Anm. 2), S. 26–273; Pohl, Schauplatz Ukraine (wie Anm. 67), S. 159–161; eine Übersicht zu den Opferzahlen auf dem Gebiet der heutigen Ukraine (somit ohne die heute weißrussischen Gebiete Brest und Pinsk) in: Aleksandr I. Kruglov, Ėnciklopedija Cholokosta, Kiev 2000.

81 Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 693–695, Zitat Windisch: S. 695, Anm. 1037.

Josef Reindl, dieser habe dem Leiter des Arbeitsamts „verbieten müssen, sich an den Judenaktionen aktiv zu beteiligen, d. h. also, die Juden selbst mit eigener Hand umzulegen (!)“ (Dok. 171). Reindl selbst hatte es sich allerdings nicht nehmen lassen, mindestens einer dieser „Aktionen“ längere Zeit beizuwohnen: Zwei Stunden habe der Gebietskommissar im Juli 1942 dem Mord an den Juden von Staraja Ušica zugesehen, wie ein ukrainischer Schutzmannschaftsoffizier später berichtete, dann „verabschiedete er sich mit Handschlag von den Leitern der Aktion, salutierte allen anderen, da er sie nicht „von ihrer dringenden Arbeit“ abhalten wolle, lächelte“ und fuhr davon (Dok. 214). In Słonim wiederum erschien Gebietskommissar Gerhard Erren sogar persönlich mit der Waffe in der Hand im Getto, als dessen Insassen im Juni 1942 aus ihren Häusern geprügelt wurden,[82] und in Baranowicze hatten einige Beamte der Zivilverwaltung den örtlichen Gestapochef schon zuvor nach einer durchzechten Nacht um fünf Uhr morgens ins Getto begleitet, wo dieser jeden Juden erschoss, den er auf der Straße antraf (Dok. 274).

In den ländlichen Regionen mordeten die deutschen Gendarmen und die ihnen unterstellten einheimischen Schutzmänner. Um sich die hierbei anfallende Korrespondenz zu ersparen, wies der Kommandeur der Gendarmerie im Gebiet Shitomir seine Untergebenen bereits im Februar 1942 an, nicht wegen jeder Exekution um Erlaubnis zu fragen.[83] Teilweise arbeiteten die Gendarmen beim Judenmord mit der für sie zuständigen Außenstelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei zusammen (Dok. 120), andernorts führten sie die Massaker aber auch eigenständig durch (Dok. 159, 200).

Mit Abschluss der großen Mordaktionen war die Judenverfolgung aber noch nicht beendet. Der Gendarmerie-Gebietsführer Brest-Litowsk, Ernst Deuerlein, nannte nach der Auflösung des Gettos im Oktober 1942 als eine der anstehenden Aufgaben: „Erledigung der noch im Kreisgebiet befindlichen flüchtigen Juden.“ (Dok. 221) Das Aufspüren und Erschießen dieser Menschen gehörte bis weit in das Jahr 1943 hinein zum Arbeitsalltag der Gendarmen (Dok. 128, 222, 245, 253). Einheimische Schutzmänner, die sich hierbei hervortaten, erhielten eine Belohnung (Dok. 181, 257).

Die Ermordung der verbliebenen Juden und der Krieg gegen die Partisanen

Die Beamten der Zivilverwaltung und der Sicherheitspolizei stimmten im Grundsatz überein, dass die Juden ermordet werden sollten, umstritten war lediglich, wie viele jüdische Arbeitskräfte für eine Übergangszeit noch am Leben gelassen werden sollten und wie lange diese dauern würde. In diesem Punkt war man sich allerdings nicht einmal innerhalb der Sicherheitspolizei einig. Während der Judenreferent des Kommandeurs der Sicherheitspolizei Weißruthenien, Kurt Burkhardt, Anfang 1942 bedauernd feststellte, jüdische Facharbeiter seien „für den wirtschaftlichen Aufbau des Ostraumes vorerst unentbehrlich“, und zu bedenken gab, „daß der Jude eine außerordentlich billige Arbeitskraft darstellt“ (Dok. 50), plädierte der Chef der Einsatzgruppe C und spätere Befehlshaber der Sicherheitspolizei Ukraine, Dr. Max Thomas, für die „vollständige

82 Zu Erren: Dean, Collaboration in the Holocaust (wie Anm. 38), S. 86.

83 Befehl des Kommandeurs der Gendarmerie im Gebietskommissariat Shitomir vom 12. 3. 1942; DAŽO, 1151/1/9, Kopie: USHMM, 1996.A.0269, reel 1.

Ausrottung der Juden, die als Arbeitskräfte fraglos weniger Nutzen bringen, als sie als ‚Bakterienträger' des Kommunismus Schaden anrichten".[84]

Dementsprechend widersprüchlich war die Politik der deutschen Besatzer in den folgenden Monaten. Einerseits bemühten sich die Angehörigen der Zivilverwaltung selbst, die Beschäftigung jüdischer Arbeiter finanziell unattraktiv zu machen. So belegte Reichskommissar Koch Behörden und Unternehmen, die Juden beschäftigten, vom Herbst 1941 an mit einer Strafsteuer,[85] und der Leiter der Gesundheitsabteilung des Generalkommissars für Weißruthenien, Dr. Hans Weber, drängte vor dem großen Massaker vom November 1941 in Minsk auf den Austausch jüdischer Ärzte mit dem Argument, es müssten schließlich insbesondere die intellektuellen Juden „ausgeschaltet" werden.[86] Das ganze Jahr 1942 über erhielten die Gebietskommissare von ihren Vorgesetzten beständig Ermahnungen, ihre Kontingente an jüdischen Facharbeitern auf ein Minimum zu reduzieren (Dok. 129, 177). In der Folge selektierten diese die Juden in Arbeitsfähige und „überflüssige Esser" (Dok. 31) und teilten die Gettos entsprechend in zwei und zuweilen drei voneinander abgetrennte Territorien auf. In dem kleineren Teil brachten die Besatzungsbeamten die jüdischen Arbeiter unter (teilweise mitsamt ihren Familien), auf die sie noch nicht verzichten wollten, in dem größeren Teil hingegen jene Juden, die baldmöglichst ermordet werden sollten (Dok. 33, 132). Die Arbeiter erhielten spezielle Bescheinigungen, die ihr Überleben zeitweilig sicherten, deren Anzahl aber bei jeder weiteren Selektion reduziert wurde (Dok. 206).

Ohne dass es – nach heutigem Wissensstand – eine zentrale Anweisung dafür gegeben hätte, gingen die Verantwortlichen im Generalgouvernement und in den besetzten baltischen Republiken ähnlich vor.[87] Im Oktober 1942 erkundigte sich der Chef der politischen Abteilung im Ostministerium, Leibbrandt, beim Generalkommissar für Weißruthenien, inwieweit Juden überhaupt noch als Arbeitskräfte benötigt würden, und bat um schnelle Antwort, „da ich eine Regelung der Judenfrage so rasch wie möglich herbeizuführen beabsichtige" (Dok. 202). Die Besatzungsbeamten schreckten schließlich auch nicht davor zurück, sich gegenseitig wegen der Beschäftigung von Juden anzuschwärzen (Dok. 178).

Andererseits schoben die Deutschen die Ermordung der letzten jüdischen Arbeitskräfte immer wieder hinaus, weil sie nicht wussten, wer deren Aufgaben übernehmen sollte. Das galt insbesondere für den medizinischen Bereich. Einem Bericht vom September 1941 zufolge waren im Gebiet Rowno 48 von 91 Ärzten und 30 von 36 Apothekern jüdischer Abstammung, und noch im Oktober 1942 stellte das Weißruthenische Selbsthilfewerk fest, dass weiterhin nicht genug weißrussische Apotheker vorhanden seien, um deren jüdische Kollegen endlich zu ersetzen.[88] In Minsk ließ Generalkommissar Kube die in seiner Verwaltung beschäftigten Juden und ihre Familien im November 1941 in ein vor Zugriffen gesichertes Viertel des Gettos einquartieren (Dok. 23) und vereinbarte vor

84 Ereignismeldung UdSSR Nr. 133 vom 14. 11. 1941; BArch, R 58/219, Bl. 58–96, hier: Bl. 90.

85 Berkhoff, Harvest of Despair (wie Anm. 29), S. 62.

86 Schreiben des Generalkommissars für Weißruthenien (Abt. IIe), gez. Dr. Weber, an das Rüstungskommando Minsk, vom 30. 10. 1941; NARB, 370/1/141a, Bl. 194.

87 VEJ 9/72, 110; Stephan Lehnstaedt, Die deutsche Arbeitsverwaltung im Generalgouvernement und die Juden, in: VfZ, 60 (2012), S. 409–440.

88 Zu Rowno: Bericht zur Lage des Medizinalwesen im Distrikt (oblast) Rowno, ungez., vom 20. 9. 1941; DARO, R 22/1/7, Bl. 14 f.; zum Bericht über das Apotheken- und Arzneiwesen auf der ersten Jahrestagung des WSW vom Oktober 1942: Chiari, Alltag hinter der Front (wie Anm. 23), S. 252.

Beginn der zweiten Mordkampagne im Mai 1942 mit dem Kommandeur der Sicherheitspolizei Weißruthenien, Eduard Strauch, welche Juden bei den nächsten Massakern verschont werden sollten (Dok. 102). Himmler selbst hatte angeordnet, männliche Juden zwischen 15 und 45 Jahren vorerst nicht zu ermorden. Als der Kommandeur der Sicherheitspolizei Litauen, Karl Jäger, bei einem Einsatz in der weißrussischen Hauptstadt wenig später dennoch 630 jüdische Arbeitskräfte erschießen ließ, erhielt er daher von Gestapochef Heinrich Müller einen Verweis.[89]

Im Laufe des Jahres wurden derlei wirtschaftliche Bedenken jedoch zunehmend in den Hintergrund gestellt. In einer ersten Phase ermordete die Sicherheitspolizei die Juden, die noch in der Verwaltung beschäftigt waren, sowie einen Teil der Facharbeiter. Allerdings behielten ausgerechnet einige Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei ihre jüdischen Arbeitskräfte bis weit in das Jahr 1943 hinein (Dok. 279). Generell sollten die Juden nur noch in Kolonnen – also für unqualifizierte Arbeiten – eingesetzt werden, um ggf. schnell ausgetauscht werden zu können (Dok. 158). In Brest wurden im Juni 1942 Hunderte Juden zu Straßenbauarbeiten abkommandiert, woraufhin es in den Betrieben zu einem akuten Fachkräftemangel kam.[90] In einer zweiten Phase, im Zuge der Ausweitung der „Gettoliquidierungen" im Sommer 1942, erschossen die Deutschen vielfach sämtliche jüdischen Arbeitskräfte. Erneut fällt hier die zeitliche Parallele zum besetzten Polen ins Auge: Am 19. Juli 1942 hatte Himmler den Höheren SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement, Friedrich-Wilhelm Krüger, beauftragt, bis zum Jahresende die meisten der dort lebenden Juden umbringen zu lassen und nur eine geringe Anzahl von Arbeitern vorerst zu verschonen.[91] Vermutlich ist somit auch die Ausweitung der Mordaktionen in den Ostgebieten auf einen zentralen Beschluss zurückzuführen.

Die negativen wirtschaftlichen Folgen nahmen die Deutschen in Kauf: Als Sicherheitspolizisten im September 1942 die Insassen der Gettos in Baranowicze ermordet hatten und in der Stadt damit die Hälfte aller Facharbeiter verschwunden war, bemerkte ein Mitarbeiter der dortigen Außenstelle des Rüstungskommandos Minsk lakonisch, dies sei „im Interesse der Produktion bedauerlich, aber nicht zu ändern".[92] Gemeinschaftsführer Pahnke wiederum, im Gebietskommissariat Kamenez-Podolsk für Wirtschaftsfragen zuständig, war zufrieden, dass die zahlreichen jüdischen Arbeitskräfte vor ihrer Ermordung im Oktober 1942 noch „größere handwerkliche Aufträge" erledigt hatten. Bis zur „Auflösung des Ghettos konnten so die notwendigsten Arbeiten der Wohnungsinstandsetzung, Bekleidung und sonstige Wintervorbereitungen zu einem gewissen Abschluß gebracht werden".[93]

Die letzten Juden, die nach Auflösung der Gettos in Arbeitslagern zusammengefasst wurden, galten ebenfalls bald als entbehrlich. So verkündete der Gebietskommissar in Wilejka, Kurt Haase, im April 1943, er habe in Besprechungen „mit meinem SD-Ober-

89 Funkspruch (Ft. Nr. 1533), gez. Müller, an den KdS Litauen, Jäger, vom 18. 5. 1942; RGVA, 500k/1/25, Bl. 379, Abdruck in: Klein, Einsatzgruppen (wie Anm. 35), S. 410 f.

90 Monatsbericht für die Zeit 1.–31. 5. 1942 des Leiters des Arbeitsamts beim Gebietskommissar Brest-Litowsk, gez. Kaiser, an die Abt. Arbeit beim Generalkommissar für Wolhynien und Podolien vom 1. 6. 1942; BArch, R 94/6.

91 VEJ 9/96.

92 KTB 1 der Außenstelle Baranowitsche des Rüstungskommandos Minsk vom 1. 10.–31. 12. 1942; BArch, RW 30/39, Bl. 2–15, hier: Bl. 10.

93 A. Pahnke, In Kamenez-Podolsk, in: Die Burggemeinschaft, 1943, Folge 3–4, S. 13 f.

sturmführer" vereinbart, die letzten 3000 im Lager der Heeresbaudienststelle in Krasne verbliebenen Juden so schnell wie möglich umbringen zu lassen. „Demnach dürfte die Judenfrage in meinem Gebiet in Kürze endgültig erledigt sein" (Dok. 249). Im Sommer 1943 bestanden nur noch die Gettos in Głębokie, dessen knapp 4000 Insassen für die Wehrmacht arbeiteten und im August 1943 bis auf einige hundert, die fliehen konnten, ermordet wurden (Dok. 268, 269), und in Minsk. Dort wurden die verbliebenen rund 2000 deutschen und österreichischen sowie 8000 weißrussischen Juden im September und Oktober 1943 entweder vor Ort ermordet oder in die Todeslager Sobibor und Auschwitz deportiert.

Auch im Reichskommissariat Ukraine wurden seit Anfang 1943 in einer letzten Phase die jüdischen Insassen der Arbeiterlager getötet. Die meisten von ihnen, überwiegend aus Rumänien verschleppte Juden, waren an der Durchgangsstraße IV eingesetzt und wurden von Angehörigen der sogenannten Polizeisicherungsbataillone erschossen, sobald sie die jeweiligen Straßenabschnitte fertiggestellt hatten. Den letzten Massenmord an Juden im Reichskommissariat Ukraine verübten deutsche Sicherheitspolizisten schließlich im Dezember 1943 an etwa 1000 jüdischen Handwerkern, die man noch in Włodzimierz Wołyński beschäftigt hatte.[94]

In Weißruthenien wurden die meisten Insassen der letzten Gettos im Rahmen von sogenannten Bandenkampfaktionen – Großeinsätze von Wehrmacht, Polizei und SS, mit denen die seit Anfang 1942 anwachsende Partisanenbewegung zerschlagen werden sollte – ermordet. Tatsächlich konzentrierten sich die deutschen Besatzer jedoch darauf, in Gebieten, in denen solche Gruppen agierten, den Großteil der örtlichen Bevölkerung umzubringen oder als Zwangsarbeiter zu deportieren und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse abzutransportieren. Weil Juden seit Beginn des Ostfeldzugs grundsätzlich als potentielle Partisanen oder „Bandenunterstützer" galten, war es aus Sicht der Befehlshaber selbstverständlich, im Zuge dieser Einsätze möglichst viele von ihnen zu ermorden (Dok. 187).[95] So begann etwa das „Unternehmen Hornung", das sich gegen die Partisanen am Nordrand der Pripjetsümpfe richtete, am 8. Februar 1943 mit einem Einsatz gegen das Getto Słuck, bei dem Angehörige eines Sicherheitspolizeikommandos aus Minsk und des Polizeibataillons 307 etwa 3000 Juden erschossen (Dok. 242, 243). Nach Angaben der Sicherheitspolizei wurden während des knapp dreiwöchigen Unternehmens insgesamt 3300 Juden sowie 2000 weitere Personen umgebracht und 7418 Menschen in Vernichtungslager deportiert.[96]

Im Juni 1943 ließ sich Himmler von Hitler sein Mordprogramm erneut bestätigen. Nach dem Aufstand im Warschauer Getto vom April 1943 wollte der Reichsführer-SS die verbliebenen rund 300 000 Juden im Generalgouvernement sowie die Juden in den besetzten Ostgebieten töten lassen: „Der Führer sprach auf meinen Vortrag in der Judenfrage

94 Pohl, Schauplatz Ukraine (wie Anm. 67), S. 162 f.

95 Zu den „Bandenkampfunternehmen" der Jahre 1942/43: Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 884–974, dort auf S. 899–904 eine Übersicht zu den 55 Einsätzen mit Angaben über die Opferzahlen, den Anteil jüdischer Opfer sowie die erbeuteten Waffen und Agrargüter; Klaus-Michael Mallmann, „Aufgeräumt und abgebrannt". Sicherheitspolizei und „Bandenkampf" in der besetzten Sowjetunion, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg: ‚Heimatfront' und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 503–521.

96 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 46 vom 19. 3. 1943, Abdruck in: IMT (wie Anm. 22), Bd. XXXIII, S. 569 f.

hin aus, daß die Evakuierung der Juden trotz der dadurch in den nächsten 3 bis 4 Monaten noch entstehenden Unruhen radikal durchzuführen sei und durchgestanden werden müsse."[97] Als Himmler zwei Tage nach seinem Vortrag auf dem Obersalzberg ein Treffen führender SS-Leute einberief, nahmen daran folglich neben dem Höheren SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement Friedrich-Wilhelm Krüger auch der Höhere SS- und Polizeiführer Ostland Hans-Adolf Prützmann und Erich von dem Bach-Zelewski teil, der inzwischen als „Bevollmächtigter für die Bandenbekämpfung" fungierte. Himmler ordnete an, die noch bestehenden Gettos im Reichskommissariat Ostland aufzulösen, die vorerst unentbehrlichen Arbeitskräfte in Konzentrationslager zu sperren und die übrigen Juden zu ermorden.[98] In den folgenden Monaten wurde die Jagd auf Juden intensiviert, um auch jene zu erschießen, die vor den Mordaktionen des Jahres 1942 geflohen waren und nun in Dörfern oder Wäldern ausharrten (Dok. 267).

Widerstand gegen den Judenmord

Nur selten behinderten Deutsche den reibungslosen Ablauf des Massenmords an den Juden. In einem bemerkenswerten Fall weigerten sich Vertreter der Straßenleitstelle Ost in Łuck, 40 Lastwagen für eine bevorstehende Exekution von Juden herauszugeben: Sie erklärten dem Generalkommissar für Wolhynien und Podolien rundheraus, „daß eine Gestellung von Fahrzeugen für diese Zwecke durch die vorgesetzte Dienststelle verboten sei" (Dok. 165). Der zuständige Beamte reagierte verblüfft, was verdeutlicht, wie ungewöhnlich es war, die Amtshilfe beim Massenmord zu verweigern. Tatsächlich fanden sich auch in diesem Fall ausreichend Ersatzfahrzeuge. Noch seltener waren die Versuche, Juden aktiv zu retten. Der stellvertretende Judenratsvorsitzende von Baranowicze, Samuil Jankielewicz, berichtete nach der Befreiung, einige deutsche Militärangehörige hätten den Juden geholfen, wo immer es ihnen möglich gewesen sei: „Während der Massaker versteckten sie Juden bei sich, gaben ihnen zu essen und halfen ihnen finanziell. Aber das waren Einzelfälle. Die meisten halfen den SS-Männern bei der Durchführung der Vernichtungsaktionen" (Dok. 274). Einer dieser Helfer in Uniform in Baranowicze war Hauptfeldwebel Hugo Armann. Während der Mordaktion vom September 1942 versteckte er nicht nur seine sechs jüdischen Arbeitskräfte bei sich und verhalf ihnen dann gemeinsam mit dem Polen Eduard Chacza zur Flucht in den Wald, er stattete sie auch noch mit zehn Gewehren und Munition aus.[99]

Hilfe für Juden war meist durch persönliche Beziehungen motiviert: In den bislang bekannten Fällen setzten sich Deutsche für ihre jüdischen Beschäftigten ein, und manche gingen dafür ein hohes Risiko ein. Der Ingenieur Hermann Gräbe beispielsweise, der

97 Bericht Himmlers über seinen Vortrag bei Hitler auf dem Obersalzberg am 19. 6. 1943 zum „Bandenkampf und Sicherheitslage" vom 28. 6. 1943; BArch, NS 19/1671, Bl. 67 f.

98 Befehl RFSS (Ia Nr. 1754/43), gez. Himmler, an den Höheren SS- und Polizeiführer Ostland und den Chef des SS-Wirtschaftsverwaltungsamtes vom 21. 6. 1943 (Abschrift), Abdruck in: Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945, hrsg. von Peter Longerich, München 1989, S. 148 f.

99 Olaf Meuther, Die Rettungstaten des Feldwebels Hugo Armann, in: Wolfram Wette/Detlev Bald (Hrsg.), Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS, Frankfurt a. M. 2003, S. 114–127.

für eine Solinger Baufirma in Wolhynien Gleisbauarbeiten koordinierte, bewachte gemeinsam mit einem Angestellten das Haus im Getto Rowno, in dem seine jüdischen Arbeiter wohnten, als Sicherheitspolizisten und ukrainische Hilfspolizisten den Wohnbezirk in der Nacht zum 14. Juli 1942 stürmten. Tatsächlich konnten die beiden Männer den Abtransport der Hausbewohner zur Exekution zunächst verhindern. Am frühen Morgen, als es ruhiger geworden war und Gräbe das Getto kurz verlassen hatte, drangen die Hilfspolizisten aber schließlich doch noch in das Haus ein und verschleppten sieben der Arbeiter. Gräbe fand sie auf dem Sammelplatz im Getto wieder, wo der Kommandeur der Sicherheitspolizei Wolhynien-Podolien, Dr. Pütz, persönlich über die in Verstecken aufgefundenen Juden wachte. Pütz weigerte sich, die Verschleppten freizugeben, berichtete Gräbe nach dem Krieg: „Er machte mit der Hand einen Kreis um den Platz und sagte, wer einmal hier wäre, der käme nicht mehr fort." Immerhin konnte Gräbe insgesamt 74 seiner Arbeiter retten.[100]

Persönliche Beziehungen retteten ohnehin nur wenige; die Mitglieder des Judenrats von Pinsk etwa hofften vergeblich auf die Hilfe des stellvertretenden Gebietskommissars und Gettosachbearbeiters Alfred Ebner, als das Getto im Oktober 1942 aufgelöst und die Insassen zu einer letzten Selektion zusammengetrieben wurden. „Einige von ihnen versuchten, Ebner anzusprechen und zu fragen, was mit ihnen geschehen werde", erinnerte sich ein Überlebender nach dem Krieg. „Bertha Shwartzman trat als Erste an ihn heran. Seine Antwort war: ‚Du, Bertha, wirst als Erste zur Grube gehen', und mit diesen Worten schickte er sie und ihren Ehemann an die Spitze der Kolonne, die sich nach Dobrovole in Gang setzte."[101]

In Minsk verliebte sich der Regierungsinspektor Willy Schulz in die aus Hessen deportierte Ilse Stein, die in seiner Dienststelle arbeitete. Seinen Untergebenen fiel bereits am Weihnachtsabend 1942 auf, wie emotional Schulz reagierte, als die Runde auf Juden zu sprechen kam. Er geriet hierüber, so berichtete ein Anwesender später, „in ungeheure Erregung und verbat sich, daß über dieses Thema noch ein Ton geredet würde". Mit seinem Verhalten habe Schulz allen den Abend verdorben. Im März 1943, als die meisten Juden in Weißruthenien bereits ermordet worden waren, floh Schulz schließlich mit Ilse Stein und 36 weiteren Juden aus dem Getto Minsk zu den sowjetischen Partisanen (Dok. 255).[102]

Nach dem Krieg versuchten ehemalige Mitarbeiter des Ostministeriums, ihre Behörde als eine Insel der Vernunft inmitten der antijüdischen Barbarei darzustellen, und verwiesen auf gelegentliche Proteste gegen die Massaker an den Juden. Tatsächlich gab es

100 Aussage von Hermann Friedrich Gräbe gegenüber Homer B. Crawford des War Crime Branch der US Army, Wiesbaden, 10. 11. 1945; IfZ/A, Nürnberger Dokument PS 2992.

101 Aussage von Yehoshua Neidich, Moreshet Archives, Givat Chaviva, c.9.26.6, zit. nach: Dr. Wolf Zeev Rabinowitsch (Hrsg.), Pinsk Sefer Edut ve-Zikaron le-Kehilat Pinsk-Karlin, Tel Aviv 1966 [engl. Übersetzung in: http://www.jewishgen.org/yizkor/Pinsk1/Pine12_117.html#P1-Chap7 (Zugriff 14. 11. 2014)].

102 Arno Lustiger (Hrsg.), Rettungswiderstand. Über die Judenretter in Europa während der NS-Zeit, Göttingen 2011, S. 168–182; Peter Steinkamp, Rettungswiderstand. Helfer in Uniform, in: Johannes Tuchel (Hrsg.), Der vergessene Widerstand, Göttingen 2005, S. 140–157; zu Gräbe: Douglas K. Huneke, In Deutschland unerwünscht. Hermann Graebe – Biographie eines Judenretters, Lüneburg 2002; zu Willy Schulz und anderen Helfern in Minsk: Barbara Epstein, The Minsk Ghetto 1941–1943: Jewish Resistance and Soviet Internationalism, Berkeley 2008, S. 219–227.

Beschwerden, allerdings beklagten die Beamten weniger die Morde an sich als vielmehr die Art ihrer Ausführung (Dok. 19). Bezeichnend dafür ist das Verhalten des Generalkommissars Kube, der im März 1942 jüdischen Kindern im Getto Minsk, die gerade eine Massenerschießung hatten ansehen müssen, Bonbons schenkte, damit sie aufhörten zu weinen. Das war kein Anzeichen von Humanität, Kube plädierte lediglich für vermeintlich weniger brutale Exekutionsmethoden.[103] Zwar protestierte er anfangs zudem gelegentlich gegen den Mord an deutschen Juden, hatte aber nie Probleme mit den Massakern an den „bodenständigen vertierten Horden".[104] Strauch, dem Kube „Sadismus" vorgeworfen hatte, verwies im Sommer 1943 darauf, die Juden stets im Einverständnis mit dem Generalkommissar umgebracht zu haben (Dok. 265). Zu diesem Zeitpunkt war Strauch allerdings gerade von seinem Posten als Kommandeur der Sicherheitspolizei Weißruthenien entbunden worden – selbst in der Sicherheitspolizei galt er vielen als zu brutal. Sein Vorgesetzter, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ostland Dr. Humbert Pifrader, hatte zuvor in einer Personalbeurteilung über ihn geschrieben, seine Persönlichkeit sei „am stärksten bestimmt durch eine bis zur Derbheit gesteigerte Kompromißlosigkeit, insbesondere in der Verfechtung und Durchsetzung weltanschaulicher Ziele. Seine hierfür notwendigen Überlegungen und Folgerungen sind einfach und unkompliziert." Auch sei sein Gemütsleben „nicht sonderlich stark entwickelt".[105]
Vom Sommer 1942 an mehrten sich die Beschwerden von Vertretern der Zivilverwaltung, dass SS und Sicherheitspolizei die Juden ohne Absprache umbrachten,[106] doch auch diese Proteste entsprangen keiner prinzipiellen Ablehnung der Verbrechen. Die Beamten fürchteten nur um ihren politischen Einfluss. Die Angehörigen von SS und Polizei agierten seit Juli 1942 zunehmend eigenmächtig: Aus ihrer Sicht ergab die zuvor übliche enge Kooperation keinen Sinn mehr, da deren Ziel – die Selektion der Arbeitskräfte – aufgegeben worden war. Sofern die Sicherheitspolizisten die Mordaktionen selbst organisieren konnten, erachteten sie die Beteiligung der Zivilbeamten folglich als überflüssig.
Auch den letzten Schritt des Judenmords – die Beseitigung der Leichen – führten Himmlers Untergebene lieber in eigener Regie durch. Wie der eingangs zitierte Bericht des „Leichenbrenners" Vladimir Davydov bereits andeutet, geschah dies nicht zuletzt, um wenigstens hierbei keine Zeugen zu haben und die Zahl der Toten geheim zu halten. Von Sommer 1943 an ließ Paul Blobel, einer der Hauptorganisatoren der Massenmorde von Babij Jar, im Auftrag des Reichsführers-SS im Zuge der großangelegten „Aktion 1005" zahlreiche Massengräber in den besetzten Ostgebieten und im Generalgouvernement öffnen und die Überreste der Opfer verbrennen. Die örtlichen Gendarmerie-Gebietsführer forderte er auf, ihm Listen mit den Orten zu schicken, an denen die Opfer

103 Bericht Nr. 4 des Beauftragten des Reichsleiters Bormann im OKW/Stab z.b.V, Minsk, Albert Hoffmann vom 26. 5. 1942; IfZ/A, Fa 91/4.
104 Generalkommissar Weißruthenien, gez. Kube, an den Reichskommissar Ostland, Lohse, 16. 12. 1941; YIVO, Occ E 3–36. Siehe dazu auch: Heiber, Aus den Akten des Gauleiters Kube (wie Anm. 69).
105 Personalbeurteilung des KdS Weißruthenien durch den BdS Ostland, Pifrader, vom 1. 4. 1943, Abdruck in: Benz u. a. (Hrsg.), Einsatz im „Reichskommissariat Ostland" (wie Anm. 2), S. 235 f.
106 Lagebericht für September 1942 des Gebietskommissars Brest-Litowsk (Abt. IIa), ungez., für den Generalkommissar für Wolhynien und Podolien vom 9. 10. 1942 (Entwurf); BArch, R 94/7.

verscharrt worden waren. Die Korrespondenz sollte vernichtet werden, einzelne Dokumente fielen jedoch der Roten Armee und den sowjetischen Geheimdiensten in die Hände und wurden im Rundfunk verlesen (Dok. 275, 282, 289).[107]

Die Judenräte in den besetzten sowjetischen Gebieten

Das wohl niederträchtigste Merkmal der antijüdischen Politik der deutschen Besatzer bestand darin, die Juden in dieses Massenverbrechen einzubinden.[108] Zu diesem Zweck schufen die Besatzer eigens die sogenannten Juden- oder Ältestenräte sowie jüdische Ordnungsdienste, die „Ruhe, Ordnung und Sicherheit" zu garantieren hatten und für die Missachtung von Befehlen der Besatzer stellvertretend zur Verantwortung gezogen werden konnten. „Bei jedem unerwünschten Vorkommnis in der Judenschaft", so Reichskommissar Koch in einer Anweisung vom September 1941, „wird der Judenrat bestraft."[109] Aufgrund ihrer exponierten Stellung waren dessen Mitglieder ohnehin besonders gefährdet. Häufig erschossen deutsche Polizisten mehrere oder sämtliche Mitglieder der Judenräte und besetzten diese neu.[110] Vielfach waren die Judenräte bereits unter der Militärverwaltung entstanden, wobei sich die Besatzer an Richtlinien orientierten, die seit September 1939 für das okkupierte Polen erlassen worden waren.[111] Im Reichskommissariat Ukraine befahl Koch, in allen Orten, in denen mehr als 200 Juden lebten, Judenräte einzurichten. Allerdings blieb deren genauer Aufbau ebenso wie im Generalkommissariat Weißruthenien weitgehend den lokalen Besatzungsbeamten überlassen. Dementsprechend unterschieden sich Umfang und Zusammensetzung der Judenräte von Stadt zu Stadt deutlich.

Die Judenräte mussten im Auftrag der Deutschen nicht nur die sogenannten Kontributionen und sonstigen Sonderabgaben eintreiben (Dok. 156, 162, 210), sondern auch Arbeitskräfte stellen (Dok. 99), an der wiederholten Registrierung der jüdischen Bevölkerung mitwirken, nach Einrichtung der Gettos den Schmuggel unterbinden und in der Phase der Gettoauflösungen zuweilen sogar Beihilfe beim Massenmord leisten. Jakob Gens, der Polizeichef des Gettos Wilna, rechtfertigte sich im Herbst 1942 auf einer Sitzung des Judenrats dafür, den Sicherheitspolizisten bei der Selektion in der ostpolnischen Gemeinde Oszmiana geholfen zu haben; im Gegenzug sei es gelungen, die Zahl der Opfer herunterzuhandeln (Dok. 206). In Orten wie Dereczin oder Korec hingegen weigerten sich die Judenratsvorsitzenden, Menschen an die Besatzer auszuliefern, und

107 Jens Hoffmann, „Das kann man nicht erzählen". ‚Aktion 1005' – wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten, Hamburg 2008.

108 Grundlegend zur Entstehung und Arbeit der Judenräte: Isaah Trunk, Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation, New York 1972; zu Judenräten in den besetzten Ostgebieten: Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 41), S. 135–163; zu den Judenräten in den Gettos Wolhyniens: Spector, The Holocaust of Volhynian Jews (wie Anm. 2), S. 149–154.

109 Verwaltungsanordnungen des Reichskommissars Ukraine, gez. Erich Koch, an den Generalsowie die Haupt- und Gebietskommissare des Generalkommissariats Wolhynien-Podolien vom 5. 9. 1941 (Abschrift), CDA VOU, 3206/1/69, Bl. 4–6, hier: Bl. 5.

110 Yehuda Bauer, The Death of the Shtetl, New Haven 2009, S. 86 f.

111 Siehe die entsprechenden Anweisungen Heydrichs vom 21. 9. 1939, Abdruck in: VEJ 4/12; zu den Judenräten in den besetzten Ostgebieten unter Militärverwaltung siehe VEJ 7/25, 31, 44.

nahmen sich angesichts des unauflösbaren moralischen Dilemmas das Leben.[112] Die Mitwirkung war durch die Hoffnung motiviert, die grausamen Anweisungen der deutschen Besatzungsbeamten wenigstens abmildern zu können, doch erwies sich diese im Nachhinein als vergebens. In Oszmiana etwa ermordeten deutsche Polizisten die meisten der im Herbst 1942 verschonten Juden schon wenige Monate später und ließen nur einige ausgesuchte Arbeitskräfte in Arbeitslager deportieren.

Die erzwungene Kooperation mit den Deutschen führte dazu, dass die Judenräte und insbesondere der jüdische Ordnungsdienst teilweise schlecht angesehen waren. Michael Diment, der als Einziger aus seiner Familie die Besatzungszeit in Wolhynien überlebte, schildert in seinen Erinnerungen, wie Angehörige des jüdischen Ordnungsdienstes in Łokacze der ukrainischen Hilfspolizei halfen, Arbeitskräfte zusammenzutreiben: „Wer sich verweigerte, wurde geschlagen. Viele versteckten sich an verschiedenen Orten, aber die jüdischen Polizisten, die all diese Verstecke kannten, spürten sie auf und händigten sie den Ukrainern aus. Überall hörte man lautes Namen-Rufen und Fluchen."[113] In manchen Orten wurde den Mitgliedern des jeweiligen Judenrats auch vorgeworfen, die Notsituation auszunutzen und sich auf Kosten ihrer Leidensgenossen zu bereichern (Dok. 104). Derartige Konflikte drangen zuweilen bis zu den Deutschen durch; so berichtete etwa der SS- und Polizeistandortführer in Brest-Litowsk im März 1942, „daß sich im Ghetto ein gewisser Unruheherd dadurch gebildet hat, daß die ehemals vermögenden Juden dem Judenrat angehören und dort angeblich in der warmen Stube sitzen, während die armen Schichten zu Arbeitsleistungen in der Stadt herangezogen werden. Man bezeichnet schlechthin den Judenrat als Plutokratenclique." Er hatte dies von zwei Jüdinnen erfahren, die sich ausgerechnet bei ihm über ihre Arbeitsbelastung beklagt hatten. „Ich stehe auf dem Standpunkt", so schloss er diesen Abschnitt seines Berichts, „daß uns eine derartige Unruhe im Ghetto nur recht sein kann."[114] Meist jedoch waren die Mitglieder des Judenrats in den jeweiligen Gemeinden hoch angesehen, und ungeachtet der Kritik an einzelnen Entscheidungen gestand die Mehrzahl der Überlebenden ihnen zu, keinen großen Handlungsspielraum gehabt zu haben.[115]

Es ist kaum möglich, die internen Debatten innerhalb der jüdischen Gemeinschaften im Generalkommissariat Weißruthenien und dem Reichskommissariat Ukraine anhand zeitgenössischer Dokumente nachzuvollziehen, denn im Gegensatz zu den meist deutlich länger bestehenden Gettos im Baltikum und im Generalgouvernement sind aus diesen Gebieten keine Archive der Judenräte überliefert. Es existieren auch keine Tagebücher einzelner Judenratsmitglieder wie in Kaunas oder Warschau. Nur vereinzelt haben sich etwas umfangreichere Quellenbestände erhalten, die über ihre Tätigkeit Auskunft geben, so etwa zum Judenrat in Pinsk. Anhand seiner Korrespondenz mit den deutschen Behörden und der Eingaben an den Judenrat lässt sich dessen Arbeit beispielhaft nachvollziehen. Für die im Frühjahr 1942 noch rund 18 000 Gettoinsassen baute der Judenrat

112 Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 41), S. 154–157; Bauer, Death of the Shtetl (wie Anm. 110), S. 90.

113 Michael Diment, The Lone Survivor. A Diary of the Lukacze Ghetto and Svyniukhy, New York 1991, S. 84.

114 Lagebericht des SS- und Polizeistandortführers in Brest-Litowsk für die Zeit 16. 2.–15. 3. 1942, gez. Rohde, vom 15. 3. 1942, BArch, R 94/6.

115 Spector, The Holocaust of Volhynian Jews (wie Anm. 2), S. 167.

eine umfangreiche Verwaltung auf, die sich um die Wohnraum- und Lebensmittelzuteilung, die Sozialfürsorge, um Waisenkinder und das Gesundheitswesen kümmerte. Allein in der Kanzlei des Judenrats waren rund 70 Personen beschäftigt. Ähnlich ausgedehnte Verwaltungen bestanden zeitweise in Baranowicze (Dok. 274).[116]

Alltag im Getto

Mit der Einrichtung der Gettos bzw. deren stärkerer Abschottung verschlechterten sich die Lebensumstände der Juden nochmals dramatisch; vor allem erhielten sie immer weniger Nahrungsmittel. Zuvor war es ihnen häufig gelungen, ihre extrem niedrigen Rationen durch Tauschhandel aufzustocken. Ein Angehöriger der Einsatzgruppe C beklagte Anfang 1942, die Juden im Generalkommissariat Wolhynien-Podolien dürften sich noch zu frei bewegen, weshalb sich die jüdischen Wohnviertel zu Schwarzmarktzentren entwickelt hätten. Die Besatzer aber wollten ihnen nicht mehr gewähren, als zu ihrer „notdürftigen Ernährung" erforderlich war. Nach Abriegelung der Gettos war diese Möglichkeit weitgehend verbaut. Nur die Judenräte waren fortan berechtigt, Lebensmittel zu empfangen und zu kaufen. In größeren Städten wie in Minsk oder Pinsk unterhielten die Judenräte Suppenküchen, die vor allem für die nicht arbeitende Bevölkerung überlebenswichtig waren; in Pinsk bereits vor Einrichtung des Gettos. Der Suppenküche des Judenrats in Minsk standen allerdings häufig nur Essensabfälle der Besatzer zur Verfügung, aus denen Speisen zubereitet werden mussten.[117]

Um nicht zu verhungern, waren die Gettoinsassen somit immer stärker auf den Schmuggel angewiesen. In Baranowicze gruben die Juden einen Tunnel, der in einem Hof außerhalb des Gettos endete; von dort wurden dann Lebensmittel ins Getto geschafft. Meist aber versuchten Angehörige der Arbeitskolonnen, in ihren Taschen kleinere Mengen Mehl oder Kartoffeln ins Getto zu bringen.[118] An den Eingangstoren führten die

116 Tikva Fatal-Knaani, The Jews of Pinsk, 1939–1943. Through the Prism of New Documentation, in: Yad Vashem Studies, 29 (2001), S. 149–182; Rozenblat/Elenskaja, Pinskie evrei (wie Anm. 42), S. 75–117; zum Judenrat in Minsk siehe: Shalom Cholawsky, The Judenrat in Minsk, in: Israel Gutman/Cynthia J. Haft (Hrsg.), Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933–1945. Proceedings of the Third Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1979, S. 113–132; zum Getto Minsk allgemein: Epstein, Minsk Ghetto (wie Anm. 102); Viktar F. Balakirau u. a. (Hrsg.), Minskae heta 1941–1943 hh. Trahedyja, heraizm, pamjac', Minsk 2004.

117 „Schwarzmarktzentren": Yitzhak Arad u. a. (Hrsg.), The Einsatzgruppen reports: Selections from the dispatches of the Nazi Death Squads' campaign against the Jews, July 1941–January 1943, New York 1989, S. 329; „Ernährung": so die Formulierung in den Vorläufigen Richtlinien für die Behandlung jüdischer Bürger im Gebiet des Reichskommissariats Ostland; VEJ 7/186; zum Zwang, Lebensmittel über den Judenrat zu beziehen, siehe beispielhaft: Verordnung zur Sicherstellung der Ernährung der im Gebiet Pinsk wohnenden Juden der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des Gebietskommissars Pinsk, gez. Straub, vom 17. 11. 1941; GABrO, 2120/1/428, Kopie: USHMM, 1996.0169, reel 26; Suppenküchen: Leonid Smilovickij, Evrejskie semejnye lagerja i otrjady v belrussii. 1942–1944 gg, in: Evrei Belarusi. Istorija i kultura, 2 (1998), S. 134–138; Spector, The Holocaust of Volhynian Jews (wie Anm. 2), S. 130–132; Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 41), S. 186–188; zu Minsk: Epstein, Minsk Ghetto (wie Anm. 102), S. 88 f.; Bericht Anna S. Machlis vom Dezember 1943; NARB, 4/33a/86/656, Kopie: YVA, M.35.50.

118 Yehuda Bauer, Jewish Baranowicze in the Holocaust, in: Yad Vashem Studies, 31 (2003), S. 95–151, hier: S. 111.

Wachleute daher Leibesvisitationen durch (Dok. 233). Manchmal ließen sie sich bestechen, häufig aber übernahmen Kinder und Jugendliche einen wichtigen Anteil des Schmuggels. So kroch etwa der damals zwölfjährige Karl Epstein ein- bis zweimal pro Woche unter dem Zaun des Gettos von Dunaevcy hindurch, um bei Bauern Lebensmittel zu erbetteln. „Wir gingen immer einzeln, und wenn wir in einem Dorf einen anderen Jungen aus dem Getto trafen, schlugen wir schweigend eine andere Richtung ein." Daheim wurde er derweil „mit Ungeduld erwartet, denn wir ernährten uns ausschließlich von den Lebensmitteln, die ich organisierte."[119] Um diese Art von Schmuggel zu unterbinden, ordnete der Gebietskommissar in Pinsk, Paul Klein, im Mai 1942 an, einen Streifen vor dem Zaun des Gettos von Schuppen und Gärten freizuhalten.[120] Dort und in Šepetovka legten sich Polizisten auf die Lauer, um die jungen Schmuggler abzufangen und zu verprügeln oder zu erschießen (Dok. 233). In Pinsk wurde allein im Juni und Juli 1942 der Tod von acht jüdischen Kindern und Jugendlichen im Alter bis zu 16 Jahren registriert, die an Schussverletzungen gestorben waren.[121] In Nowogródek wiederum wurden Juden erschossen, die Zucchini ernten wollten, welche sie außerhalb des Gettos angepflanzt hatten (Dok. 234).

In den Gettos, die zudem im Laufe der Zeit immer wieder verkleinert wurden, litten die Juden unter extrem beengten Wohnverhältnissen. So pferchten die Besatzungsbeamten in Baranowicze rund 12 000 Menschen in 60 Gebäude. In jedem Zimmer waren 15 bis 25 Personen untergebracht, die teilweise in fünfstöckigen Etagenbetten schlafen mussten (Dok. 274). In den anderen Gettos war die Situation ähnlich. Hinzu kam die Kälte, insbesondere der Winter 1941/42 war außergewöhnlich hart. Es gab kaum Heizmaterial, und die Winterkleidung hatten die Juden Anfang Januar 1942 in der sogenannten Pelzaktion zugunsten der Wehrmacht abgeben müssen (Dok. 50). Im Getto Minsk wurden deshalb sämtliche Zäune zerlegt und viele Wohnungstüren herausgerissen, um Brennmaterial zu gewinnen.[122]

Unter- und Mangelernährung, überfüllte Wohnungen und Kälte schwächten die Juden, und weil die Gettos ohnehin in den ärmlichsten Stadtvierteln eingerichtet worden waren, in denen es an sauberem Trinkwasser mangelte und keine Kanalisation gab, bestand bald eine hohe Seuchengefahr. Zwar richteten die Judenräte in allen größeren Gettos Krankenhäuser und Apotheken ein, doch es fehlte meist an Medikamenten, um Krankheiten zu behandeln. In Baranowicze rief der Judenrat daher eigens eine Kommission zur Verhinderung von Epidemien ins Leben (Dok. 274), und auch andernorts wurde großer Wert auf Vorbeugungsmaßnahmen gelegt. Wenn dennoch jemand an Typhus oder anderen ansteckenden Krankheiten litt, bemühten sich die Ärzte im Getto, dies vor den Deutschen geheim zu halten, um ihnen keinen Anlass für ein Massaker zu liefern.

119 Karl Iosifowitsch Epstein, Weihnachten 1942. Ein jüdischer Junge überlebt deutsche Massaker in der Ukraine und erlebt als ukrainischer „Ostarbeiter" eine deutsche Weihnacht in Berlin, hrsg. von Erhard R. Wiehn, Konstanz 2011, S. 34.

120 Anordnung des Gebietskommissars in Pinsk vom 4. 5. 1942, Abdruck in: Amtsblatt des Gebietskommissars in Pinsk, Jg. 1, Nr. 5 vom 28. 4. 1942 [sic], Ziffer 75, Betr.: Bauliche Anlagen usw. an der Ghettoeinfriedung; GABrO, 2120/1/008, Bl. 13, Kopie: USHMM, 1996.0169, reel 26.

121 I. E. Elenskaja/E. S. Rozenblat, Pinsk, in: Al'tman, Cholokost na territorii SSSR (wie Anm. 2), S. 747–751, hier: S. 750.

122 Epstein, Minsk Ghetto (wie Anm. 102), S. 89 f.

In der Regel standen sich die Gettobewohner gegenseitig bei, doch führte insbesondere der tägliche Kampf um ein wenig Nahrung auch zu enormen Spannungen. In Baranowicze musste der jüdische Ordnungsdienst häufig Streitigkeiten schlichten.[123] Der allgegenwärtige Terror und die beständige Todesfurcht wirkten sich zudem auf die zwischenmenschlichen Beziehungen in den Gettos aus. Michail Grinčanik, ein Überlebender aus Minsk, berichtete nach dem Krieg, dass Frauen im dortigen Getto gezielt Beziehungen mit Arbeitern eingingen, die über „Karten" verfügten, also offizielle Arbeitsbescheinigungen, oder mit Männern, die als Handwerker in Einrichtungen der Wehrmacht beschäftigt waren und somit vermeintliche Sicherheit boten.[124]
Anders als in den größeren Gettos in Polen und im Baltikum entwickelte sich in den jüdischen Zwangswohnbezirken des Generalkommissariats Weißruthenien und des Reichskommissariats Ukraine kein ausgeprägtes kulturelles oder religiöses Leben, und es bestanden anscheinend auch nur wenige Schulen oder andere Ausbildungsstätten. Viele jüdische Intellektuelle waren ebenso wie die Rabbiner bereits im Sommer 1941 erschossen worden, zudem existierten viele Gettos für eine zu kurze Zeit, als dass sich diesbezügliche Strukturen hätten herausbilden können. Nicht einmal aus Minsk, dem größten Getto in diesem Gebiet, das immerhin bis in das Jahr 1943 hinein bestand, sind entsprechende Initiativen überliefert. Angesichts des allgegenwärtigen Leidens begannen manche der Gettobewohner, den Sinn von Kultur und Religion grundsätzlich in Frage zu stellen. So bekannte Bejnisz Berkowicz in Nowogródek Anfang 1943 resigniert in seinem Tagebuch, dass er sich nicht mehr gemeinsam mit anderen zum Gebet versammeln oder weiter um die Rettung religiöser Schriften bemühen wolle: „Die heiligen Blätter unserer Tausende von Jahren alten Literatur aller Sparten treiben im Abort, und was soll's? Auch der Verstand derjenigen, die sie studierten, liegt dort …" (Dok. 234)

Flucht aus dem Getto

Die ersten Massaker, die deutsche SS-Männer und Polizisten unmittelbar nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion an jüdischen Männern verübt hatten, ließen keine Zweifel an ihrem mörderischen Antisemitismus aufkommen. Kaum jemand konnte sich in diesen Anfangsmonaten des Deutsch-Sowjetischen Kriegs jedoch vorstellen, dass die deutsche Politik letztlich darauf abzielte, ausnahmslos alle Juden zu ermorden. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die Überlebenden dieser Massaker fast durchgängig von „Pogromen" sprechen. Dieser Begriff erscheint uns heute als geradezu verharmlosend, er verdeutlicht aber, in welchem Referenzrahmen diese Verbrechen gesehen wurden: den antijüdischen Pogromen im Gefolge der Russischen Revolution von 1905 und während des Bürgerkriegs in Russland und der Ukraine nach 1917. Bei diesen Pogromen hatten Nationalisten und Rechtsradikale zwar Zehntausende Juden ermordet, die antijüdische Gewalt war schließlich aber abgeflaut. Nachdem das Gros der Einsatzgruppen

123 Bauer, Jewish Baranowicze (wie Anm. 118), S. 101.
124 V Minskom getto. Iz zapisok partizana Michaila Grinčanika (1944), in: Yitzhak Arad (Hrsg.), Neizvestnaja chernaja kniga svidetel'stva ochevidcev o katastrofe sovetskich evreev (1941–1944), Jerusalem/Moskau 1993, S. 234–240.

im Herbst 1941 der Front folgend weiter in den Osten gezogen war, hofften daher viele Juden, auch dieses Mal sei nun das Schlimmste überstanden. Und tatsächlich kehrte in weiten Gebieten Ostpolens, Weißrusslands und der Ukraine, die der Zivilverwaltung unterstellt wurden, für einige Monate eine trügerische, relative Ruhe ein. Da außerdem viele der antijüdischen Bestimmungen erst zeitlich verzögert und abhängig vom persönlichen Engagement der jeweiligen Besatzungsbeamten eingeführt wurden, war es zunächst auch kaum möglich, in dem Handeln der deutschen Besatzer eine schlüssige Strategie zu erkennen, zumal die Juden meist von verlässlichen Informationen über die Vorgänge außerhalb ihrer jeweiligen Wohnorte abgeschnitten waren. Die ersten Berichte über die Auslöschung ganzer Gemeinden stießen deshalb häufig auf Unglauben: Als Überlebende der Massaker in Horodyszcze und Lachowicze im Oktober 1941 den Mitgliedern des Judenrats im knapp 20 Kilometer entfernt liegenden Baranowicze von den Verbrechen in ihren Orten berichteten, wurden sie von diesen ermahnt, nicht weiterhin derlei schreckliche „Gerüchte" zu verbreiten.[125]

Bald aber häuften sich entsprechende Meldungen. Als die deutsche Polizei Mitte März 1942 das Getto Lublin umstellte und einen Teil der Insassen mit äußerster Brutalität in das Todeslager Bełżec deportierte, erreichten die Nachrichten darüber nur wenige Wochen später das rund 150 Kilometer östlich gelegene Getto Brest und sorgten dort für Unruhe. Der örtliche SS- und Polizeistandortführer kommentierte dies in seinem Lagebericht: „Die Verbindungen, die die Juden zweifelsohne überall haben, müssen sehr gut sein."[126] Schon bald darauf bedurfte es allerdings gar keiner besonderen „Verbindungen" mehr, um zu erkennen, was den Gettobewohnern bevorstand, wenn auswärtige Polizei- oder SS-Kommandos in ihrem Ort auftauchten. Als die Angehörigen eines dieser umherreisenden Mordkommandos im Juni 1942 mitten auf dem Marktplatz von Szarkowszczyzna eine Pause einlegten, löste dies unter den örtlichen Juden eine Panik aus – kurz zuvor waren die Juden in den jeweils knapp 40 Kilometer entfernt liegenden Gettos von Miory und Brasław erschossen worden. Der örtliche Landwirtschaftsführer rief daraufhin den Vorsitzenden des Judenrats, Dovid Mindl, zu sich und versicherte ihm, die Massaker in Miory und Brasław seien Strafaktionen gewesen: Die Juden dort hätten Schwarzhandel getrieben, und dafür habe man sie „eben kaputt gemacht". Den Juden von Szarkowszczyzna hingegen werde nichts passieren, weil sie arbeitswillig seien und „keine Schweinereien" anstellten (Dok. 118). Einen Monat später ermordeten deutsche Polizisten aber auch in Szarkowszczyzna alle Juden, derer sie habhaft werden konnten – etwa 1200 Menschen.

Schon bevor die Besatzer die großen Massaker des Jahres 1942 durchführten, hatte es unter den Juden Diskussionen gegeben, ob man aus den Städten aufs Land und in die Wälder fliehen solle. Vor der Abriegelung der Gettos war dies noch möglich, und selbst im Falle der letzten Arbeitslager für Juden blieben die Absperrungen selten unüberwindbar (Dok. 240). Es war jedoch weniger die Gefahr der Flucht selbst, die viele davon abhielt, das Getto zu verlassen. Manch einer wollte seine Familie nicht zurücklassen, wie beispielsweise Meir Smuszkowicz, der im Frühjahr 1942 den Plan aufgab, aus dem Getto

125 Nechama Tec, Defiance. The Bielski Partisans. The Story of the Largest Armed Rescue of Jews by Jews During WWII, New York 1993, S. 28.

126 Lagebericht des SS- und Polizeistandortführers Brest-Litowsk für die Zeit 16. 3.–15. 4. 1942, gez. Rohde, vom 15. 4. 1942; BArch, R 94/6.

Głębokie zu seinem Schwager zu fliehen, der sich bereits den Partisanen angeschlossen hatte. „Das Getto zu verlassen", so erinnerte sich sein Neffe Peter Silverman, „hätte bedeutet, seine Frau Sonia, seinen sechsjährigen Sohn Pesach und seine kleine Tochter zurückzulassen. Das konnte er nicht tun."[127] Außerdem stand zu befürchten, dass die Deutschen an den Zurückgebliebenen Vergeltung üben würden. Der Judenrat in Nowogródek stellte sich daher zunächst strikt gegen jegliche Fluchtversuche und nahm Fluchtwilligen sogar die Stiefel weg, um sie davon abzuhalten, in die Wälder zu gehen.[128] Für die Flüchtenden stellte sich ferner die Frage, wie sie außerhalb des Gettos überleben sollten, zumal wenn sie in größerer Zahl fliehen würden: Wovon sollten sich Hunderte oder gar Tausende Menschen ernähren, wo sollten sie unterkommen? Viele von denen, die allein oder in kleinen Gruppen umherirrten, hofften, Anschluss an eine Partisanengruppe oder eine Bleibe bei Bauern zu finden (Dok. 199). Auf dem Territorium des Generalkommissariats Weißruthenien gab es zumindest zahlreiche dichte, unwegsame Wald- und Sumpfgebiete, in denen sich Menschen verbergen konnten. Südlich der im weißrussisch-ukrainischen Grenzgebiet liegenden Pripjetsümpfe überwogen hingegen offene Landschaften und landwirtschaftliche Nutzflächen, die kaum Schutz boten. Dort hoben manche der Flüchtlinge daher auf freiem Feld Erdgruben aus, um sich darin einzurichten (Dok. 253). Doch auch wer im Wald ein Versteck gefunden hatte, blickte dem Hungertod ins Auge oder wurde von Läusen „bei lebendigem Leibe aufgefressen", wie es Chaim Princental in einem Abschiedsbrief formulierte. „Wie glücklich wäre ich", schrieb er darin sechs Wochen nach seiner Flucht aus Łuck im September 1942, „wenn ich eine Schüssel heißes Wasser hätte und mich ein wenig waschen könnte und ein frisches Hemd und Unterhosen anziehen. Dann mag der Tod ruhig kommen" (Dok. 192). Angesichts solcher Unwägbarkeiten versuchten viele Menschen anfangs, in anderen Gettos unterzukommen, die noch als sicher galten (Dok. 274). Im Getto Białystok trafen im August 1942 schließlich so viele Flüchtlinge etwa aus Słonim (aber auch aus Warschau) ein, dass der Judenrat darin eine Bedrohung für die eigene Gemeinde sah; mit seinen 35 000 Bewohnern sei das Getto aus Sicht der Deutschen ohnehin schon zu groß. Es sei daher „ein Verbrechen", die Juden von Białystok auf diese Weise in Gefahr zu bringen.[129] Nicht wenige Flüchtlinge gingen schließlich in ebenjene Gettos zurück, die sie gerade erst verlassen hatten (Dok. 294). In Nowogródek hielt Bejnisz Berkowicz Ende August 1942 in seinem Tagebuch den Fall einer jungen Frau fest, die dort knapp drei Wochen zuvor ein großes Massaker überlebt hatte, nachts aus der Erschießungsgrube gekrochen und in den Wald geflohen war – aus dem sie nun völlig ausgehungert wieder auftauchte. „Jetzt lebt sie im Getto. Isst und trinkt bis … bis die zweite Exekution kommt" (Dok. 166). Derlei Rückkehrer blieben den Besatzern nicht verborgen: Nachdem die Sicherheitspolizei Ende September 1942 im Getto Stołpce 750 der Insassen ermordet hatte, fiel Hauptwachtmeister Wilhelm Schultz vom örtlichen Gendarmerieposten

127 Peter Silverman/David Smuschkowitz/Peter Smuschkowitz, From Victims to Victors. The Incredible Saga of Armed Resistance Fighters that Thwarted the Nazis Goal in the Second World War, Marquis 1992, S. 107.

128 Bauer, Death of the Shtetl (wie Anm. 110), S. 142.

129 Protokoll des Judenrats von Białystok vom 15. 8. 1942, Abdruck in: Freia Anders/Katrin Stoll/Karsten Wilke (Hrsg.), Der Judenrat von Białystok. Dokumente aus dem Archiv des Białystoker Ghettos 1941–1943, Paderborn u. a. 2011, S. 134–137.

auf, dass ein Teil der mehreren hundert Flüchtlinge wieder im verkleinerten Getto Unterschlupf suchte. „Da nun vom 2. 10. ab ein ständiger Zuzug von Juden im Ghetto stattfand und die Zahl von 450 auf rund 560 anstieg, sah ich mich gezwungen, eine abermalige Aktion stattfinden zu lassen, um einem weiteren Zuzug entgegenzutreten." Schultz ließ 350 Menschen erschießen. „Kinder sowohl wie nicht Arbeitseinsatzfähige sind nicht mehr vorhanden" (Dok. 200).

Tatsächlich waren die Überlebenschancen außerhalb der Städte sehr gering; von den schätzungsweise 40 000 Juden, die im Generalkommissariat Wolhynien-Podolien aus den Gettos fliehen konnten, erlebten nur rund 3000 die Befreiung durch die Rote Armee.[130] Eine Flucht wurde somit meist nur als der letzte Ausweg angesehen und der Entschluss dazu erst gefasst, wenn die Deutschen und ihre Helfer die jüdischen Zwangswohnbezirke bereits umstellt hatten (Dok. 115). In Nowogródek gab der Judenrat seinen Widerstand gegen einen Fluchtplan sogar erst nach dem vierten Massaker vom 7. Mai 1943 auf, als die letzten 230 Überlebenden in einem Arbeitslager zusammengepfercht wurden. Von einer der Baracken aus grub man einen mehr als 200 Meter langen Tunnel, durch den Ende September 1943 fast alle Insassen das Lager verlassen konnten, von denen es jedoch nur 120 bis in die Wälder schafften.[131] Andernorts ließen die Berichte der zurückgekehrten Flüchtlinge einen Ausbruch als sinnlos erscheinen. Als wie ausweglos viele Juden ihre Lage empfanden, zeigt der Fall des Gettos Mir, wo der Übersetzer des örtlichen Gendarmeriechefs die Gettoinsassen bei ihrer Flucht unterstützte. Oswald Rufeisen, ein polnischer Jude und ehemals Angehöriger der liberalen zionistischen Jugendgruppe Aktiva, war bei Kriegsausbruch zunächst nach Wilna und später weiter nach Mir gezogen, wo er vorgab, „Volksdeutscher" zu sein, und daraufhin eine Stelle bei der Polizei erhielt. Als Anfang August 1942 das Datum für die baldige Liquidierung des Gettos feststand, lockte er die Gendarmen mit einer falschen Partisanenmeldung aus dem Ort fort. Den sicheren Tod durch das Exekutionskommando vor Augen, nutzten dennoch nur 300 der noch 850 Insassen die Gelegenheit zur Flucht. Die Übrigen wurden wenige Tage später von den zurückkehrenden Polizisten erschossen. Rufeisen selbst wurde bald denunziert, festgenommen und verhört (Dok. 154), konnte aber aus der Haft fliehen und bis zur Befreiung untertauchen.[132]

Verstecke im Getto

Aufgrund der geringen Aussichten, außerhalb des Gettos zu überleben, beschlossen viele, sich innerhalb des Gettos zu verbergen. Karl Epstein erinnerte sich, wie sein Onkel Simon gleich nach dem ersten Massaker in Dunaevcy im Keller seines Hauses hinter einer neu eingezogenen Wand ein Versteck einrichtete, in dem die ganze Familie Schutz finden sollte. Der Zugang erfolgte durch den Fußboden der Küche, in den eine Falltür eingelassen wurde. „Onkel Simon machte auch eine Leiter, und in Erwartung eines Pog-

130 Allan Gerald Levine, Fugitives of the Forest. The Heroic Story of Jewish Resistance and Survival during the Second World War, Toronto u. a. 1998, S. 129.

131 Yehuda Bauer, Nowogródek. The Story of a Shtetl, in: Yad Vashem Studies, 35 (2007), S. 35–70; Jack Kagan, Novogrudok. The History of a Shtetl, London 2006, S. 190–194.

132 Nechama Tec, In the Lion's Den: The Life of Oswald Rufeisen, New York 1990.

roms verbrachten wir recht oft ganze Nächte in diesem Keller. Zuerst stiegen wir Kinder hinunter, danach die Frauen und als letztes Onkel Simon. Um die Falltür zuzudecken, wurde über diesen Geheimzugang ein Läufer gezogen und zur Tarnung der Tisch auf diese Stelle gerückt."[133] In Brest lösten Anfang September 1942 die Meldungen über die Auslöschung der jüdischen Gemeinde im nahegelegenen Kowel eine hektische Aktivität im Getto aus. „Jeder bereitet nun Bunker oder Verstecke in Dachkammern, Kellern oder unter Treppen vor oder gräbt Tunnel zur arischen Seite", schrieb Asher Zisman in sein Tagebuch. „Ich hebe eine Grube unter Gordons Haus in der Dluga-Straße aus. Der Eingang befindet sich hinter einer Öffnung beim Ofen, die durch die Dielen und einen Stapel Feuerholz verborgen wird."[134] Ein Gruppenführer des Waffen-SS-Bataillons z.b.V. berichtete im April 1942, im Getto Dolhinow habe man Verstecke entdeckt, die teilweise drei Stockwerke in die Tiefe reichten (Dok. 106), und der stellvertretende Gebietskommissar in Glebokie, Walter Petersen, wusste wenig später über die einen Monat zuvor begonnene Mordaktion in Dokszyce zu berichten, die Juden hätten sich „so gut zu verstecken verstanden, daß es einer ganzen Woche bedurfte, um die letzten zu finden" (Dok. 123).

Ein Kompanieführer des Polizeiregiments 15, Helmut Saur, empfahl in seinem „Erfahrungsbericht" über die Auslöschung des Gettos Pinsk, auch die Fußböden in den Häusern aufzureißen, da sich „eine große Anzahl von Leuten in dem kleinen Raum zwischen Erde und Fußboden" verberge, und auch alle Dachböden „genauestens" zu durchsuchen (Dok. 219). In Nieśwież beobachtete Moshe Lachowicki aus seinem Versteck heraus, wie zunächst einheimische Schutzmänner in seine Wohnung eindrangen, die aber mehr an Schnaps interessiert waren. „Ungefähr um acht Uhr kamen dann Deutsche in die Wohnung. Sie stampften auf den Boden, um Hohlräume aufzuspüren."[135] Wie Lachowicki und seine Gruppe in Nieśwież überstanden auch der sechzehnjährige Zvi Shepetinski und seine Familie in Słonim die erste Phase der Gettoliquidierung, obwohl sich die deutschen Polizisten von ihrer List nicht täuschen ließen: Die Shepetinskis hatten ihre Wohnung verwüstet, um den Eindruck zu erwecken, sie sei bereits durchsucht worden. „Aber anscheinend hatten sie genaue Listen, wie viele Menschen in den einzelnen Häusern wohnten. Sie wussten, wie viele Menschen sich verborgen hatten, indem sie die Fehlenden abzählten." Nachdem das Getto mehrere Tage überwacht worden war, setzten es litauische Hilfskräfte in Brand, um die letzten Verstecke auszuräuchern.[136] Ein weißrussischer Feuerwehrmann berichtete in einem Nachkriegsprozess, dass er aufgrund des Feueralarms zum Getto gelaufen und während der Löscharbeiten plötzlich gehört hatte, „wie Leute aus den Kellern riefen. Ich zielte mit dem Schlauch auf den Bereich, in dem die Menschen saßen, doch ein Deutscher befahl mir, damit aufzuhören, und erschoss die Leute in den Kellern."[137]

133 Epstein, Weihnachten (wie Anm. 119), S. 35 f.

134 The Diary of a Survivor of the Brisk Ghetto. R. Asher Zisman of Antwerp, in: Shimon Yosef Melle (Hrsg.), The Brisker Rav, Jerusalem 2007, S. 551–561, hier: S. 558.

135 Dean, Collaboration in the Holocaust (wie Anm. 38), S. 90.

136 Nechama Tec, Resilience and Courage. Women, Men, and the Holocaust, New Haven 2003, S. 84; Jakob Shepetinski, Die Jacobsleiter: Erinnerungen eines Shoah- und Gulag-Überlebenden, Zürich 2005, S. 65–68.

137 Zit. nach: Dean, Collaboration in the Holocaust (wie Anm. 38), S. 86.

Zuweilen lagen die Menschen tagelang in ihren Verstecken, während ihre Vorräte zur Neige gingen. „Die Zustände im Bunker wurden immer schlimmer", berichtete nach dem Krieg Moshe Gorwitz, dessen Gruppe sich im September 1942 im Getto Korec verborgen hielt. „Wir hatten bald kein Wasser und nichts zu essen mehr. Unsere Körper wurden zunehmend schwächer, und alle verloren die Hoffnung. Sarache Fuchs, die Frau von Chaim Lazer, konnte es schließlich nicht mehr ertragen und erhängte sich, um ihrem Leiden ein Ende zu bereiten."[138] Andere ergaben sich schließlich halbverdurstet den Deutschen, oder sie erstickten, nachdem die Häuser über ihnen angezündet worden waren. Eine ganze Reihe von Berichten zeugt davon, dass weinende Kinder oder Personen, die einen Nervenzusammenbruch erlitten hatten, erwürgt wurden, um das Versteck nicht zu verraten (Dok. 166, 210, 294).

Jüdischer Widerstand

Wenn schon eine mögliche Flucht unter den Gettoinsassen umstritten war, weil sie die Vergeltungsaktionen der deutschen Polizei fürchteten, so galt dies erst recht für Akte offenen Widerstands. In Kowel, Dubno und weiteren Orten zwangen die Judenräte die meist jugendlichen Mitglieder der Untergrundorganisationen, entsprechende Pläne aufzugeben, in Głębokie hingegen unterstützte der Judenrat den Kauf von Gewehren finanziell, und in Orten wie Sarny stellte der jüdische Ordnungsdienst sogar den Kern der Widerstandsgruppen. In den Gettos der bis 1939 zu Polen gehörenden Gebiete Weißrusslands und der Ukraine bildeten sich schließlich rund 60 dieser Gruppierungen. In Minsk war der jüdische Widerstand in einen „westlichen" und eine „östlichen" Flügel geteilt. Ersterer wurde von polnischen Flüchtlingen dominiert, Letzterer stand mit bolschewistischen Untergrundgruppen außerhalb des Gettos in Kontakt, die zahlreiche Kämpfer aus dem Getto zu den Partisanen holten (Dok. 276). Auch in Baranowicze teilte sich der Untergrund im Getto zunächst in verschiedene Gruppen auf, entsprechend der politischen Ausrichtung ihrer Mitglieder in der Vorkriegszeit, wie der linkszionistischen Hashomer Hatzair und den Bundisten. Ebenso wie in Brest, wo sich Anfang 1942 die Gruppe „Nekuma" (Rache) gebildet hatte, wurden die Führungspersonen des Widerstands in Baranowicze jedoch enttarnt und hingerichtet, bevor sie aktiv werden konnten (Dok. 274). In Minsk wiederum erschoss die Sicherheitspolizei im März 1942 den Judenratsvorsitzenden Ilja Muškin und im folgenden Juli seinen Nachfolger Selig Joffe wegen ihrer Verbindungen zum Untergrund.[139]

138 Shmuel Spector, The Jews of Volhynia and their Reaction to Extermination, in: Yad Vashem Studies, 15 (1983), S. 159–186, hier: S. 164.

139 Zum bewaffneten Widerstand der Juden in den besetzten Ostgebieten: Yitzhak Arad, In the Shadow of the Red Banner. Soviet Jews in the War Against Nazi Germany, Jerusalem 2010, S. 195–344; Reuben Ainsztein, Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1993, v. a. S. 75–174, 221–235; Ster Ja. Elizavetskij, Ob istočnikach i istoriografii problemy učastija evreev v anitnacistskom vooružennom soprotivlenii v Ukraine v 1941–1944 gg, in: ders. (Hrsg.), Katastrofa i opir ukraïns'koho evrejstva (wie Anm. 2), S. 286–418; Inna Pavlovna Gerasimova (Hrsg.), Vstali my plečom k pleču … Evrei v partizanskom dviženii Belorussii. 1941–1944 gg, Minsk 2005; zum ehem. Ostpolen: Spector, The Holocaust of Volhynian Jews (wie Anm. 2), S. 223–230; Bauer, Death of the Shtetl (wie Anm. 110), S. 121–151; Shalom Cholawsky,

Die vielerorts geplanten Aufstände wurden immer weiter hinausgeschoben. Wo sich Juden schließlich mit der Waffe in der Hand gegen die deutschen Sicherheitspolizisten und ihre einheimischen Helfer zur Wehr setzten, handelte es sich durchweg um gewaltsame Ausbruchsversuche in buchstäblich letzter Minute (Dok. 221). Allein in Ostgalizien und Wolhynien gab es etwa 50 solcher Versuche.[140] In Tuczyn beispielsweise, östlich von Rowno, bauten der Vorsitzende des Judenrats Getzel Schwartzmann und sein Stellvertreter Meir Himmelfarb im Sommer 1942 eine Widerstandsgruppe auf, nachdem sie von den Morden ringsum erfahren hatten. Im Falle einer „Aktion" sollten die Häuser des Gettos in Brand gesteckt werden, um den Menschen zu ermöglichen, im Rauchnebel und unter Feuerschutz der Widerstandsgruppe zu fliehen. Diese verfügte zum Schluss über fünf Gewehre, 25 Pistolen und einige Handgranaten. Am Abend des 23. September 1942 umstellten deutsche Gendarmen und ukrainische Schutzmänner den jüdischen Zwangswohnbezirk, und als am nächsten Morgen schließlich ein Kommando von Sicherheitspolizisten aus Rowno anreiste und in das Getto vorrückte, eröffneten die rund 60 jüdischen Kämpfer das Feuer auf die überraschten Eindringlinge. Im Chaos des nun ausbrechenden Großbrands gelang laut Berichten von Überlebenden rund 2000 Juden (das waren rund zwei Drittel der Gettoinsassen) die Flucht. Doch kaum zwei Dutzend der Entkommenen erlebten das Kriegsende, die meisten starben schon in den folgenden Wochen und Monaten, weil sie von Bauern an die Polizei verraten oder gleich erschlagen wurden oder im Wald erfroren.[141]

In Łachwa, 60 Kilometer östlich von Pinsk, entschlossen sich die Gettoinsassen ebenfalls zum gewaltsamen Ausbruch, als der Judenrat Ende August 1942 erfuhr, dass die Besatzer durch Bauern am Stadtrand große Gruben ausheben ließen. Anders als in Tuczyn fehlten der Widerstandsgruppe unter Yitzhak Rochczyn, einem früheren Mitglied der rechtszionistischen Betar-Jugend, jedoch Schusswaffen. Als das Getto am 3. September von 350 deutschen und weißrussischen Polizisten umstellt wurde, konnten sich die Juden daher nur mit Messern, Äxten und Schlagstöcken wehren. In dem ungleichen Kampf starben 800 Juden bereits auf dem Gelände des Gettos, 600 weitere ergaben sich und wurden von den Deutschen später an den vorbereiteten Gruben erschossen, nur 500 konnten fliehen, von denen in den nächsten Tagen 350 wieder aufgegriffen wurden. Von den Übrigen überlebten nur ganz wenige den Krieg.[142]

Selbst bei Ausbruchsversuchen, die in mehrtägige Kämpfe mündeten, wie in Nieśwież im Juli 1942 oder in Głębokie im August 1943, erlitten die Deutschen und ihre Helfer nur geringe Verluste. In Głębokie etwa, wo die Gegenwehr so heftig war, dass angeblich sogar die Unterstützung der Wehrmacht angefordert und schwere Waffen eingesetzt wurden, registrierte die Sicherheitspolizei in ihren Reihen einen Toten und zwei

Mai VeLochama Partizanit, Jerusalem 2001; zu Minsk: Hersh Smolar, The Minsk Ghetto. Soviet-Jewish Partisans against the Nazis, New York 1989; Leonid Smilovitsky, Minsk Ghetto. An Issue of Jewish Resistance Shvut, Nr. 1–2 (17–18) 1995, S. 161–182; Epstein, Minsk Ghetto (wie Anm. 102), S. 110–147, 188–228; Emanuil G. Ioffe, Po dostovernym istočnikam. Evrei v istorii gorodov Belarusi, Minsk 2001, S. 58; zu Baranowicze: Bauer, Jewish Baranowicze (wie Anm. 118), S. 130–138.

140 Bauer, Death of the Shtetl (wie Anm. 110), S. 123.

141 Spector, The Jews of Volhynia (wie Anm. 2), S. 169–171. Ein früher Bericht über diese Ereignisse erschien schon kurz nach dem Krieg: Mendl Man, Spontaniczna samoobrona Żydów w Tuczynie, in: Betti Ajzensztajn (Hrsg.), Ruch podziemny w ghettach i obozach, Warszawa 1946, S. 100–103.

142 Zum Ausbruch: David Shtokfish (Hrsg.), Sefer Nieswiez, Tel Aviv 1976, S. 129–133.

Verwundete, unter den Schutzmännern zwei Tote und zwei Verwundete (Dok. 268, 269).[143] Doch allein die Tatsache, dass die Juden überhaupt Widerstand leisteten, überraschte die Besatzer offenkundig, wie der Lagebericht des Generalkommissars für Wolhynien und Podolien, Heinrich Schoene, von Anfang November 1942 verdeutlicht: Es sei „jetzt öfter zu bemerken, daß sich dieses Gesindel zur Wehr setzt und es in den letzten Tagen wieder zu schweren Verletzungen der Wachmannschaften, die mit der Aufgabe der Umsiedlung betraut sind, gekommen ist" (Dok. 217).

Das Leben bei den Partisanen und die Familienlager

Wer es aus dem Getto hinaus und in die Wälder geschafft hatte, sah sich häufig einer ländlichen Mehrheitsbevölkerung gegenüber, von der die jüdischen Flüchtlinge sozial isoliert waren. Im Gebiet Wilejka, so berichtete etwa der Leiter einer Spionagegruppe des Minsker Gebietsparteikomitees der KPdSU Ende November 1942, fristeten sie in den Wäldern ein erbärmliches Leben, erhielten von den Dorfbewohnern keinerlei Hilfe und seien daher zu Raubzügen gezwungen gewesen, um zu überleben. Auch die kommunistischen Partisanen überließen die Juden meist sich selbst, kritisierte er. Es sei daher eine schnelle Entscheidung darüber notwendig, was mit den Flüchtlingen geschehen solle – nicht zuletzt, um die Bauern zu entlasten, denen von den umherstreifenden, halb verhungerten Juden Nahrungsmittel gestohlen würden.[144] Hilel Margulis und andere, die mit ihm aus dem Getto Raduń geflohen waren, erhielten von den Bauern der umliegenden Dörfer allerdings vielfach zumindest einen Platz in der Scheune für die Nacht und Proviant. „Die Leute hier sind nicht die Schlechtesten", notierte Margulis zwei Tage nach seiner Flucht in sein Tagebuch, „aber ein jeder misstraut dem anderen" (Dok. 103).
Viele Partisanen – sowohl polnische als auch sowjetische – blieben zu den jüdischen Flüchtlingen, die sich ihnen anschließen wollten, auf Distanz, und immer wieder kam es vor, dass sie die Juden ausraubten oder ihnen ihre wenigen Waffen wegnahmen und sie dann fortschickten (Dok. 264). Zuweilen wurde das Verhalten auch durch antisemitische Einstellungen beeinflusst (Dok. 259), doch waren diese bei den sowjetischen Partisanen insgesamt deutlich geringer ausgeprägt als bei manchen Einheiten der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa) oder den Angehörigen der Ukrainischen Aufstandsarmee (Ukraïns'ka Povstans'ka Armija). Letztere hatten den Deutschen zuvor oft als Hilfspolizisten gedient und ihnen bei der Judenverfolgung geholfen. In ihren Einheiten waren Juden daher bestenfalls als Ärzte oder Krankenschwestern gelitten.[145]

143 Zu Głębokie: Jakow Suchowolskij, Es gab weder Schutz noch Erlösung, weder Sicherheit noch Rettung. Jüdischer Widerstand und der Untergang des Ghettos Glubokoje, in: Dachauer Hefte, 20 (1984), S. 22–38; zu Nieśwież: Cholawski, Soldiers from the Ghetto (wie Anm. 53), S. 69–71. Cholawski gehörte zu den Anführern des Widerstands in Nieśwież und überlebte den Krieg bei den Partisanen.

144 Bericht des stellvertr. Kommandeurs der Aufklärungs- und Verbindungsgruppe des Minsker Gebietskomitees der KP(b) Weißrusslands, gez. V. V. Karpov, an den Sekretär des Parteikomitees der KP(b) Weißrussland im Gebiet Wilejka, Klimov, vom 27. 11. 1942 (Abschrift), RGASPI, 69/1/1067, Bl. 236–244, hier: Bl. 241 f.

145 Zum Verhältnis zwischen Juden und Partisanen und zu den jüdischen Partisanen in den besetzten Ostgebieten: Leonid Smilovitsky, Righteous Gentiles, the Partisans, and Jewish Survival in Belo-

Mit der Ausweitung der sowjetischen Partisanenbewegung im Jahr 1943 wuchs auch die Unterstützung für die jüdischen Flüchtlinge. In Wolhynien nahmen Kommandeure wie Oleksej F. Fedorov und Dmitrij N. Medvedev, in Weißrussland Vasilij E. Černyšev (Kampfname „Platon") Juden in ihre Einheiten auf. In Sinarna, etwa 200 Kilometer südwestlich von Kiew gelegen, starteten ukrainische Partisanen Ende 1943 sogar eine Befreiungsaktion für die Insassen eines der letzten noch bestehenden Gettos: Als der Tag der Auflösung des Gettos bekannt wurde, machten sich Angehörige der Getto-Untergrundgruppe in die umliegenden Wälder auf und schlossen sich der Partisaneneinheit unter dem Kommando von Ivan I. Stardub an, der einen Angriff auf die Gettowachen durchführen ließ. 150 Menschen soll bei dieser Gelegenheit die Flucht gelungen sein.[146]
Allerdings hatten die Partisanen häufig Vorbehalte gegen Juden, so dass vielerorts gesonderte jüdische Partisanenabteilungen aufgebaut wurden (Dok. 271).[147] Das lag nicht zuletzt an den unterschiedlichen Zielsetzungen der Gruppen: Während die nichtjüdischen Gruppen in erster Linie die Besatzer bekämpfen wollten, befanden sich unter den jüdischen Flüchtlingen viele Frauen und Kinder. Semen (Shalom) Zorin beispielsweise, ein Bäcker aus Minsk, hatte nach seiner Flucht aus dem Getto im November 1941 zusammen mit einem sowjetischen Offizier eine Partisaneneinheit aufgebaut; ihre Wege trennten sich im Mai 1943, als Zorin nach der endgültigen Auflösung der Gettos in Weißrussland ein Familienlager aufbaute (Dok. 290).[148]
Das bekannteste dieser Familienlager gründeten nach den ersten Gettoliquidierungen in Weißruthenien Anatolij (Tuvia) Bielski und seine Brüder, die aus einem Dorf in der Nähe von Nowogródek stammten; allerdings unterstand ihre Gruppe seit dem Frühjahr 1943 dem Oberkommando von Černyšev und wurde von diesem unterstützt (Dok. 276). Mehrmals versuchte Bielski, Gettoinsassen zur Flucht zu motivieren, und ließ nach jüdischen Flüchtlingen Ausschau halten. Auf diese Weise wuchs seine Gruppe bis Kriegsende auf mehr als 1200 Menschen an – die meisten davon waren Frauen, Kinder oder alte Leute. Das Bielski-Lager im Naliboki-Wald glich schließlich einer Kleinstadt mit Werkstätten, einer Krankenstation, Schulen und einer Synagoge. Trotz dieser beeindruckenden Infrastruktur und der Unterstützung durch sowjetische Partisanen blieb das Leben im Wald eine Strapaze. Die Menschen mussten in stickigen Erdhöhlen leben, hatten kaum Möglichkeit sich zu waschen und litten unter Hautkrankheiten,

russia, 1941–1944, in: Holocaust and Genocide Studies, 11 (1997), H. 3, S. 301–329; Ster Elisavetskij, Evrei Ukrainy v antinacistskom Soprotivlenii, in: Vestnik Evrejskogo Universiteta v Moskve (1995), H. 2 (9), S. 93–103; Moshe Kalchheim (Hrsg.), Be-komah zekufah. 1939–1945: Perakim betoldat ha-lehimah ha-partizanit be-ya'rot Narots' [Mit stolzer Haltung. 1939–1945: Kapitel aus der Geschichte des jüdischen Widerstands in den Naroch-Wäldern], Tel Aviv 1991; Bogdan Musial (Hrsg.), Sowjetische Partisanen in Weißrussland. Innenansichten aus dem Gebiet Baranoviči 1941–1944, München 2004, S. 183–220; Shmuel Spector, Jews in the Resistance and Partisan Movements in the Soviet Ukraine, in: Yad Vashem Studies, 23 (1993), S. 127–143. Zum Antisemitismus der verschiedenen Partisanengruppen siehe: Leonid Smilovitsky, Antisemitism in the Soviet Partisan Movement, 1941–1944. The Case of Belorussia, in: Holocaust and Genocide Studies, 20 (2006), H. 2, S. 207–234.

146 Finkelštjen, Massovoe uničtoženie evreev Podolii (wie Anm. 60), S. 64 f.

147 Siehe dazu die Erinnerungen des Kommandeurs einer dieser Einheiten, der im September 1942 kurz vor der Auflösung des Gettos im ukrainischen Korec in die Wälder geflohen war: Moshe Gildenman, Oyfn veg tsum zig, Paris 1946.

148 Bauer, Death of the Shtetl (wie Anm. 110), S. 130 f.

Rheumatismus und Läusen. Im Winter 1943/44 erkrankten zudem mehr als 100 Personen im Bielski-Lager an Typhus und mussten unter Quarantäne gestellt werden.[149]
Die meisten jüdischen Flüchtlinge mussten hingegen unter noch sehr viel schwierigeren Bedingungen leben. Yitzhak Arad, der 1943 als Siebzehnjähriger zu den Partisanen geflohen war, schildert in seinen Erinnerungen, wie er mit seiner Einheit im Herbst dieses Jahres im nördlichen Weißrussland auf ein kleines Lager traf, in dem sich sechs jüdische Familien aufhielten. Ursprünglich, so erfuhr er von ihnen, waren es 15 gewesen – die anderen waren verhungert, an Krankheiten verstorben oder erschossen worden. Die Überlebenden machten einen erbärmlichen Eindruck: „Ihre Kleider waren zerschlissen und voller Flicken, die Kinder liefen in Lumpen herum und hatten sich Stoffstreifen um die Füße gewickelt." Die Gruppe verfügte nur über zwei Waffen: ein Gewehr und einen Revolver.[150]

Die Reaktion der nichtjüdischen Bevölkerung auf die Judenverfolgung

Die Haltung der nichtjüdischen Bevölkerung angesichts der deutschen Politik gegenüber den Juden war widersprüchlich und lässt sich schon aufgrund der schwierigen Quellenlage sowie der methodischen Problematik kaum angemessen einschätzen: Häufig kann man lediglich auf Lage- und Stimmungsberichte deutscher Beamter zurückgreifen, um sich einer Antwort auf diese Frage zu nähern (Dok. 221). Einerseits ist unstrittig, dass insbesondere in den westlichen Gebieten des Generalkommissariats Weißruthenien und des Reichskommissariats Ukraine ein traditionell starker Antisemitismus verbreitet war. Juden schlug nach dem Einmarsch der Deutschen sogar von Kindern offene Feindschaft entgegen. Einer der Bielski-Brüder erinnerte sich beispielsweise, wie ihn ein polnischer Junge im Herbst 1941 auf der Straße angeschrien habe, als „dreckiger Jude" dürfe er den Gehsteig nicht benutzen, und der Judenrat in Pinsk wandte sich damals an die Stadtverwaltung, weil polnische Schüler regelmäßig Fenster im Getto einwarfen sowie jüdische Frauen und Kinder verprügelten (Dok. 24).[151] Andererseits finden sich in den Akten auch Eingaben nichtjüdischer Einheimischer für ihre jüdischen Bekannten (Dok. 2), und selbst wo die Bevölkerung gegenüber den Juden distanziert war, mussten die Besatzer feststellen, dass kaum jemand von sich aus gewaltsam gegen Juden vorging. Polnische und ukrainische Nationalisten hatten in den besetzten sowjetischen Gebieten zwar in den ersten Kriegswochen eine Reihe antijüdischer Pogrome verübt (die meisten führten die Milizen der OUN durch), doch ging selbst hierbei die Initiative zumeist von Angehörigen der deutschen Sicherheitspolizei aus.[152]

149 Nechama Tec, Ich wollte retten. Die unglaubliche Geschichte der Bielski-Partisanen, Berlin 2002; Moshe Beirach, Aus dem Ghetto in die Wälder. Bericht eines jüdischen Partisanen 1939–1945, Frankfurt a. M. 2009; Jack Kagan, Freiheit, Krieg und Rache. Überleben bei den jüdischen Partisanen, Berlin 2012. Zu den Familienlagern siehe auch: Yitzak Arad, Jewish Family Camps in the Forests. An Original Mean of Rescue, in: Yisrael Gutman/Efraim Zuroff (Hrsg.), Rescue Attempts during the Holocaust, Jerusalem 1977, S. 333–353; Smilovickij, Evrejskie semejnye (wie Anm. 117); Levine, Fugitives in the Forest (wie Anm. 130), S. 237–266.

150 Yitzhak Arad, Partisan. From the Valley of Death to Mount Zion, New York 1979, S. 118 f.

151 Tec, Defiance (wie Anm. 125), S. 38.

152 Siehe Einleitung zu VEJ 7, S. 30 f., und VEJ 7/32. Zur Haltung der OUN bzw. der UPA gegenüber den Juden siehe: Franziska Bruder, „Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!" Die Orga-

Ohne die Mitwirkung lokaler Kräfte hätten die deutschen Besatzer die Verfolgung der Juden freilich nicht oder nicht so rasch in Gang setzen können. Dies betraf zunächst die alltägliche Diskriminierung und Entrechtung. Mögen die antijüdischen Anordnungen und Befehle auch letztlich von den Deutschen ausgegangen sein, ausgeführt oder weitergegeben wurden sie meist von einheimischen Bürgermeistern, Verwaltungsangestellten und Schutzmännern: Sie verboten etwa, Juden weiterhin als „Bürger" anzusprechen (Dok. 30), schränkten ihre Bewegungsfreiheit ein (Dok 17), wirkten an der Einrichtung von Gettos mit (Dok. 39, 84) und verkauften jüdisches Eigentum (Dok. 42).[153] SS und Polizei hatten nicht einmal genug Personal, um die gewaltigen Mordaktionen alleine durchzuführen, daher banden sie auch bei diesen Verbrechen zahlreiche Ortsansässige ein. In erster Linie waren dies die Hilfspolizisten, welche die Juden zusammentrieben, zum Exekutionsplatz eskortierten, dort bewachten oder gar selbst erschossen (Dok. 199, 214) und anschließend die geräumten Gettos noch wochenlang nach versteckten Juden durchsuchten (Dok. 189). Daneben wurden aber auch zahlreiche Zivilisten eingespannt. Diese hoben die Gruben aus, steuerten die Lastwagen, mit denen die Juden zu den Mordstätten transportiert wurden, oder sammelten die Leichen der Juden ein, die im Getto erschossen worden waren (Dok. 168, 212). „Ich musste auch für die Deutschen arbeiten: die Gruben mit Kalk füllen, wir haben den Kalk unter das Blut gemengt", erinnerte sich der Schäfer Tymofej Rydsvanjuk noch Jahrzehnte später an seinen Einsatz im Dorf Bachów, wo deutsche Sicherheitspolizisten Anfang Juni 1942 etwa 9000 Juden aus Kowel erschossen hatten.[154]

Spätestens unter dem Eindruck derartiger Gettoauflösungen wandelte sich bei den meisten die Einstellung zur deutschen Politik gegenüber den Juden. Deren Entrechtung und Isolierung in Gettos war häufig begrüßt worden, der Massenmord hingegen wurde abgelehnt. Die ukrainischen, weißrussischen und polnischen Beteiligten der Massenmorde waren daher fast durchweg dienst- oder zwangsverpflichtet. Einige Monate nach Beginn der systematischen Erschießungen meldete ein weißrussischer V-Mann aus Minsk: „Die Juden werden allgemein bemitleidet und bedauert und die Deutschen als Barbaren und Judenhenker angesehen, da der Jude ebenso ein Mensch ist wie der Weißruthene."[155]

Zu bedenken ist allerdings, dass der Massenmord an den Juden für viele Polen, Ukrainer und Weißrussen durch andere Massenverbrechen der deutschen Besatzer in den

nisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929–1948, Berlin 2007, S. 162–170, 217–223; Aleksandr Djukov, Vtorostepenij vrag. OUN, UPA i rešenie „Evrejskogo voprosa", Moskva 2008; Ahron Weiss, The Attitude of the Ukrainian Nationalist Groups Towards Jews During the Second World War, in: David Bankier/Israel Gutman (Hrsg.), Nazi Europe and the Final Solution, Jerusalem 2003, S. 265–275. Zur Frage der „Kollaboration" siehe Dean, Collaboration in the Holocaust (wie Anm. 38); Emanuil G. Ioffe, K voprosu o kollaboracionizme v Belarusi v 1941–1944 gg, in: Evrei Belarusi. Istorija i kultura, 3/4 (1998), S. 164–180; Valentyna O. Sajkan, Kolaboracionizm na terytoriï rejchkomisariatu „Ukraïna" ta vijs'kovoï zony v period Druhoï svitovoï vijny, Kryvyj Rih 2005.

153 Markus Eikel, Sposobstvuja provedeniju Cholokosta. Organy mestnogo upravlenija v okkupirovannoj nemcami central'noj i vostočnoj Ukraine (1941–1944), in: Golokost i Sučasnist', 1 (5) (2009), S. 9–26; „Leonid Rein, Local Collaboration in the Execution of the Final Solution" in Nazi-Occupied Belorussia, in: Holocaust and Genocide Studies, 20 (2006), H. 3, S. 381–409.

154 Zit. nach: Patrick Desbois, Der vergessene Holocaust. Die Ermordung der ukrainischen Juden – eine Spurensuche, Berlin 2009, S. 196.

155 Stimmungsbericht aus Weißruthenien, ungez., o. D., vor dem 22. 8. 1942; YIVO, Occ E 3a-14.

Hintergrund rückte. So starben etwa, als SS und Polizei im Sommer und Herbst 1941 begannen, ganze jüdische Gemeinden auszulöschen, in den riesigen Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht zeitgleich Hunderttausende Rotarmisten an Hunger, Krankheiten und Kälte. Viele der frühen Auffanglager befanden sich innerhalb oder in unmittelbarer Nähe der Städte, das Sterben vollzog sich somit vor aller Augen (Dok. 59, 90, 156, 187). Die Kiewerin Irina A. Chorošunova, die in ihrem Tagebuch Anfang Oktober 1941 gerade erst die Nachricht über den Massenmord an mehr als 30 000 Juden in Babij Jar festgehalten hatte, notierte wenige Tage später, was sie über das Schicksal der Kriegsgefangenen erfahren konnte: „Man sagt, dass sie auch jetzt, während der eisigen Nächte, im Freien bleiben. Sie stehen, dicht aneinandergedrängt, wiegen sich hin und her, um sich aufzuwärmen, und heulen. Von diesem Heulen verlieren die Menschen, die in der Nähe des Lagers wohnen, den Verstand. Morgens werden Hunderte Tote aus dem Lager getragen."[156] Bis Anfang Februar 1942 kamen insgesamt mehr als zwei Millionen Rotarmisten in deutschem Gewahrsam um.[157]

Parallel zum Beginn der zweiten Mordkampagne im Frühjahr 1942 wurden aus den besetzten Ostgebieten zudem massenhaft Arbeitskräfte ins Reich abtransportiert (Dok. 104). Anfangs als „Anwerbung" geplant, ging man mangels Freiwilliger bald meist mit brutalem Zwang vor. Wer vor den Greifern floh, dem brannten die deutschen Gendarmen häufig Haus und Hof nieder. Einheimische Hilfspolizisten zogen durch die Ortschaften, um Arbeitskräfte einzufangen, und wenn sie keine fanden, setzten sie die Eltern als Geiseln fest. „Man fängt jetzt Menschen", bemerkte ein Briefschreiber aus einem ukrainischen Dorf dazu, „wie die Schinder früher Hunde gefangen haben." Allein bis Ende 1942 verschleppten die Deutschen aus den besetzten Ostgebieten anderthalb Millionen Arbeitskräfte.[158] In diesem Jahr setzten auch die erwähnten sogenannten Großunternehmen gegen Partisanen ein. Mit Blick auf die Gesamtopferzahlen des sogenannten Bandenkampfs ist festzustellen, dass der Mord an den Juden in diesem Zusammenhang nur ein grausamer Nebenaspekt war. Da die meisten Gettos inzwischen aufgelöst und ihre Insassen getötet worden waren, richtete sich die Gewalt der deutschen Polizeiverbände in erster Linie gegen die nichtjüdische Landbevölkerung: Auf dem Gebiet des heutigen Weißrussland starben bei diesen Einsätzen, in deren Verlauf mehr als 600 Dörfer ausgelöscht wurden, rund 14 000 Juden – und weit mehr als 130 000 nichtjüdische „Bandenverdächtige".[159] Franz Burat, Gebietskommissar in Brest-Litowsk, hielt einige Wochen nach der Auslöschung des örtlichen Gettos im November 1942 fest: „Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung im Gebiet hat sich auf Grund verschiedener Polizeiaktionen ziemlich verschlechtert. Die Polizeiaktionen hatten den Auftrag, unlautere Ele-

156 VEJ 7/94.

157 Zu den sowjetischen Kriegsgefangenen siehe VEJ 7/72, 94; Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 2), S. 788–859; Dieter Pohl, Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2008, S. 183–242; Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978, S. 79, 128–190; Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1986, S. 132–136.

158 Zu den „Ostarbeitern" siehe Herbert, Fremdarbeiter (wie Anm. 157), S. 157–161, 255–258, Zitat: S. 160.

159 Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (wie Anm. 44), S. 401 f.; Curilla, Die deutsche Ordnungspolizei (wie Anm. 36), S. 742.

mente, die sich aus der Sowjetzeit noch im Gebiet befanden, unschädlich zu machen. Deshalb konnte nicht vermieden werden, daß ganze Dörfer vom Erdboden verschwanden. Hinzu kommt noch, daß in der gleichen Zeit die Aktion gegen die Juden im ganzen Gebiet Brest durchgeführt wurde. Die Bevölkerung ist sehr aufgeschreckt; wenn ein Pkw oder Lkw durch eine Ortschaft fährt, rennt alles ängstlich durcheinander und nimmt scheinbar an, daß neue Aktionen im Gange sind."[160]

Die Wahrnehmung des Judenmords durch die Einheimischen wurde auch durch ihre eigene materielle Notlage beeinflusst, die sich im Laufe des Krieges immer weiter verschärfte. Selbst wenn die meisten dieses Verbrechen verurteilten, so wollten viele doch von den Besitztümern der verfolgten Juden profitieren. In zahlreichen Eingaben an die örtliche Verwaltung baten Einheimische um Kleidung, Werkzeuge oder Wohnungen der Ermordeten, und die Besatzungsbeamten reagierten darauf, indem sie einen Teil der Beute für wenig Geld an die Bevölkerung verkauften (Dok. 62, 230).[161] „Heute wurde ein Textilverkauf für die Arbeiter eröffnet", notierte etwa der Schüler Roman Kravčenko zwei Monate nach Auslöschung des Gettos in Krzemieniec in sein Tagebuch, „verkauft wird die Kleidung der getöteten Juden. Und es gibt tatsächlich Leute, die das kaufen! Und sogar sehr viele: Die Leute stehen Schlange dafür! Aus diesem Grunde hat heute niemand in der Fabrik gearbeitet – alle haben angestanden" (Dok. 205). In mehreren Fällen gab man die Gettos nach der Ermordung ihrer Insassen offensichtlich auch inoffiziell zur Plünderung frei, etwa in Pinsk oder in Żołudek, wo die achtzehnjährige Pessia Lewit aus ihrem Versteck heraus beobachtete, wie einige Tage nach der Gettoräumung Bauern aus den umliegenden Dörfern mit Äxten und Schaufeln anrückten, um die vermeintlichen Schätze der Juden aufzuspüren.[162]

Der Leiter der Treuhandverwaltung beim Gebietskommissar in Glebokie, Paul Koppenwallner, lehnte es hingegen gerade wegen der zu erwartenden großen Nachfrage von vornherein ab, die „Judenhabe" an die Einheimischen zu veräußern – die Bevölkerung sei „auf den alten jüdischen Kram so versessen, daß auch ein Verkauf örtlichen Charakters unter Aufbietung aller zur Verfügung stehenden deutschen Kräfte niemals in geordneten Bahnen zu halten wäre" (Dok. 127). Auch der Generalkommissar für Wolhynien-Podolien konstatierte im November 1942 empört, ein großer Teil der Ukrainer habe die „Judenumsiedlung […] dazu benutzt, sich in schamloser Weise zu bereichern. Es fehlt die Achtung vor fremdem Eigentum, auf der anderen Seite ist kein Verständnis für die Gründe der Durchführung der Judenumsiedlung" (Dok. 217) – eine bemerkenswerte Feststellung angesichts der Tatsache, dass sich die deutschen Besatzer stets zuerst am Eigentum der Ermordeten bedienten und ein eifriger Judenmörder wie der Höhere SS- und Polizeiführer Russland-Nord Friedrich Jeckeln Stunden damit verbrachte, die Schmuckstücke seiner Opfer auf seinem Schreibtisch zu sortieren.[163] Zudem schürte die Propaganda im deutschen Auftrag nach Kräften den Neid auf den Besitz der angeblich wohlhabenden und ausbeuterischen Juden, um den Antisemitismus in der Bevölkerung

160 Beitrag zum Monatsbericht für die Zeit 1.–31. 10. 1942 des Gebietskommissars von Brest-Litowsk (Abt. II), ungez., o. D. (November 1942); BArch, R 94/7.

161 Alexander Brakel, Unter Rotem Stern und Hakenkreuz: Baranowicze 1939 bis 1944. Das westliche Weißrussland unter sowjetischer und deutscher Besatzung, Paderborn 2009, S. 115.

162 Levine, Fugitives of the Forest (wie Anm. 130), S. 105.

163 Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (wie Anm. 44), S. 379.

zu verstärken. Insbesondere die schon vor Kriegsbeginn große Wohnungsnot bot sich hierfür an, wie ein Artikel aus der ukrainischen Zeitung „Novoe Slovo" vom Herbst 1942 über Kiew verdeutlicht. Der Autor pries kaum verhüllt die positiven Effekte des Judenmords: „Als ich den Hausmeister unseres Hauses gefragt habe, ob es für ihn mit den Bewohnern nun einfacher geworden sei, antwortete er: ‚Ja, natürlich, es ist einfacher geworden. Früher war man zusammengepfropft wie Heringe im Fass, tja, und jetzt ist es einfacher geworden, wo die Juden ein bisschen Platz gemacht haben …' Mir gefiel der Ausdruck ‚Platz gemacht haben'" (Dok. 204).[164]

Denunziationen und Hilfsbereitschaft

Das Verhalten der Menschen in den besetzten Ostgebieten gegenüber den Juden blieb auch nach Abschluss der großen Mordaktionen uneinheitlich. Einerseits finden sich zahlreiche Belege für Denunziationen (Dok. 4, 140, 197, 213, 232, 281), und der ehemalige Chef der Sipo in Kiew, Dr. Hans Schumacher, berichtete nach Kriegsende sogar, seine Beamten hätten die vielen Anzeigen gar nicht mehr alle bearbeiten können. Hinweise auf Denunziationen finden sich auch unter den Inschriften in der Großen Synagoge von Kowel. Die Sicherheitspolizei hatte in dem Gebäude ein provisorisches Sammellager eingerichtet, in dem sie alle Personen festhielt, denen bei der Auflösung des Gettos am 19. August 1942 die Flucht gelungen war und die nun ihren Mördern ausgeliefert wurden. „Wir sterben keines natürlichen Todes, sondern durch die Hand der Barbaren. Bis zum 6. 9. 1942 haben wir uns gerettet, weiter konnten wir nicht mehr, denn man hat uns verraten. Rächt unseren Tod. Betet für uns", kratzten zwei Schwestern, 18 und 20 Jahre alt, in den Putz und fügten hinzu: „Lebt wohl. Von den Eltern wissen wir nichts" (Dok. 183). Manche Juden, die sich mit gefälschten Papieren zunächst der Verfolgung entziehen konnten, wurden von Nachbarn verraten, die sich damit bei Behörden beliebt zu machen suchten oder auf die von den Deutschen vielerorts ausgelobte Belohnung setzten (Dok. 203, 273). Zuweilen scheinen auch Personen fälschlicherweise als Juden denunziert worden zu sein, um auf diesem Weg unliebsame Konkurrenten aus dem Weg zu räumen (Dok. 59, 261).[165]

Andererseits gab es aber auch viele Menschen, die Juden halfen oder sie versteckten, obwohl dies lebensgefährlich war.[166] Ein Aushang des Gebietskommissars in Berditschew von Ende 1942 verbot explizit, Juden aufzunehmen, und drohte an, dass bei Zuwiderhandlung „die ganze Familie, die sie ohne Erlaubnis beherbergt hat, mit dem Tod

164 Zum Einsatz der Propaganda beim Judenmord siehe: Babette Quinkert, Propaganda und Terror in Weißrussland 1941–1944. Die deutsche „geistige Kriegführung" gegen Zivilbevölkerung und Partisanen, Paderborn 2009, S. 178–183.

165 Minskij jad. Vospominanija pedagoga Sof'i Ozerskoj, in: Arad (Hrsg.), Neizvestnaja chernaja kniga (wie Anm. 124), S. 246–250.

166 Ilja A. Al'tman/Alla E. Gerber/David I. Poltorak (Hrsg.), Kniga pravednikov, Moskva 2005; Viktar F. Balakirau/Kuz'ma I. Kozak (Hrsg.), Pravedniki narodov mira: Živye svidetel'stva Belarusi. Sbornik statej i materialov, Minsk 2009; Sergej F. Dreveckij (Hrsg.), I celyj mir spasti …, Kiev 2003; Il'ja Levitas, Pravedniki Baj'ego Jara, Kiev 2001; Frank Golczewski, Die Revision eines Klischees. Die Rettung von verfolgten Juden im Zweiten Weltkrieg durch Ukrainer, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit, Berlin 1998, Bd. 2, S. 9–82.

bestraft wird".[167] Derlei Verbote bestanden schon längere Zeit – und die angedrohten Strafen wurden auch vollstreckt. Nur wenige Wochen zuvor hatte etwa das „Jagdkommando" des Polizeiregiments 15 gemeldet, es habe bei der „Entjudung" des ukrainischen Dorfes Samary neben 74 Juden auch eine „ukrainische Familie – 1 Mann, 2 Frauen u. 3 Kinder – die eine Jüdin bei sich beherbergte und mit dieser zusammenlebte, […] ebenfalls erschossen" (Dok. 216).

Nach der Niederlage der Wehrmacht bei Stalingrad zur Jahreswende 1942/43 und dem Vorrücken der Roten Armee bestand erstmals die Aussicht auf ein baldiges Ende der deutschen Besatzung. Einem Bericht der Jewish Telegraphic Agency vom Februar 1943 zufolge, die sich dabei auf Meldungen sowjetischer Partisanen stützte, erhöhte die militärische Wende trotz der weiterhin bestehenden Gefahr die Bereitschaft, Juden zu verstecken.[168]

Bis dahin wagten es viele Hilfsbereite bestenfalls, flüchtige Juden für kurze Zeit aufzunehmen oder ihnen Lebensmittel zu geben. Die Grenzen zwischen Hilfsbereitschaft und Ausnutzung der Notlage der Juden waren dabei häufig fließend. „Unser Herbergsvater trank den ganzen Tag weiter und zeigte allen die Geschenke, die wir ihm dafür gegeben hatten, dass wir bei ihm sein durften", notierte der kurz zuvor aus dem weißrussischen Miory entflohene Izaak Aron im Juli 1942 in sein Tagebuch. „Er konnte sich nicht beherrschen. Eine große Dummheit von ihm. Nun beneiden ihn alle Bauern und wollen wissen, wie man an solche Sachen kommt" (Dok. 125). In Wolhynien waren es vor allem Polen, die jüdische Flüchtlinge für längere Zeit bei sich aufnahmen. So fand etwa Gershon Shteynkruk aus Kowel mit Frau und zwei Kindern bei der siebenundsechzigjährigen Aleksandra Cyrkowa Zuflucht, die unweit der Stadt einsam in einem Haus im Wald lebte (Dok. 291), Jan Wierzbicki und seine Familie versteckten 17 Monate lang zwölf Juden, die aus Dubno geflohen waren (Dok. 283).

In Minsk hingegen bestanden schon seit Anfang 1942 enge Kontakte zwischen dem Getto-Untergrund und der kommunistischen Widerstandsbewegung in der Stadt; hier entwickelte sich auch die vermutlich umfangreichste Rettungsaktion in den besetzten Ostgebieten, deren Ziel es war, so viele jüdische Kinder wie möglich aus dem Getto zu schleusen. Dazu wurden sie von jüdischer Seite zu einem verabredeten Zeitpunkt an den Gettozaun gebracht und unmittelbar, nachdem sie unter diesem hindurchgeschlüpft waren, auf der „arischen" Seite von Helfern in Empfang genommen. Mit neuen Kleidern ausgestattet, brachte sie anschließend der Leiter der Fürsorgeabteilung der Stadtverwaltung Minsk, Vasilij S. Orlov, in solchen Waisenhäusern unter, von deren Direktoren er wusste, dass sie jüdische Kinder retten wollten. Andere wurden unter dem Vorwand in Kinderheime eingeliefert, es handele sich um russische Kinder, deren Papiere verloren gegangen seien (Dok. 220). Die Besatzer schickten allerdings eine Kommission in die einzelnen Einrichtungen, um die Kinder zu untersuchen; beschnittene Jungen und alle weiteren Kinder, die man für Juden hielt, wurden ausgesondert und getötet (Dok. 220).

167 Aushang des Gebietskommissars Berditschews, ungez., o. D. (nach dem 24. 12. 1942), Abdruck als Faksimile in: Lower, Nazi Empire-Building (wie Anm. 24), S. 135. Zur Verfolgung der Juden in dieser Stadt siehe: Ster Elisavetskij, Berdičevskaja Tragedija. Dokumental'noe povestvovanie. Očevidcy svidetel'stvujut, Kiev 1991; Michaela Christ, Die Dynamik des Tötens. Die Ermordung der Juden von Berditschew, Frankfurt a. M. 2011.

168 Ukrainians Saving Jews from Extermination by Retreating Nazi Armies, JTA vom 19. 2. 1943.

Dieser Gefahr entgingen jene Schützlinge, die die Untergrundgruppen dezentral in weißrussischen Familien unterbrachte. Insgesamt sind mit Hilfe des weißrussischen Widerstands Dutzende, möglicherweise aber auch deutlich mehr Kinder gerettet worden. Genauere Zahlen liegen nicht vor, weil alle Geretteten eine neue Identität erhalten mussten.[169]

Die Vertreter der Kirchen beteiligten sich in den besetzten Ostgebieten kaum am Widerstand gegen die Judenverfolgung. Während in Lemberg der Metropolit der griechisch-katholischen Kirche, Andrej Šeptyc'kyj, die antijüdischen Verbrechen im Generalgouvernement und den besetzten Ostgebieten sowohl intern als auch öffentlich kritisierte,[170] stimmten die Oberhäupter der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche und der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats in die antisemitische Propaganda der Besatzer ein. So erklärte der autokephale Erzbischof Polikarp mehrfach seine Feindschaft gegenüber dem „Moskowitisch-Jüdischen Kommunismus" (Dok. 247), und Bischof Panteleimon Rudyk nahm einen sowjetischen Luftangriff auf Kiew im Mai 1943 zum Anlass, über die Juden als „Söhne des Teufels" herzuziehen, die den Boden der Ukraine mit dem Blut von Millionen Unschuldiger getränkt hätten.[171]

In Ostróg allerdings soll sich im Herbst 1941 eine gemeinsame Delegation von ukrainisch-autokephalen und russisch-orthodoxen Geistlichen bei den deutschen Behörden – freilich vergeblich – zugunsten der Juden ausgesprochen haben (Dok. 211). Zudem gab es sowohl katholische als auch orthodoxe Priester, die auf eigene Faust verfolgten Juden halfen, und zwar offensichtlich vornehmlich, indem sie Identitätsnachweise fälschten. So berichtete ein Flüchtling aus Kostopol im Sommer 1942, im Getto habe ein polnischer Geistlicher gelebt, den die Deutschen dort eingesperrt hätten, weil er Juden gefälschte Taufscheine ausgestellt habe. Er wurde dem Bericht zufolge am Tag vor der Liquidierung des Gettos herausgeholt, sein weiteres Schicksal ist unbekannt (Dok. 22). In Krzemieniec soll ein Priester Juden mit den Geburtsurkunden verstorbener Nicht-Juden versorgt haben (Dok. 285).

Das Wissen um den Mord an den sowjetischen Juden im Reichsgebiet, im Ausland und in der Sowjetunion

Außerhalb der besetzten Ostgebiete blieben die Nachrichten über die Verfolgung und Ermordung der dort lebenden Juden bruchstückhaft. Zuweilen brachten deutsche Zeitungen Artikel, in denen dieses Thema gestreift und zugleich verharmlost wurde. So berichtete etwa der Reporter der „Berliner Börsenzeitung" im Sommer 1942 aus Brest von den positiven Auswirkungen der Gettoisierung und den Kolonnen jüdischer Zwangsarbeiter, die abends „laut schwatzend" aus der Stadt in das Getto zurückkehrten

169 Epstein, Minsk Ghetto (wie Anm. 102), S. 172–180; Smilovickij, Evrejskie semejnye (wie Anm. 117), S. 150–163 (auch über die Rettung von Kindern in anderen weißruss. Städten); Galina D. Knatko, Gibel Minskovo Geto/Annihilation of Minsk Getto, Minsk 1999, S. 42 f.; Anna Gurevič, Sud'by evrejskich detej v gody okkupacii, in: Evrei Belarusi. Istorija i kultura, 2 (1998), S. 119–125.

170 Szeptycki informierte den Papst im März 1942 über die Massenmorde an Juden in der Ukraine; siehe VEJ 9/55.

171 Zu Polikarp Sikorsky und Panteleimon Rudyk siehe Berkhoff, Harvest of Despair (wie Anm. 29), S. 83–85.

(Dok. 137). Vielfach trugen deutsche Soldaten ihre Beobachtungen nach Hause; Besuche in den Gettos gehörten für sie auf der Fahrt zu ihrem Einsatzort ebenso zum touristischen Standardprogramm wie die Besichtigung örtlicher Baudenkmäler (Dok. 13, 51). Von den Massenerschießungen der Juden während der Auflösung der Gettos vom Frühjahr 1942 an erfuhren Wehrmachtsangehörige ebenso rasch wie von den Massakern der ersten Mordkampagne während des Vormarsches im Jahr zuvor – teils aus eigener Anschauung, teils durch Gespräche mit Kameraden (Dok. 66, 292). Auch den Soldaten der verbündeten Staaten blieben die antijüdischen Verbrechen nicht verborgen – angefangen von der Exekution einzelner Juden wegen angeblicher „Hetze" (Dok. 71) bis hin zur Auslöschung ganzer Gemeinden. General Jenö Bor etwa, Kommandeur einer Einheit der ungarischen Besatzungstruppen in der Ukraine, wunderte sich im November 1943 bei seiner Ankunft in Pinsk, dass er dort überhaupt keine Juden antraf. Ein betrunkener SD-Mann erzählte ihm dann, die Juden seien alle auf Befehl Hitlers umgebracht worden; er selbst habe 700 Juden jeden Alters erschossen.[172]

In den Berichten der polnischen Untergrundbewegung und der mit ihr verbundenen Exilregierung in London tauchen die Verbrechen an den Juden in den besetzten Ostgebieten meist nur am Rande auf. Zwar hatten weite Teile Weißrusslands und Wolhyniens bis 1939 zur Republik Polen gehört, doch mehr als einige dürre Angaben über Opferzahlen lassen sich aus den Berichten kaum ablesen (Dok. 194).[173] Die jüdische Untergrundbewegung Polens hingegen war schon sehr frühzeitig und teilweise erstaunlich detailliert über die Vorgänge in den Ostgebieten informiert und konnte dafür teilweise auf Berichte aus erster Hand zurückgreifen, die ihren Weg bis in das Getto Warschau fanden (Dok. 22, 81, 96, 132). Der Wahrheitsgehalt der Nachrichten war allerdings kaum nachzuprüfen, und manche Meldung wurde missverstanden. Im Februar 1942 etwa berichtete Eliezer Geiler in der Zeitschrift „Słowo Młodych" der Gordonia-Jugend über einen Aufstand in Nowogródek, bei dem sich die Juden einen erbitterten Kampf mit weißrussischen Polizisten geliefert hätten, bis sie von Deutschen schließlich alle umgebracht worden seien. Diese Geschichte wurde zwar alsbald von anderen jüdischen Untergrundzeitschriften in Polen aufgegriffen und half, Aktivisten für die Widerstandsbewegung im Warschauer Getto zu rekrutieren, nur hatte es diesen Aufstand in Nowogródek nie gegeben. Umgekehrt jedoch motivierte der Gettoaufstand in Warschau vom April 1943 die letzten rund 250 Überlebenden in Nowogródek, die davon aus einer heimlich abgehörten Rundfunksendung erfahren hatten, sich zu bewaffnen und die Flucht zu wagen.[174] Doch wie ungenau und fehlerhaft manche Informationen auch gewesen sein mögen, entscheidend ist, dass die jüdische Untergrundbewegung in Polen aufgrund der Berichte aus den besetzten Ostgebieten spätestens im Frühjahr 1942 erkannte, dass der deutsche Terror gegen die Juden in eine „zweite Phase" eingetreten war – die Phase der vollständigen „Ausrottung" der Juden (Dok. 96).

Im freien Ausland waren die Nachrichten über die Verbrechen in den besetzten sowjetischen Gebieten noch spärlicher. Der britische Geheimdienst fing zwar seit Beginn des

172 Judit Pihurik, Hungarian Soldiers and Jews on the Eastern Front, 1941–1943, in: Yad Vashem Studies, 35 (2007), S. 71–102, hier: S. 80.

173 Dariusz Stola, Early News on the Holocaust from Poland, in: Holocaust and Genocide Studies, 7 (1997), H. 1, S. 1–27.

174 Bauer, Nowogródek (wie Anm. 131), S. 59.

Deutsch-Sowjetischen Kriegs den Funkverkehr der deutschen Polizeieinheiten ab und hatte auf diese Weise bereits im Spätsommer 1941 erkannt, dass die Deutschen in den Ostgebieten einen Völkermord an den Juden verübten.[175] Doch obwohl entsprechende Meldungen auch im Jahr 1942 abgefangen wurden und man in England sogar von der verzweifelten Lage jüdischer Familien wusste, die vor den Mordkommandos in die Wälder geflüchtet waren (Dok. 85, 134), wurden diese Erkenntnisse nicht veröffentlicht. Der deutsche Kriegsgegner sollte nicht wissen, dass sein Funkverkehr entschlüsselt worden war.[176] Auch aus den heimlich abgehörten Gesprächen deutscher Kriegsgefangener in alliiertem Gewahrsam ergaben sich zahlreiche Erkenntnisse zum Judenmord; teilweise tauschten sich die Offiziere über Details der Mordaktionen aus (Dok. 262, 292). Doch auch diese Unterlagen wurden erst Jahrzehnte später der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.[177] Zudem wurden die grausamen Berichte über den Judenmord zuweilen als Gräuelpropaganda eingestuft (Dok. 224).

Während über die Vorgänge in den baltischen Republiken, in Transnistrien und im Generalgouvernement teilweise detaillierte Berichte in den Westen gelangten,[178] blieben die Informationen über die Judenverfolgung im Generalkommissariat Weißruthenien und im Reichskommissariat Ukraine dort sehr vage. Als das Institute of Jewish Affairs in New York 1943 ein Buch über „Hitler's Ten-Year War on the Jews" veröffentlichte, musste es sich bei der Schilderung der Verbrechen an den sowjetischen Juden wesentlich auf Meldungen der sowjetischen Behörden verlassen – und auf die Informationen, die aus den von den Deutschen selbst publizierten Zeitungen zu gewinnen waren (Dok. 277). Auch die Jewish Telegraphic Agency stützte sich für ihre Kurzmeldungen über antijüdische Verbrechen in den Ostgebieten häufig auf entsprechende Notizen in Moskauer Zeitungen (Dok. 285). In den großen amerikanischen Zeitungen, die immerhin noch über die Massaker an den Juden in der Westukraine und in Kiew vom Sommer und Herbst 1941 berichtet hatten, war bald nur noch sporadisch etwas über die weiteren Mordaktionen in diesen Gebieten zu erfahren. In einem kurzen Text meldete etwa die „New York Times" im Juli 1942, Juden würden in „Polen und Russland" zur Zwangsarbeit eingesetzt, und viele der als „unproduktiv" eingeschätzten Menschen stürben an Unterernährung und Misshandlungen. Zu den Meldungen über Massenmorde mit mehr als 40 000 Opfern hieß es distanzierend, diese beruhten lediglich auf „Hörensagen".[179]

Die sowjetischen Behörden erhielten ihre Informationen über die Vorgänge in den besetzten Gebieten zunächst vor allem von Flüchtlingen, dann auch von Partisanen, die dort seit dem Sommer 1942 verstärkt agierten (Dok. 124, 175, 187, 235, 268). Parallel dazu

175 VEJ 7/52, 79.

176 Zu den alliierten Kenntnissen über den Judenmord in den besetzten Ostgebieten siehe: Richard Breitman, Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert, München 1999; Nicholas Terry, Conflicting Signals: British Intelligence on the „Final Solution", in: Yad Vashem Studies, 32 (2004), S. 351–396.

177 Stephen Tyas, Allied Intelligence Agencies and the Holocaust: Information Acquired from German Prisoners of War, in: Holocaust and Genocide Studies, 22 (2008), S. 1–24; Sönke Neitzel/Harald Welzer, Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, Frankfurt a. M. 2011, S. 145–166; Felix Römer, Kameraden. Die Wehrmacht von innen, München 2012, S. 404–466.

178 VEJ 9/277, VEJ 7/256.

179 Work Ability Sways Nazi Stand on Jews: Estimates Vary From 100,000 to 1,500,000, in: New York Times, 4. 7. 1942, S. 4. Zwei Berichte über die Massaker vom Sommer/Herbst 1941 sind abgedruckt

sammelten Politoffiziere der Roten Armee und Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes NKVD Belege für deutsche Verbrechen und befragten ihrerseits Zeugen und verhörten Beschuldigte (Dok. 14, 119, 167). Als sich die Deutschen von 1943 an nach Westen zurückzogen, begannen Mitarbeiter der regionalen Zweige der „Außerordentlichen Staatskommission" zur Untersuchung deutscher Kriegsverbrechen[180] bzw. der „Kommission zur Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges" sofort, in den befreiten Gebieten die Überlebende und nichtjüdische Zeugen systematisch zu befragen (Dok. 271, 14).

Bei der Lektüre dieser Zeugnisse ist stets zu bedenken, unter welchen Umständen sie entstanden sind: Die Kommissionen waren an ein starres ideologisches und politisches Mandat gebunden, und wie ihre Veröffentlichungen zu den Massengräbern polnischer Offiziere in Katyn zeigen, schreckten sie nicht vor Fälschungen zurück, wenn dies politisch opportun schien. Im Frühjahr 1940 hatten NKVD-Angehörige insgesamt 25 000 polnische Offiziere erschossen; nachdem die Wehrmacht Anfang 1943 einen Teil der Gräber aufgedeckt hatte, behauptete die sowjetische Führung aber, es handele sich um Opfer der deutschen Einsatzgruppen.

Auffällig ist etwa, dass in den Akten der regionalen Untersuchungskommissionen zuweilen Protokolle zu finden sind, die angeblich die Beobachtungen unterschiedlicher Personen wiedergeben sollen, sich aber in den Aussagen bis in einzelne Formulierungen hinein verblüffend gleichen. Auch bei vielen der hier abgedruckten Protokolle, deren Angaben sich zumindest zum Teil gegenprüfen lassen, muss immer mitbedacht werden, dass in der Regel nicht die Zeugen selbst die Feder führten, sondern die Aussagen von den Protokollanten in deren eigener Sprache festgehalten wurden. Noch problematischer sind die Verhörprotokolle ehemaliger Schutzmänner bzw. Hilfspolizisten: Die Verdächtigen wurden stundenlang und teilweise mitten in der Nacht vernommen (Dok. 201), insbesondere bei den Aussagen zur eigenen Tatbeteiligung ist somit häufig davon auszugehen, dass sie erpresst wurden. Auch hier muss also darauf geachtet werden, dass sich die Aussagen mit Hilfe anderer Quellen gegenprüfen lassen. Trotz dieser Einschränkungen bleiben diese Dokumente unerlässlich, um ein vollständiges Bild des Judenmords in den besetzten Gebieten zu erhalten, bieten sie doch die einzige Möglichkeit, die Perspektive der einheimischen Helfer zu untersuchen (Dok. 214).[181]

Über die spezifisch antijüdischen Aspekte der deutschen Kriegsverbrechen war in der Sowjetunion wenig zu erfahren. Nur selten, wie etwa in der Note des Volkskommissars

in: VEJ 7/101, 155. Zur Berichterstattung der amerikanischen Presse über den Judenmord siehe Deborah E. Lipstadt, Beyond Belief. The American Press and the Coming of the Holocaust 1933–1945, New York 1986.

180 Die vollständige offizielle Bezeichnung lautete „Außerordentliche Staatliche Kommission für die Feststellung und Untersuchung der Gräueltaten der deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihrer Komplizen, und des Schadens, den sie den Bürgern, Kolchosen, öffentlichen Organisationen, staatlichen Betrieben und Einrichtungen der UdSSR zugefügt haben".

181 Siehe dazu auch: Diana Dumitru, An Analysis of Soviet Postwar Investigation and Trial Documents and Their Relevance for Holocaust Studies, in: Michael David-Fox/Peter Holquist/Alexander M. Martin (Hrsg.), The Holocaust in the East. Local Perpetrators and Soviet Responses, Pittsburgh, Pa. 2014, S. 142–157; Niels Bo Poulsen, The Soviet Extraordinary State Commission on War Crimes: An Analysis of the Commission's Investigative Work in War and Post War Stalinist Society, København 2004; Kiril Feferman, Soviet Investigation of Nazi Crimes in the USSR: Documenting the Holocaust, in: Journal of Genocide Research, 5 (2003), S. 587–602.

des Äußeren Molotov vom 6. Januar 1942[182] und der interalliierten Erklärung vom 19. Dezember 1942, hat die sowjetische Führung die Massaker an Juden ausdrücklich als solche benannt (Dok. 229). Gegen Kriegsende bezeichnete man die Opfer in offiziellen Stellungnahmen uniform als „friedliche Sowjetbürger". Selbst als ein Sprecher von Radio Moskau im Frühjahr 1944 einschlägige deutsche Beutedokumente verlas, etwa einen Befehl zur Verbrennung der Leichen in Massengräbern, wurde mit keinem Wort erwähnt, dass die „Sonderbehandelten" überwiegend Juden waren (Dok. 282). Absurderweise war in Sendungen westlicher Rundfunkstationen zuweilen mehr über die antijüdischen Verbrechen zu erfahren als aus der sowjetischen Presse (Dok. 151). Sowohl die Berichte der Staatskommissionen als auch die des im Februar 1942 gegründeten Jüdischen Antifaschistischen Komitees wurden für die sowjetische Öffentlichkeit zensiert oder zurückgehalten.[183] Wassili Grossmans Reportage „Die Ukraine ohne Juden" etwa erhielt nach dem Willen der Kremlführung innerhalb der sowjetischen Grenzen nur eine sehr begrenzte Aufmerksamkeit: Obwohl der Schriftsteller seit dem Sommer 1941 als Kriegskorrespondent für die Militärzeitung „Krasnaja Zvezda" (Roter Stern) geschrieben hatte, durfte dieser Text Ende 1943 nur in der Zeitung „Ejnikeit" (Einigkeit) des Jüdischen Antifaschistischen Komitees erscheinen – und zwar in jiddischer Sprache. Im Gegensatz zu den inzwischen geltenden offiziellen Deutungsmustern hatte er in seiner Reportage den singulären Charakter der deutschen Verbrechen gegen die Juden klar herausgearbeitet. „In den besetzten Gebieten strafen und morden die Deutschen schon für das kleinste Vergehen", schrieb Grossman, „aber die Juden vernichteten die Deutschen allein deshalb, weil sie Juden waren."[184]

Die Dimensionen und Spezifika des Völkermords an den sowjetischen Juden

Bis zum Frühjahr 1942 hatten die deutschen Besatzer und ihre einheimischen Helfer im Verlauf der ersten Mordkampagne in den Territorien unter deutscher Militärverwaltung bereits rund 500 000 und in den unter deutscher Zivilverwaltung stehenden baltischen Republiken etwa 230 000 Juden ermordet. Nachdem das Generalkommissariat Weißruthenien gebildet und der Zivilverwaltung übergeben worden war, brachten deutsche Polizisten, SS-Männer und Wehrmachtsangehörige dort bis Ende 1941 mehr als 90 000 Juden um, hauptsächlich in den größeren Städten und in den Landkreisen östlich von Minsk. In einer zweiten Mordkampagne töteten die Besatzer im Generalkommissariat Weißruthenien vom Frühjahr bis zum Herbst 1942 und dann im Herbst 1943 bei der „Liquidierung" der letzten Gettos mindestens 145 000 Juden, im Reichskommissariat

182 Note des sowjetischen Volkskommissars des Äußeren Vjaččeslav M. Molotov, in: Pravda. Organ Central'nogo Komiteta i MK VKP(b), Nr. 7 vom 7. 1. 1942, S. 1 f.

183 Zum JAK siehe: Shimon Redlich, War, Holocaust and Stalinism. A Documented Study of the Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR, Luxembourg 1995; Gennadi V. Kostyrčenko (Hrsg.), Evrejskij Antifašistkij Komitet v SSSR 1941–1948 gg. Dokumental'naja istorija, Moskva 1996; ders., Tainaja politika Stalina. Vlast' i antisemitism, Moskva 2003, S. 236–242.

184 Wassili Grossman, Ukraine ohne Juden, in: Johannes Hürter/Jürgen Zarusky (Hrsg.), Besatzung, Kollaboration, Widerstand. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, München 2008, S. 189–200, Zitat: S. 199.

Ukraine ermordeten sie von Mai bis November die gesamte jüdische Bevölkerung, insgesamt etwa 320 000 Menschen.

Insgesamt starben nach dem 22. Juni 1941 auf dem Territorium der Weißrussischen Sowjetrepublik etwa 580 000 Juden und in der Ukrainischen Sowjetrepublik etwa 1,5 Millionen (davon 590 000 in Ostgalizien, das von August 1941 an zum Generalgouvernement gehörte). Ferner ermordeten deutsche und einheimische Täter in den baltischen Republiken insgesamt mindestens 270 000 und in den Gebieten Russlands etwa 80 000 Juden. Im rumänischen Besatzungsgebiet Transnistrien in der südwestlichen Ukraine töteten Rumänen und Deutsche neben den einheimischen ukrainischen Juden auch noch mehr als 100 000 aus Bessarabien (dem heutigen Moldawien) und der Nordbukowina deportierte Juden. Schließlich wurden rund 50 000 jüdische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam ermordet. Insgesamt töteten Deutsche, Rumänen und ihre einheimischen Helfer mindestens 2,5 Millionen Juden, die im Sommer 1941 innerhalb der damaligen sowjetischen Grenzen gelebt hatten bzw. von den Deutschen aus anderen Ländern in die von ihnen besetzten sowjetischen Gebiete deportiert worden waren. Nur rund 50 000 der beim Rückzug der Roten Armee in diesen Gebieten verbliebenen Juden erlebten das Kriegsende.[185]

Diese hohe Zahl an Opfern und die wenigen Überlebenden verweisen auf einige Spezifika des Völkermords an den sowjetischen Juden. Als die Wehrmacht am 22. Juni 1941 die Grenzen zur Sowjetunion überschritt, stieß sie unmittelbar in Gebiete vor, die einen überdurchschnittlich hohen jüdischen Bevölkerungsanteil aufwiesen. Aufgrund des schnellen deutschen Vormarschs und der anfangs chaotischen sowjetischen Evakuierung gerieten in den westlichen Gebieten der Sowjetunion besonders viele Juden in den deutschen Machtbereich. Ein Großteil der sowjetischen Juden wusste nicht, welche Gefahr von den deutschen Angreifern ausging: Seit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939 hatte die Moskauer Führung Berichte über die deutsche Judenverfolgung in der heimischen Presse unterbunden. Selbst vom Schicksal der Juden im Generalgouvernement war in der Sowjetunion daher kaum etwas bekannt. Nur vereinzelte, meist von Flüchtlingen übermittelte Meldungen drangen hinüber. Diese Berichte passten wiederum nicht mit den Erfahrungen zusammen, die die Juden dieser Region bislang mit den Deutschen gemacht hatten. Antisemitische Gewalt war dort in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts fast ausschließlich von einheimischen Nationalisten und Heerführern ausgegangen, während die deutschen Besatzer während und nach dem Ersten Weltkrieg eher als Ordnungsmacht wahrgenommen wurden. Die Pogrome im Gefolge der Russischen Revolutionen von 1905 und 1917 und im Verlauf des Russischen Bürgerkriegs sowie des Polnisch-Sowjetischen Kriegs 1919–1921 setzten somit den Referenzrahmen, anhand dessen die sowjetischen Juden vom Juni 1941 an versuchten, die neuerliche Welle der Gewalt einzuordnen. Als sie erkannten, dass die „Pogrome" der Mordkommandos von SS und Polizei weit radikaler und vor allem viel systematischer waren als alle bisher erlittenen Gewaltexzesse, war es für eine Flucht endgültig zu spät.

Andere Möglichkeiten, sich der Verfolgung zu entziehen, schieden weitgehend aus. Nur wenige nichtjüdische Nachbarn erklärten sich bereit, Juden Unterschlupf zu gewähren.

185 Arad, Holocaust in the Soviet Union (wie Anm. 2), S. 517–526; Kruglov, Ėnciklopedija Cholokosta (wie Anm. 80), S. 202–204.

Dies resultierte weniger aus dem vielerorts virulenten Antisemitismus als vielmehr aus der Schwäche der Bevölkerung, die insgesamt unter exzessiven Verfolgungsmaßnahmen der deutschen Besatzer zu leiden hatte. Im Fall von Städten wie Pinsk oder Rowno, in denen mehr als ein Drittel der Einwohnerschaft jüdischer Herkunft war, hatte die Frage nach der Hilfsbereitschaft der Nachbarn ohnehin eher theoretische Relevanz; 20 000 Menschen lassen sich in einer mittelgroßen Stadt nicht verstecken, geschweige denn heimlich mit Lebensmitteln versorgen. Aus ähnlichen Gründen schied auch die Massenflucht in die Wälder aus, aus denen manche, die diesen Versuch unternommen hatten, sogar in die Gettos zurückkehrten: Es gab außerhalb der Städte und Dörfer keine Möglichkeit, eine nennenswerte Anzahl von Menschen zu ernähren. Die polnischen und sowjetischen Partisanen lehnten schon aus diesem Grund die Aufnahme von Juden meist ab, zumal sie anfangs oftmals genug damit zu tun hatten, ihr eigenes Überleben zu sichern.

Diese äußeren Umstände benennen aber nur die Ursachen, warum es so wenigen Juden gelang, SS und Polizei zu entkommen, nicht aber, wieso die Mordkommandos in den besetzten sowjetischen Gebieten in dieser unerbittlichen Konsequenz töteten. Eine Art Resümee aus Sicht der Täter findet sich in der ersten der beiden Geheimreden, die Himmler Anfang Oktober 1943 in Posen vor 200 hohen SS-Führern hielt. Ein jeder Parteigenosse, so beklagte Himmler dort, bekenne sich vordergründig zur „Ausrottung der Juden", habe dann aber „seinen anständigen Juden", den er verschont wissen wolle. „Von allen, die so reden", fuhr er fort, „hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen."[186] Diese Massenmorde sah der Reichsführer-SS als eine besonders tapfere Tat seiner Untergebenen an. Diese Passage bezieht sich direkt auf die Ereignisse in den besetzten sowjetischen Gebieten: Himmler sprach von den Massenerschießungen, die seine Untergebenen dort durchgeführt hatten, und von den (freilich eher vereinzelten) Einwänden, wie sie etwa der Generalkommissar Wilhelm Kube geäußert hatte. Die Rede des Reichsführers-SS verweist darauf, dass im Deutsch-Sowjetischen Krieg mehrere Entwicklungen kulminierten und sich gegenseitig verstärkten, die es den Tätern ermöglichten, den antijüdischen Terror zum Völkermord an den Juden auszuweiten. Erstens erwog die nationalsozialistische Führung schon Monate vor dem Überfall weitreichende, wenngleich noch vage Pläne für eine „Endlösung der Judenfrage" auf dem Territorium der Sowjetunion. Zweitens traten mit den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD sowie den Einheiten der Waffen-SS hoch motivierte Täter auf den Plan, für die der Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus" ein zentraler Bestandteil ihrer Weltanschauung war. Und drittens bot der von Beginn an überaus brutal geführte (und aus Sicht der Wehrmachtsführung überraschend verlustreiche) Krieg gegen die Rote Armee einen Raum jenseits des mitteleuropäischen Blickfelds, in dem das schon vor dem Angriff angedachte Mordprogramm gegen weltanschauliche Feinde binnen weniger Wochen gänzlich entgrenzt wurde.

186 Rede Heinrich Himmlers vom 4. 10. 1943, Abdruck: IMT (wie Anm. 22), Bd. 29, S. 110–173, Zitat: S. 145.

Dokumentenverzeichnis

1 Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete erlässt im Sommer 1941 Richtlinien für die Judenpolitik

2 Ukrainische Bürger bitten die Stadtverwaltung von Kamjanec'-Podil's'kyj (Kamenec-Podol'skij) am 9. September 1941, zwei Juden weiterhin als Friseure arbeiten zu lassen

3 Der Generalkommissar für Wolhynien-Podolien verfügt im September 1941, dass Juden geänderte Kennzeichen tragen müssen

4 Ol'ga R. Muchortova-Pekker berichtet, wie sie Ende September 1941 in Kiew als Jüdin denunziert wurde und sich mit Hilfe gefälschter Papiere verbergen konnte

5 Fejga Ajzenberg fordert die Stadtverwaltung von Pinsk am 25. September 1941 auf, ihr das Pferd ihres verhafteten Sohnes auszuhändigen

6 Der Bürgermeister des Rayons Nowogródek schränkt am 26. September 1941 das Alltagsleben der Juden durch antisemitische Richtlinien ein

7 Das Ehepaar Fränkel aus Pinsk lässt sich am 30. September 1941 bescheinigen, von den Bolschewiki verfolgt worden zu sein, um der Verfolgung durch die Deutschen zu entgehen

8 Der Judenrat von Oschmiana (Oszmiana) bittet den örtlichen Stützpunktführer am 4. Oktober 1941, dem Getto mehr als drei Kühe zur Selbstverpflegung zu belassen

9 Der Wehrmachtsbefehlshaber Ukraine ordnet am 10. Oktober 1941 an, im Fall von Sabotage Geiseln festzusetzen, von denen die Hälfte Juden sein sollen

10 Der Gebietskommissar in Minsk informiert die Bürgermeister seiner Region am 17. Oktober 1941 über die neuen antijüdischen Verordnungen

11 Der Schüler Georg Mersons bittet den Gebietskommissar in Pinsk im Oktober 1941, ihm das Akkordeon eines Juden zu übergeben

12 Ein Offizier des Polizeibataillons 11 berichtet am 21. Oktober 1941 über die Erschießung von Juden und angeblichen Kommunisten im Gebiet um Minsk

13 Der Wehrmachtsoffizier Max Rohwerder erwähnt im Oktober 1941 seinen Besuch im Getto Baranowitschi (Baranowicze) und ein Gespräch über Judenerschießungen

14 Die sowjetische Gegenspionage berichtet über ehemalige ukrainische Hilfspolizisten, die im Oktober 1941 an der Ermordung von Juden mitgewirkt haben

15 Ein polnischer Dolmetscher nimmt im Herbst 1941 an der Auslöschung mehrerer Gettos im Gebiet Minsk teil

16 Die Geheime Feldpolizei in Markarov stellt örtlichen Hilfspolizisten am 26. Oktober 1941 einen Passierschein für die Begleitung festgenommener Juden aus

17 Der ukrainische Polizeichef des Rayons Volodymyr (Włodzimierz Wołyński) erlässt am 28. Oktober 1941 Verhaltensregeln und erläutert, welche Ausnahmen gegenüber Juden gelten

18 Jurij A. Novakovskij beobachtet im Herbst 1941, wie auf Befehl des Gebietskommissars in Zdolbunovo (Zdołbunów) ein Jude erhängt wird

19 Der Gebietskommissar in Sluzk (Słuck) beklagt am 30. Oktober 1941, das Polizeibataillon 11 habe seine Mordaktion im örtlichen Getto nicht mit ihm abgesprochen

20 Der Generalkommissar für Weißruthenien zeigt am 1. November 1941 einen Polizeioffizier an, der einen Teil des beim Judenmord in Słuck geraubten Goldes aufkaufen wollte

21 Der Reichskommissar Ostland gestattet jüdischen Ärzten am 3. November 1941, außerhalb des Gettos zu arbeiten, um die Ausbreitung von Epidemien zu verhindern

22 Perec Golstein hält fest, was ihm ein jüdischer Flüchtling über die ersten antijüdischen Verbrechen in Kostopol vom Sommer und Herbst 1941 berichtet hat

23 Der Generalkommissar für Weißruthenien ordnet am 14. November 1941 an, die jüdischen Handwerker und ihre Familien im Getto von Minsk in ein gesichertes Viertel einzuquartieren

24 Die jüdischen Nachbarn einer Schule in Pinsk bitten den Judenrat am 19. November 1941, gegen Übergriffe von Schülern einzuschreiten

25 Der Wehrmachtsbefehlshaber Ostland warnt am 20. November 1941, die nach Minsk deportierten deutschen Juden gefährdeten die Sicherheit

26 Der Gebietskommissar in Nowogrodek regelt am 22. November 1941, wie die Juden des Gebiets in den jeweiligen Rayonstädten ihr Vermögen abliefern müssen

27 Der Wehrmachtskommandant in Weißruthenien erläutert am 24. November 1941 die Aufgabenverteilung zwischen Wehrmacht und Polizei beim Mord an Juden und Roma

28 Hilel Margulis richtet sich im November 1941 im Getto Raduń ein und notiert die Gerüchte über Massaker an Juden in Nachbarstädten

29 Der Gebietskommissar in Berditschew (Berdičev) setzt am 27. November 1941 eine Sondersteuer für Juden fest

30 Der ukrainische Bürgermeister von Kamjanec'-Podil's'kyj (Kamenec-Podol'skij) verbietet seinen Untergebenen am 1. Dezember 1941, Juden als „Bürger" anzusprechen

31 Der Rüstungsinspekteur Ukraine schildert am 2. Dezember 1941 die Folgen des Mordes an den Juden für die Besatzungswirtschaft

32 Der Wehrmachtsoffizier Hanns H. Pilz hält im November 1941 fest, wie SS-Männer und deutsche Polizisten den Massenmord an den Juden von Rowno vorbereiten und durchführen

33 Chaim I. Lerner berichtet über die Ermordung der Juden von Rowno im November 1941 und Juli 1942

34 Der Gebietskommissar in Mozyr weist die örtliche Verwaltung am 5. Dezember 1941 an, wie mit Juden umzugehen sei

35 Ein Flüchtling aus Słonim schildert nach dem 7. Dezember 1941 Mitarbeitern des Ringelblum-Archivs, wie die deutschen Besatzer dort die Juden verfolgen und ermorden

36 Ein entlassener Milizmann aus Žitomir denunziert am 9. Dezember 1941 seine ehemaligen Vorgesetzten, weil diese Juden beschäftigten, anstatt sie zu verhaften

37 Der Leiter des Sozialamts von Dnipropetrovs'k (Dnepropetrovsk) fragt am 11. Dezember 1941 die örtliche Polizeiführung, was mit den Juden im Invalidenheim geschehen solle

38 Berthold Rudner beschreibt in seinem Tagebuch Mitte Dezember 1941 seine ersten Eindrücke vom Getto Minsk und den dortigen SS-Männern

39 Die Rayonverwaltung von Bar ordnet am 15. Dezember 1941 an, drei Gettos einzurichten

40 Ein ukrainisches Schiedsgericht in Vinnycja (Vinnica) spricht am 16. Dezember 1941 eine Frau schuldig, eine Ärztin fälschlicherweise als Jüdin denunziert zu haben

41 Nove Ukraïns'ke slovo: Artikel vom 18. Dezember 1941 über das Erfordernis, gegen Mitläufer des „jüdischen Bolschewismus" vorzugehen

42 Eine Bezirksverwaltung in Kiew regelt am 23. Dezember 1941 den Umgang mit Möbelstücken und Haushaltsgegenständen aus jüdischem Eigentum

43 Der weißrussische Bürgermeister von Minsk verkauft im Dezember 1941 beschlagnahmtes jüdisches Eigentum zugunsten der Gebietskasse

44 Die Gendarmerie in Begoml überstellt am 28. Dezember 1941 eine Gruppe jüdischer Frauen und Kinder, die aus dem Getto von Mstisch (Mstiž) geflüchtet waren

45 Der Bürgermeister von Dnipropetrovs'k (Dnepropetrovsk) beordert Ende Dezember 1941 die Juden der Stadt zur Registrierung

46 Der Gebietskommissar in Biala Cerkiew (Belaja Cerkov') lässt am 30. Dezember 1941 in einem ukrainischen Haushalt Gegenstände aus jüdischem Eigentum beschlagnahmen

47 Der Stadtkommissar in Brest-Litowsk untersagt im Dezember 1941, mit Juden Handel zu treiben

48 Berthold Rudner schreibt Ende Dezember 1941 in seinem Tagebuch über Morde an Insassen des Gettos Minsk und schildert, wie er den Jahreswechsel feiert

49 Hilel Margulis hält in seinem Tagebuch an Silvester 1941 seine Verwunderung darüber fest, dass er noch lebt

50 Der Kommandeur der Sicherheitspolizei in Minsk berichtet Anfang 1942 über die Geschichte der weißrussischen Juden und die Lage in den Gettos

51 Der Wehrmachtssoldat Paul Hohn besichtigt bei einem Stadtrundgang am 4. Januar 1942 das Getto Minsk

52 Der Stadtkommissar in Minsk protestiert am 5. Januar 1942 gegen den weiteren Transport von Juden aus dem Reichsgebiet ins örtliche Getto

53 Der Höhere SS- und Polizeiführer im Reichskommissariat Ukraine bittet die Generalkommissare am 12. Januar 1942, die Einrichtung von Gettos vorzubereiten

54 Ein Offizier des Reichssicherheitsdienstes berichtet am 12. Januar 1942 über die Ermordung der Juden in der Umgebung des neu entstehenden Führerhauptquartiers bei Vinnica

55 Litauische Nationalisten protestieren Anfang 1942 gegen den Einsatz litauischer Schutzmänner beim Judenmord und rufen zum Widerstand gegen die Deutschen auf

56 Ein Offizier des Reichssicherheitsdienstes in Vinnica dringt im Januar 1942 darauf, neben den ortsansässigen Juden auch jene im rumänischen Besatzungsgebiet zu ermorden

57 Anna I. Smetankina wird Augenzeugin mehrerer Massaker an den Juden von Cherson im Herbst und Winter 1941/42

58 Berthold Rudner schreibt im Januar 1942 über den Hunger und die hohe Sterblichkeit im Getto Minsk sowie über Tauschgeschäfte der Gettoinsassen mit Nicht-Juden

59 Der ukrainische Polizeikommandant des Rayons Dymer (Dimer) drängt am 21. Januar 1942 auf Erlaubnis, die Familie eines exekutierten Juden ausweisen zu dürfen

60 Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete erläutert im Januar 1942, dass der Kreis der Personen, die als Juden angesehen werden, im Osten möglichst weit zu fassen ist

61 Der Gebietskommissar in Slonim erläutert am 25. Januar 1942 das Vorhaben, die Juden in seinem Gebiet zusammenzufassen und schrittweise zu ermorden

62 Der Beauftragte für die Stadt Kiew verkauft einer Ukrainerin am 27. Januar 1942 das in ihrer Wohnung befindliche Mobiliar aus jüdischem Eigentum

63 Führende Beamte des Generalkommissariats Weißruthenien besprechen am 29. Januar 1942 die für den kommenden Sommer geplante antijüdische Mordkampagne

64 Himmler ordnet im Januar 1942 an, den Mord an den Juden nicht durch wirtschaftliche Erwägungen zu behindern

65 Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Kiew betont am 2. Februar 1942 die Führungsrolle seiner Untergebenen beim Judenmord

66 Der Wehrmachtssoldat Paul Hohn schildert im Januar und Februar 1942 in seinem Tagebuch, wie Gestapoangehörige die Insassen des Gettos Beresino ermorden

67 Hilel Margulis kommen am 6. Februar 1942 Gerüchte zu Ohren, dass alle Juden der Umgebung umgebracht werden sollen

68 Der Generalkommissar für Weißruthenien befiehlt am 9. Februar 1942, die jüdischen Bauarbeiter an den Durchgangsstraßen nicht verhungern zu lassen

69 Der Hauptkommissar in Baranowitsche (Baranowicze) beklagt am 10. Februar 1942, die Wehrmacht beschäftige noch immer viele Juden

70 Der ukrainische Polizeikommandant von Kiew erläutert am 25. Februar 1942 einen Erlass der Besatzungsbehörden über das Auftreten von Juden vor Gericht

71 Der italienische Offizier Francesco Zito schreibt am 25. Februar 1942 über die beiläufige Ermordung von Juden im ukrainischen Uman'

72 Die Armia Krajowa berichtet der polnischen Exilregierung im Frühjahr 1942 über Massenexekutionen von Juden in Polen, Weißrussland und der Ukraine

73 Erich Koch erläutert am 1. März 1942 die Zuständigkeitsbereiche von Polizei und SS im Reichskommissariat Ukraine

74 Der Gebietskommissar in Nowogrodek ordnet am 6. März 1942 an, alle in den Dörfern aufgegriffenen Juden in die Gebietshauptstadt bringen zu lassen

75 Der Wehrmachtsbefehlshaber Ukraine untersagt deutschen Soldaten am 9. März 1942, in jüdischen Geschäften einzukaufen

76 Hilel Margulis schildert im März 1942 in seinem Tagebuch die Stimmung im Getto Raduń

77 Das Generalkommissariat Weißruthenien meldet am 10. März 1942, dass die jüdischen Kulturgüter bei Kriegsbeginn größtenteils vernichtet worden seien

78 Der Hauptkommissar Baranowitsche (Baranowicze) erläutert dem Gebietskommissar am 12. März 1942, welche jüdischen Ärzte entlassen und ins Getto eingewiesen werden sollen

79 Der Befehlshaber der Ordnungspolizei Ukraine erwähnt in seinem Lagebericht über das Frühjahr 1942 die Vergiftung von Juden im Generalbezirk Nikolajew

80 Die Zivilverwaltung im Reichskommissariat Ostland drängt am 26. März 1942 darauf, die systematischen Massenmorde an den Juden wieder aufzunehmen

81 Abraham Lewin unterhält sich am 26. März 1942 im Warschauer Getto mit Überlebenden antijüdischer Massaker in Ostpolen

82 Shlomo und Itzchak Rabinowitz aus Swir verfassen am 28. März 1942 Abschiedsbriefe an ihre Schwestern in Palästina

83 Der Gebietskommissar in Glebokie erlässt am 1. April 1942 Regeln über den Umgang mit den Juden im Rayon Braslav

84 Die ukrainische Rayonverwaltung von Kam'janka (Kamenka) trägt dem Dorfältesten von Stepanyvka (Stepanovka) im April 1942 auf, am Ortsrand ein Getto einzurichten

85 Der britische Geheimdienst fängt am 6. April 1942 einen deutschen Funkspruch ab, in dem jüdische Familien erwähnt werden, die sich in Wäldern im Gebiet Rowno verstecken

86 Der Gebietskommissar in Uman trägt dem Bürgermeister und den Rayonchefs am 7. April 1942 auf, von den Juden eine Kopfsteuer einzutreiben

87 Der Bürgermeister von Pinsk bittet den Chef der Rayonverwaltung am 14. April 1942, die Passunterlagen der Juden an die Stadtverwaltung zu schicken

88 Berthold Rudner beobachtet im Frühjahr 1942, wie sich die Sicherheitspolizei in Minsk auf Mordaktionen an Juden und den Besuch von Heydrich vorbereitet

89 Der Arzt Vasilij Ja. Kulikov berichtet, wie die Juden von Vinnica im Dezember 1941 im Stadion selektiert und im April 1942 größtenteils erschossen wurden

90 Der Bürgermeister von Rowno verpflichtet den Judenrat am 16. April 1942, das Getto sauber zu machen

91 Das Gebietskommissariat Minsk befiehlt am 16. April 1942, alle jüdischen Kinder aus den Waisenhäusern in das Krankenhaus des Gettos Minsk abzuschieben

92 Zwei Wehrmachtssoldaten unterhalten sich in britischer Gefangenschaft über die Ermordung von Juden in Vinnica im Jahr 1942

93 Die Schutzpolizei in Melitopol weist den Bürgermeister am 18. April 1942 an, sich nicht für Juden einzusetzen

94 Der Propagandachef der Roten Armee analysiert am 25. April 1942 die antisemitische Propaganda in den von den Deutschen besetzten Gebieten

95 Lea Koziebrodzka schildert im April 1942 ihre Fahrt nach Minsk und die Lage der Juden im dortigen Getto

96 Bulletin des Oneg Schabbat: Bericht vom April 1942, der in den Massakern in Ostpolen den Beginn des Völkermords an den Juden erkennt

97 Der Bürgermeister von Rowno weist die Schutzpolizeiabteilung am 5. Mai 1942 an, den Umzug der letzten Juden ins Getto zu überwachen

98 Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete schlägt am 6. Mai 1942 vor, wie die Zuständigkeiten beim Judenmord aufgeteilt werden sollen

99 Sara Fishkin wird am 8. Mai 1942 Zeugin der Deportation von Gettoinsassen aus Rubyezhevitshi (Rubieżewicze)

100 Der Vorsitzende des Judenrats von Rowno bittet den Bürgermeister am 8. Mai 1942, die Zahl der zur sonntäglichen Zwangsarbeit verpflichteten Juden herabzusetzen

101 Irena Zadarnowska schildert im Mai 1942, wie ein deutsches Mordkommando die Juden des Gettos Żołudek tötet

102 Der Kommandeur der Sicherheitspolizei Weißruthenien erkundigt sich am 15. Mai 1942, welche jüdischen Facharbeiter bei den nächsten Massakern verschont werden sollen

103 Hilel Margulis organisiert im Mai 1942 nach seiner Flucht aus dem Getto Raduń das Überleben im Wald

104 Perec Golstein charakterisiert die Mitglieder des Judenrats im Getto von Hoshtsh (Hoszcza) und schildert seine Flucht vor dem Massaker vom Mai 1942

105 Der Lehrer Oleksandr Pavšuk erwähnt am 23. Mai 1942 in seinem Tagebuch die Erschießung der Juden von Dubno

106 SS-Unterscharführer Lipps meldet am 27. Mai 1942, dass seine Einheit im Gebiet Wilejka mehrere jüdische Gemeinden ausgelöscht hat

107 Die Hauswartin Vera U. Lupinovič berichtet über die Verhaftung und Erschießung der Juden von Dokšicy (Dokszyce) im Frühjahr 1942

108 Gendel' A. Levitan schildert, wie er im Mai 1942 das Massaker an den Juden des Dorfes Parafijanovo (Parafianów) überlebt hat

109 Der Soldat Stefan Hampel desertiert im Mai 1942, nachdem er die Ermordung der 2000 Juden von Wasiliszki beobachtet hat

110 Berthold Rudner erhält im Mai 1942 Lebensmittel von aus Wien deportierten Juden, die unmittelbar nach ihrer Ankunft in Minsk ermordet wurden

111 Der Gebietskommissar in Rowno ordnet am 3. Juni 1942 die Ablieferung sämtlichen Buntmetalls aus jüdischem Besitz an

112 Der Generalkommissar Shitomir (Žitomir) meldet am 3. Juni 1942, dass der Judenmord in seinem Bezirk fast abschlossen sei

113 Ein ukrainischer Hilfspolizist gesteht dem NKVD seine Mithilfe an der Ermordung der Juden von Kazatin im Juni 1942

114 Der Gebietskommissar in Kostopol gibt am 11. Juni 1942 den Verkauf jüdischer Gebäude frei

115 Izaak Aron flüchtet im Juni 1942 bei der Auflösung des Gettos Miory in den Wald und wird von Bauern versteckt

116 Die Reichsbahndirektion Königsberg organisiert am 15. Juni 1942 einen Sonderzug für die Deportation von 465 Juden von Königsberg nach Minsk

117 Fanja Barbakow verfasst Mitte Juni 1942 in ihrem Versteck in Druja einen Abschiedsbrief

118 Khidekel Nakhame Avseevna flüchtet im Juni 1942 vor der Massenerschießung in Sharkovshtshizne (Szarkowszczyzna)

119 Die sowjetische Spionageabwehr verhört den Chef der ukrainischen Hilfspolizei von Orynin zu seiner Teilnahme an der Ermordung von Juden im Juni 1942

120 Gendarmeriemeister Fritz Jacob berichtet am 21. Juni 1942 über seine Teilnahme an der Ermordung der Juden im Gebiet Kamenez-Podolsk (Kamenec-Podol'skij)

121 Der Stadtkommissar Dnjepropetrowsk weist die ukrainische Hilfsverwaltung am 26. Juni 1942 an, eine Exekutionsstätte am Stadtrand mit zusätzlicher Erde aufzufüllen

122 Der Theologe Johannes Pohl sucht im Juni 1942 im Hauptarchiv von Kiew nach wertvollen Hebraica- und Judaica-Beständen

123 Der Gebietskommissar in Glebokie meldet am 1. Juli 1942 die Auslöschung mehrerer Gettos sowie Widerstand und Fluchtversuche von Juden

124 Der NKVD berichtet im Juli 1942 über die Einrichtung eines Gettos und die Ermordung Tausender Juden in Minsk

125 Izaak Aron schreibt im Juli 1942 über sein Leben im Versteck bei Bauern in der Nähe von Miory

126 Der Gebietskommissar in Kasatin verpflichtet die örtlichen Verwaltungen am 6. Juli 1942, versteckte Juden zu melden

127 Der Gebietskommissar in Glebokie klagt am 10. Juli 1942 über Probleme bei der Verwertung des beschlagnahmten jüdischen Vermögens

128 Der Leiter des Gendarmerie-Postens Marchlewsk meldet am 10. Juli 1942 die Festnahme dreier Juden aus Lemberg

129 Der Generalkommissar für Weißruthenien weist die Gebietskommissare am 10. Juli 1942 an, sich von möglichst vielen der jüdischen Facharbeiter zu trennen

130 Der Kommandeur der Sicherheitspolizei in Shitomir (Žitomir) weist die Außenstelle Winniza am 11. Juli 1942 an, die jüdischen Arbeitskräfte beim Führerhauptquartier zu exekutieren

131 Perec Golstein hält fest, was ihm ein jüdischer Flüchtling aus Rowno über das dortige Massaker an Juden vom Juli 1942 berichtet hat

132 Im Warschauer Getto zeichnet die Gruppe Oneg Schabbat am 16. Juli 1942 einen Bericht über die Verfolgung und Ermordung der Juden von Kovel (Kowel) auf

133 Mordekhay Khavin und seine Frau Sima Chiszyn schreiben am 18. Juli 1942 im Getto Nyesvizh (Nieśwież) Abschiedsbriefe

134 Der britische Nachrichtendienst fängt am 24. Juli 1942 einen Funkspruch über die Ermordung von 700 Juden bei Kamenez-Podolski (Kamenec-Podol'skij) ab

135 Die Gruppe Eisenbahneinsatz Mitte der Organisation Todt beklagt sich am 24. Juli 1942 über die geplante Erschießung jüdischer Arbeitskräfte

136 Die Zentralhandelsgesellschaft Ost meldet am 24. Juli 1942, dass ihre Geschäftsstelle in Kopyl während der Bekämpfung des Gettoaufstands abgebrannt sei

137 Berliner Börsenzeitung: Artikel vom 26. Juli 1942 über das besetzte Brest-Litowsk und das jüdische Getto

138 Die ukrainische Rayonverwaltung von Kam'janka (Kamenka) trägt dem Dorfältesten und dem Polizeichef von Stepanyvka (Stepanovka) am 29. Juli 1942 auf, vier Juden zu verhaften

139 Izaak Aron genießt es Ende Juli 1942, mit jüdischen Freunden und seinem Hausherrn am Mittagstisch zu sitzen, und schildert die Suche nach Essen

140 Ein ukrainischer Rechtsanwalt aus Zdolbunov (Zdołbunów) berichtet, wie er und seine jüdische Sekretärin im Juli 1942 verhaftet wurden

141 Der Generalkommissar für Weißruthenien wendet sich am 31. Juli 1942 gegen weitere Deportationen von Juden nach Minsk

142 Der Leiter der Gruppe Arlt berichtet am 3. August 1942 über die Ermordung der Juden im Getto von Słonim und die Erschießung von Juden in Minsk

143 Der Chef der Sicherheitspolizei in Kamenez-Podolsk (Kamenec-Podol'skij) meldet am 6. August 1942 die Ermordung von Juden in mehreren Kleinstädten des Gebiets

144 Der Leiter eines Sägewerks in Mikaševiči (Mikaszewicze) bittet am 6. August 1942, einer dort arbeitenden jüdischen Ärztin ihre Instrumente zurückzugeben

145 Der OUN-Leiter im Gebiet Kam'janec'-Podil's'kyj (Kamenec-Podol'skij) erwähnt in seinem Lagebericht vom 6. August 1942 die beinahe vollständige Ermordung der Juden

146 Der Kommandeur der Ordnungspolizei in Weißruthenien warnt die Hilfspolizisten am 8. August 1942 davor, in Gettos zu plündern

147 Der Chef der Sicherheitspolizei in Pinsk meldet am 8. August 1942 die Ermordung von Juden in Mikasewitschi (Mikaszewicze)

148 Anna A. Ezuvčik berichtet über die Verfolgung und Ermordung der einheimischen sowie der aus Hamburg deportierten Juden in Minsk bis zum Sommer 1942

149 Der Kommandeur der Sicherheitspolizei in Wolhynien und Podolien listet am 15. August 1942 auf, wie viele Juden seine Untergebenen im Generalbezirk ermordet haben

150 Ein ukrainischer Polizeioffizier erwähnt in seinem Bericht vom 15. August 1942, dass seine neue Dienststelle in Kiew Juden und Kommunisten „enttarnt" hat

151 Die Propagandaabteilung der KPdSU protokolliert am 16. August 1942 eine Meldung des britischen Rundfunks über Massaker an Juden in Minsk

152 Der Schüler Roman Kravčenko aus Kremenec (Krzemieniec) beobachtet im August 1942, wie die Juden aus dem Getto zur Erschießung abgeholt werden

153 Der Kommandeur der Sicherheitspolizei in Wolhynien und Podolien erinnert am 18. August 1942 daran, einige Juden für die Arbeit an der Durchgangsstraße IV am Leben zu lassen

154 Der Leiter des Gendarmerie-Postens in Mir berichtet am 20. August 1942 über Oswald Rufeisen, der die örtlichen Juden vor dem bevorstehenden Massaker gewarnt hatte

155 Jocha L. Bejšel' versteckt sich im August 1942 bei der Auflösung des Gettos von Berezno (Bereźne) und beobachtet, wie ukrainische Hilfspolizisten und Nachbarn nach Juden suchen

156 Zwei jüdische Partisanen schildern am 25. August 1942 die Lage in der Stadt Glubokoe (Głębokie) seit dem Einmarsch der Deutschen

157 Der Gebietskommissar in Kostopol lobt am 25. August 1942 Belohnungen für die Ergreifung jüdischer Flüchtlinge aus und droht deren Helfern die Todesstrafe an

158 Der Stadtkommissar von Minsk erlässt am 25. August 1942 eine Verordnung über den Arbeitseinsatz, die Verpflegung und die Entlohnung von Juden

159 Der Gendarmerie-Gebietsführer in Baranowitsche (Baranowicze) berichtet am 26. August 1942 über die Jagd auf Juden, die vor Massenerschießungen geflüchtet sind

160 Der Bürgermeister von Kostopol' (Kostopol) fordert am 26. August 1942 Arbeitskräfte an, um erschossene Juden zu begraben

161 Der Gendarmerie-Gebietsführer in Bar meldet am 27. August 1942, wie viele Juden die Sicherheitspolizei in seinem Gebiet erschossen hat

162 Ejna D. Glik gibt Zeugnis von der Verfolgung und Ermordung der Juden im westukrainischen Sarny im August 1942 und seiner Flucht aus einem Sammellager

163 Perec Golstein erinnert sich am 27. August 1942 daran, wie teilnahmslos er vor Kriegsbeginn auf Berichte über die Verfolgung der deutschen Juden reagiert hat

164 Der Hauptkommissar Baranowitsche meldet am 27. August 1942, dass in seinem Bezirk bislang 95 000 Juden erschossen wurden

165 Der stellvertretende Gebietskommissar in Luzk (Łuck) beschwert sich am 27. August 1942 über die Weigerung der Straßentransportleitung Ost, Lastwagen für Judenmorde abzustellen

166 Bejnisz Berkowicz überlebt im August 1942 eine Massenexekution von Juden in Navaredok (Nowogródek) und erwartet die Ermordung aller europäischen Juden

167 Rubin L. Gel'man wird Zeuge, wie die Juden von Voložin (Wołożyn) im August 1942 ermordet und die Leichen von Kollaborateuren ausgeraubt werden

168 Ein Dorfbewohner muss Ende August 1942 die Leichen der in Sarny erschossenen Juden bergen